

ETHIK UND MILITÄR

KONTROVERSE
IN MILITÄRETHIK UND
SICHERHEITSPOLITIK

AUSGABE 01/2021

Der Klimawandel als Bedrohungsmultiplikator

SPECIAL

Neue Herausforderungen für das Militär
und das Konfliktmanagement

DER KLIMAWANDEL ALS BEDROHUNGS- MULTIPLIKATOR

Editorial

Veronika Bock Seite 3

Raus aus dem Treibhaus: Gemeinsam und global lässt sich das Sicherheitsrisiko des Klimawandels noch verhindern

Michael Czogalla Seite 4

Der Klimawandel als Risikoverstärker: Über die Zusammenhänge von Klima- veränderungen und Konflikten

Michael Brzoska Seite 10

Wenn Du Frieden willst, schütze das Klima!

Andreas Lienkamp Seite 18

Klimagerechtigkeit und Klima- konflikte als sicherheitspolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Angela Kallhoff/
Thomas Schulte-Umberg Seite 28

Warum wir eine grüne und ganzheit- lichere internationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik brauchen

François Bausch Seite 34

Mehr Aufgaben, mehr Ressourcen, mehr Inklusion: Anforderungen an die humanitäre Hilfe in Zeiten steigender Klimarisiken

Oliver Müller Seite 44

SPECIAL: NEUE HERAUS- FORDERUNGEN FÜR DAS MILITÄR UND DAS KONFLIKTMANAGEMENT

„Unseren Umgang mit Klima- wandel und Nachhaltigkeit können wir deutlich verbessern“

Interview mit Lieutenant General Richard Nugee, Autor des *Climate Change and Sustainability Strategic Approach* des britischen Verteidigungsministeriums Seite 52

„Teile von Somalia werden in Zukunft unbewohnbar“

Interview mit Christophe Hodder, Beauftragter für Umweltsicherheit im Rahmen der Mission UNSOM Seite 56

Impressum/Alle Ausgaben Seite 63

EDITORIAL

Die existenziellen Gefahren des globalen Klimawandels für die Menschheit sind während der Corona-Pandemie etwas in den Hintergrund der Aufmerksamkeit geraten. Nun drängt das Thema mit Macht zurück. In den USA hat Präsident Biden noch am Tag seiner Amtseinführung die Rückkehr seines Landes zum Pariser Klimaabkommen angeordnet und inzwischen sehr engagierte Klimaziele gesetzt. In Deutschland, wo der Klimaschutz auch während der Pandemie im Fokus der politischen Debatte geblieben ist, gehört er zu den entscheidenden Themen der bevorstehenden Bundestagswahl. Gespannt sein darf man auf die wegen der Pandemie verschobene UN-Klimakonferenz, die nun im November 2021 in Glasgow stattfindet (COP26). Wird die internationale Staatengemeinschaft weitere Verbesserungen erreichen, um die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen?

Fakt ist: Das vergangene Jahrzehnt war die wärmste Dekade seit Beginn der Wetteraufzeichnungen vor 140 Jahren. 2015 bis 2020 waren die sechs wärmsten Jahre in diesem Zeitraum. Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen und die Gesundheit von Millionen Menschen – insbesondere in den vulnerablen Regionen des globalen Südens. Mögliche Folgen sind die Verschärfung ökonomischer Ungleichheit, Ressourcenkonflikte, Migrationsbewegungen aufgrund von Flucht und Vertreibung bis hin zur Destabilisierung und zum Kollaps staatlicher Strukturen.

Auf die Gefahren des Klimawandels hat 2015 auch Papst Franziskus mit *Laudato si'* hingewiesen, der ersten Umweltenzyklika überhaupt. Er bezeichnet darin den Klimawandel als „wichtigste aktuelle Herausforderung an die Menschheit“ und ein „globales Problem mit [...] ernst sozialen, wirtschaftlichen und politischen Dimensionen“.

Wenn auch in der Weltgemeinschaft heute weitgehend Konsens darüber besteht, dass der Klimawandel bedrohliche Auswirkungen auf die Lebensbedingungen vieler Menschen haben kann, so ist sein Einfluss auf die Entstehung bewaffneter Konflikte umstritten. Eine Resolution, die Deutschland während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019/2020 einbrachte, in der der Klimawandel

als eine Gefahr für internationalen Frieden und Sicherheit bezeichnet wurde, haben die USA, Russland und China verhindert.

Dass die Auswirkungen des Klimawandels zwangsläufig in bewaffnete Konflikte münden, wäre auch sicherlich eine Vereinfachung. Die zunehmende Fragilität in Weltregionen wie der Subsahara oder am Horn von Afrika zeigen jedoch, dass sie als Bedrohungsmultiplikator ernst zu nehmen sind. Bei der Bedarfsermittlung und Ausrichtung von humanitärer und Katastrophenhilfe, internationaler Entwicklungszusammenarbeit, der Friedens- und Resilienzförderung sowie des Statebuilding ist dies in Betracht zu ziehen.

Damit geraten die Aufgaben und Instrumente klassischer Sicherheitspolitik selbst in den Fokus. Der Druck, Krisenprävention und Konfliktvorsorge stärker in sicherheitspolitische Konzepte zu integrieren, erhöht sich. Zugleich steigen die Nachhaltigkeitsforderungen an das Militär angesichts dessen gewaltigen Verbrauchs an finanziellen und ökologischen Ressourcen. Für unsere Streitkräfte bedeutet dies, ihre Ausrüstung zu modernisieren und gleichzeitig ihre Fähigkeiten an potenzielle neue Einsatzszenarien anzupassen.

Ich freue mich, mit der neuen Ausgabe von *Ethik und Militär* ein überaus wichtiges Thema zur Diskussion zu stellen. Den Autorinnen und Autoren sei an dieser Stelle für ihre klugen und lesenswerten Beiträge gedankt. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Dr. Veronika Bock
Direktorin des zebis



RAUS AUS DEM TREIBHAUS

GEMEINSAM UND GLOBAL LÄSST SICH DAS SICHERHEITSRISIKO DES KLIMAWANDELS NOCH VERHINDERN

Autor: Michael Czogalla

Einleitung

Die meisten von uns denken beim Thema Klimawandel an Naturkatastrophen, schmelzende Eisberge und mit einem schlechten Gewissen eventuell noch an Urlaubsreisen mit dem Flugzeug. Doch das Problem und seine Folgen gehen längst über steigende Meeresspiegel, brennende Wälder, Dürren und Überschwemmungen hinaus. Der Klimawandel ist heute ein internationales Sicherheitsrisiko, das jedes Land betrifft und nur gemeinsam verhindert bzw. eingedämmt werden kann. Die momentan auf das Pariser Klimaabkommen von 2015 zurückgehenden Verpflichtungen der Staaten, ihre Emissionen zu reduzieren, würden das gleichzeitig gesteckte Ziel, die Erderwärmung nicht über 1,5 Grad Celsius steigen zu lassen, in absehbarer Zeit verfehlen. Die Vertragsparteien müssten die globalen Emissionen bis 2030 jedes Jahr um 7,6 Prozent und damit um 45 Prozent gegenüber dem Stand von 2010 senken, um das 1,5-Grad-Ziel nicht zu überschreiten.¹ „Die Daten [...] zeigen, dass die globale Mitteltemperatur für das Jahr 2020 etwa 1,2°C wärmer war als in vorindustrieller Zeit, was bedeutet, dass die Zeit schnell abläuft, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen.“² Sollte die globale Erwärmung dann sogar auf 2 Grad Celsius oder mehr steigen, dann steht die Weltgemeinschaft noch vor ganz anderen Herausforderungen, nämlich gigantischen Flüchtlingsströmen aus nicht mehr bewohnbaren Regionen, enormen internationalen Hilfsaktionen bei Naturkatastrophen und Hungersnöten und einer steigenden Bedrohung durch klimabedingte Konflikte.

Die Politik kennt das Problem nicht erst seit Paris, Wissenschaftler verweisen seit über drei Jahrzehnten auf die zunehmende Erderwärmung, die mit der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts stetig gestiegen ist. „Das letzte Mal, dass die atmosphärischen CO₂-Mengen so hoch waren, war vor mehr als 3 Millionen Jahren, als die Temperatur um 2°–3°C höher war als in der vorindustriellen Ära und der Meeresspiegel 15–25 Meter höher lag als heute.“³

Das Problem der Erderwärmung ist ausreichend wissenschaftlich belegt und bekannt. Es fehlt bis heute am geeinten Willen der Staaten-

Abstract

Die Fakten zum Klimawandel liegen auf dem Tisch, die Ziele sind wissenschaftlich untermauert: Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, müssen die Treibhausgasemissionen schon bis 2030 um rund 50 Prozent reduziert werden. Engagiertes Handeln gerade von den größten Emittenten ist also gefragt. Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Biden setzen viele auf dessen klimapolitisches und -diplomatisches Engagement. Die jüngst von vielen Hauptemittenten verschärften Reduktionsziele und das Bekenntnis Chinas zu Klimaneutralität und zum Kohleausstieg geben Anlass zur Hoffnung, dass eine Kooperation im Sinne der Ziele des Pariser Klimaabkommens möglich ist. Nicht nur die USA, sondern auch der „Systemkonkurrent“ China müssen dafür eine Vorreiterrolle einnehmen und trotz vieler Konfliktlinien und Streitpunkte das gemeinsame Ziel Klimaschutz aus ihrer geopolitischen Rivalität ausklammern. Dafür braucht es: 1. die Bereitschaft zu hohen Investitionen in eine wirtschaftliche Transformation sowie zur Unterstützung derjenigen Länder, die diese nicht aus eigener Kraft leisten können; 2. langfristige bindende Verpflichtungen und Abkommen, die Regierungswechsel überstehen; und 3. ein Verständnis für die zahlreichen mit dem Klimawandel verbundenen Sicherheitsrisiken. Die humanitären Folgekosten eines ungebremsten Klimawandels bzw. einer Erderwärmung über 2°C würden die jetzt erforderlichen Anstrengungen bei Weitem übersteigen. In Kombination mit einem noch zu schaffenden Anreiz- und Sanktionsmechanismus besteht die Chance, auch diejenigen Staaten, die sich aus unterschiedlichen Erwägungen dem Klimaschutz verweigern, in die Pflicht zu nehmen. Wesentliche Schritte in diese Richtung muss bereits der Klimagipfel in Glasgow (COP26) erbringen.

gemeinschaft, dem Verstehen, dem Umdenken, den Versprechen und Verpflichtungen auch messbare Taten folgen zu lassen. Fast 69 Prozent der weltweiten Treibhausgase werden von nur zehn Ländern verursacht. Die USA liegen hier hinter China auf einem unrühmlichen zweiten Platz, gefolgt von der Europäischen Union und Indien. Etwas abgeschlagen folgen Russland, Japan, Brasilien, Indonesien, Iran und Kanada.⁴ Gerade sie müssen Beispiel sein, und doch wird die Schuld zu oft beim anderen gesucht. Industriell wachsende Länder wollen aufholen, und Industrieländern fällt die Umstellung schwer, was etwa der zwischenzeitliche Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen deutlich machte.

Joe Biden setzt auf volle Klimafahrt

Nach vier verschwendeten Jahren einer an Klimafragen nicht einmal ansatzweise interessierten US-Regierung unter Donald Trump besteht mit Präsident Joe Biden im Weißen Haus eine große Chance, neue, internationale klimagerechte Ziele zu setzen. Klimawandel war schon vor den US-Präsidentenwahlen im November 2020 eines der Hauptthemen auf dessen insgesamt ambitionierter Agenda. Er stellt laut Biden „eine existenzielle Bedrohung“⁵ dar. Biden scheint den Ernst der Lage erkannt zu haben, denn er trat nicht nur gleich am ersten Tag seiner Amtszeit dem Pariser Klimaabkommen wieder bei und ordnete wenig später die Dekarbonisierung der US-Wirtschaft an (sie soll bis 2050 Netto-Null-Emissionen erreichen), er bezeichnete den Klimawandel auch als die größte Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten. Joe Biden berief den ehemaligen US-Außenminister John Kerry zum Sondergesandten, der sich der Klimadiplomatie annehmen soll – ein wichtiges Signal, auch international vorankommen zu wollen. Gleichzeitig ernannte er Gina McCarthy zur Klimabeauftragten. Sie soll die Klimabemühungen der Regierung koordinieren, vom Militär über das diplomatische Korps bis hin zum Finanz- und Verkehrsministerium. Zudem wird sie die Verhandlungen mit dem Kongress führen, um neue Klimagesetze zu verabschieden, die dauerhafter Bestand haben und nicht einfach durch die nächste Regierung verwässert oder abgeschafft werden können.

Als Joe Biden dann zum virtuellen Klimagipfel am 22. April 2021, dem Earth Day, einlud, nahmen neben Papst Franziskus und Bundeskanzlerin Angela Merkel auch der chinesische Präsident Xi Jinping, der russische Präsident Wladimir Putin und viele weitere Staats- und Regierungschefs teil. Die USA überraschten gleich zu Beginn mit der Ver-

Joe Biden bezeichnet den Klimawandel als größte Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten

pflichtung, ihre Emissionen bis 2030 gegenüber dem Stand von 2005 halbieren zu wollen. Das ist eine fast zweimal so hohe Reduktion im Vergleich zur letzten Zusage unter Barack Obama.⁶ Zudem gab Biden bekannt, dass die USA ihre jährliche Klimaförderung für Entwicklungsländer bis 2024 verdoppeln würden. Die USA haben außerdem angekündigt, 30 Prozent der US-Land- und Wasserflächen bis 2030 vor menschlicher Ausbeutung zu schützen. Damit schließen sie sich dem Ziel der internationalen „30 by 30“-Initiative an, das auch im US-Kongress parteiübergreifende Unterstützung findet.⁷ Und das ist nur einer der Punkte, bei denen die USA eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage mit China finden können. Für die im November geplante Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Glasgow (*26th Conference of the Parties, COP26*) sind das entscheidende Weichenstellungen.

Alle für einen Planeten?

China kündigte beim virtuellen Treffen im April an, seine Kohlenstoffemissionen bis 2060 auf Netto-Null herunterzufahren. Präsident Xi Jinping versprach zudem, dass das Land ab 2026 und bis 2030 aus der Kohle aussteigen werde. Das ist angesichts der sonst alles andere als harmonischen Beziehung zwischen China und den USA eine wichtige Ankündigung, die zeigt, dass auch China bereit scheint, die wichtigste globale Herausforderung (mit-)bewältigen zu wollen.

Konkurrenz und sogar Rivalität werden in den Handelsbeziehungen, dem technischen und digitalen Wachstum und dem Verständnis von Demokratie und Menschenrechten weiterhin be-

stehen bleiben. Nicht nur zwischen diesen beiden Ländern, auch gegenüber Russland und anderen. Dennoch muss bei aller Konkurrenz und auch Gegnerschaft beim Klimaschutz die Kooperation im Vordergrund stehen. Joe Biden hat den Klimawandel bereits als infrastrukturelle Chance (von Straßen, Häfen bis hin zu Energienetzen) verstanden und will die Wirtschaft seines Landes dahin-

Der dramatische Wandel des Klimas bedroht nicht nur grenzübergreifend die Umwelt, sondern mit ihm gerät gleichzeitig die globale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur aus den Fugen

gehend umbauen. Damit folgt er der Erkenntnis, dass der dramatische Wandel des Klimas nicht nur grenzübergreifend die Umwelt bedroht, sondern dass mit ihm gleichzeitig die globale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur aus den Fugen gerät.

Als das deutsche Bundesverfassungsgericht im April 2021 entschied, dass das Klimaschutzgesetz des Bundes unzureichend sei, reagierte die Bundesregierung zügig und besserte ambitioniert nach. Bundesumweltministerin Svenja Schulze und Finanzminister und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz haben umgehend neue Ziele vorgeschlagen. Die bis dato bestehenden Klimaziele sehen nun statt der geplanten 55 Prozent Emissionsminderung bis 2030 65 Prozent vor und bis 2040 sogar 88 Prozent. Die Klimaneutralität soll bis 2045 statt 2050 erreicht werden.⁸ Auf dem Petersberger Klimadialog, der ebenfalls im April stattfand, brachte Bundeskanzlerin Angela Merkel zusätzlich ein internationales CO₂-Preis-System ins Spiel, welches helfen würde, den weltweiten CO₂-Ausstoß einzudämmen. Die Reaktionen auf den Preis-System-Vorschlag waren eher gemischt.

Andere Top-10-Treibhausgas-Verursacher haben ihre Emissionsreduktionsziele ebenfalls erhöht. So will Japan bis 2030 von 26 Prozent auf 46 Prozent unter das Niveau von 2013 kommen. Auch Kanada änderte seine Ziele und gab bekannt, dass es die Emissionen bis 2030 um 30 Prozent unter das Niveau von 2005 senken werde. Premierminister Justin Trudeau unterstrich die bestehende Verpflichtung Kanadas, das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen. Der brasilianische

Präsident Jair Bolsonaro versprach, Brasilien werde bis 2050 Klimaneutralität erreichen – zehn Jahre früher als bisher angegeben. Auch die illegale Abholzung des Regenwaldes Brasiliens soll bis 2030 ein Ende finden.

Gegenüber den bis dato gesteckten Emissionsminderungszielen sind dies zwar Entwicklungen, die in die richtige Richtung gehen, nach Meinung von Experten aber noch immer nicht ausreichen werden, um das Gesamtziel zu erreichen und die Erderwärmung zu stoppen bzw. unter 1,5 Grad Celsius zu halten.

Geopolitische Rahmenbedingungen und Auswirkungen

Der Klimawandel ist mit den aktuellen globalen Herausforderungen wie der Pandemie, der Globalisierung, der Bedrohung der Demokratie und der Energieabhängigkeit verflochten. Seine Auswirkungen lassen sich heute in allen Regionen der Welt nachweisen. Sie betreffen nicht nur die ärmsten Länder oder entlegene Regionen wie die Arktis. Sie betreffen den kompletten Planeten. Der Klimawandel wirkt als Bedrohungsmultiplikator für politische Instabilität in einigen der unbeständigsten Regionen der Welt. Negative Auswirkungen werden sich bei Gesundheitsrisiken, den Preisen und der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit zeigen. Unzählige Menschen werden den Klimawandel mit dem Leben bezahlen. Und nicht zuletzt wird er auch enorme Finanzmittel verschlingen. All das liegt nicht in ferner Zukunft, es passiert bereits, und es wird sich exponentiell verstärken.

Nehmen wir das Beispiel Syrien, dessen anhaltender Konflikt, klimatisch unterstützt, 2011 seinen Anfang fand. Vor dem zivilen Aufstand gab es mehrere Faktoren, die zu den Spannungen innerhalb der Gesellschaft beitrugen. Zwischen den späten 1980er-Jahren und dem Ende des Jahrhunderts plagten mehrere Dürren das Land, Flüsse begannen auszutrocknen, und während des Irak-Krieges kam ca. 1,2 bis 1,4 Millionen Flüchtlinge nach Syrien.⁹ Im Jahr 2005 begann eine fünfjährige, Rekorde brechende Dürre, die Wasserknappheit, wirtschaftliche Verluste und negative soziale Folgen mit sich brachte. Die Kombination aus der klimabedingten Dürre, den Migrations-

strömen aus dem Irak und den aus diesen beiden Faktoren entstandenen sozialen Spannungen trugen zum Aufruhr in Syrien bei.¹⁰

Geopolitische Rivalitäten können zusätzliche Hindernisse bei der Bekämpfung des Klimawandels sein. Die größten Länder der Welt stehen sich geopolitisch gesehen eher feindlich gegenüber. Zwischen Russland und den USA gab es zwar kurze Perioden der Annäherung – sie waren 1941–1945 Alliierte im Krieg gegen Nazi-Deutschland, und in der jüngeren Geschichte arbeiteten beide Länder an einer besseren Verständigung in der unmittelbaren postsowjetischen Zeit von 1992 bis zum Ende des Jahrhunderts –, aber sie fallen immer wieder zurück in eine konkurrierende Haltung.

Wie Russland ist auch Saudi-Arabien, ebenso kein leichter Partner für die USA, in hohem Maße auf den Verkauf fossiler Brennstoffe angewiesen. Sie bilden die Löwenanteile der Staatseinnahmen beider Länder. Ihre Regierungen wissen, dass fossile Brennstoffe keine dauerhafte Einnahmequelle sein können, ihre Auslaufzeit ist auf Jahrzehnte absehbar. Bisher zeigen aber beide Länder nicht den nötigen politischen und mehr oder weniger wirtschaftlichen Willen, sich diesem Wandel, dem Umdenken zu stellen, was erhebliche Auswirkungen auf die Stabilität und Sicherheit ihrer Regionen haben kann.

Für die internationale Sicherheit von großer Bedeutung ist natürlich China. Die USA und China sind die weltgrößten Ökonomien und verantworten gemeinsam 43 Prozent des globalen Kohlendioxidausstoßes.¹¹ Europa und viele andere Länder sehen die USA in der Führungsposition, doch es gibt zahlreiche andere Staaten, die eher auf China schauen werden, wenn es darum geht, die eigenen Ziele umzusetzen bzw. zu erhöhen. China scheint bereit, nötige Schritte zur Emissionsreduzierung im eigenen Land einzuleiten und gleichzeitig eine Vorreiterposition einzunehmen. Beide Länder müssen die gesetzten Reduktionsziele nicht nur rigoros umsetzen, sie müssen sie schrittweise erhöhen. Nur dann können die USA und China die Beispiele sein, die andere Länder ernst nehmen und dazu veranlassen werden, ihre selbst gesteckten Ziele auch tatsächlich umzusetzen.

Präsident Biden steht hinter seinem ambitionierten Zwei-Blinden-US-Dollar Klimapaket,

aber zunächst muss es von beiden Kammern des Kongresses verabschiedet werden, bevor er es unterschreiben kann. Gelingt dies, dann wäre es das Signal, welches nicht nur China, sondern der gesamten internationalen Staatengemeinschaft zeigt: Die USA sind in der Tat zurück. Nun müssen die USA und China ihre Beziehungen kategorisie-

Europa und viele andere Länder sehen die USA in der Führungsposition, doch es gibt zahlreiche andere Staaten, die eher auf China schauen werden

ren, anders kann der gemeinsame Kampf gegen den Klimawandel nicht funktionieren. Systemanomalitäten, Handelsstreitigkeiten, Menschenrechte, Taiwan, technische Konkurrenz und andere potenzielle Spannungsherde sollen ihre Relevanz nicht verlieren, müssen aber auf anderen diplomatischen Wegen angesprochen und verhandelt werden. Die Bekämpfung des Klimawandels darf auf keinen Fall zum Spielball der Staaten werden, der andere Punktrückstände ausgleichen oder Vorteile verschaffen soll. Auf einer Pressekonferenz am 7. März verkündete Wang Yi, der ranghöchste Diplomat Chinas, dass sein Land gewillt sei, mit den USA beim Thema Klima offen zu kooperieren. Ein erstes Signal waren die verbesserten Zielankündigungen auf dem von Präsident Biden einberufenen *Leaders Summit on Climate* am Earth Day. Das bringt allein zwar noch keine positiven Ergebnisse, birgt aber doch die Chance zu einer weiteren Kooperation auf diesem Gebiet.

Wichtig wäre, dass China auch seine weltweiten fossilen Industrieinvestitionen durch die *Belt and Road Initiative* (BRI) stoppt oder auf erneuerbare Energien umstellt. China hat seit der Gründung der BRI weltweit Milliarden US-Dollar in fossile Brennstoffprojekte investiert.¹² Das ist ganz klar die entgegengesetzte Richtung im Kampf gegen den Klimawandel. Ein erster positiver Schritt war die 2019 gegründete *Belt and Road Initiative International Green Development Coalition* (BRIGC), die eine nachhaltige, grüne Entwicklung entlang des BRI-Projekts und den beteiligten Staaten anstrebt und die 2030-Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung unterstützt.

Zudem werden die meisten Entwicklungsländer enorme Hilfsmittel – nicht nur finanzieller Art – benötigen, um dem Klimawandel entgegenzutreten zu können. Hier braucht es die USA und China. Bestehende Instrumente (*Adaptation Fund, Green Climate Fund*) sollten langfristig ausgebaut und neue Strukturen entwickelt werden. Biden hat in diesem Zusammenhang, die „Mobilisierung von Finanzmitteln aus dem öffentlichen und privaten Sektor [angekündigt], um die Netto-Null-Umstellung voranzutreiben und anfällige Länder bei der Bewältigung der Klimaauswirkungen zu unterstützen“.¹³

Die Rolle der Vereinten Nationen

Seit dem Inkrafttreten der UN-Klimarahmenkonvention UNFCCC 1994 gilt als ihr oberstes Ziel, „[...] die Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu stabilisieren, das eine gefährliche Störung des Klimasystems durch den Menschen verhindert, und zwar in einem Zeitrahmen, der es den Ökosystemen erlaubt, sich auf natürliche Weise anzupassen und eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen“.¹⁴

Seither trifft sich die internationale Staatengemeinschaft unter dem Siegel der UNFCCC einmal im Jahr für multilaterale Verhandlungen. Nur 2020 fiel die Tagung pandemiebedingt aus und findet nun im November 2021 in Glasgow unter dem Kürzel COP26 statt. Trotz der allseits gerühmten Erfolge zum Beispiel des Pariser Klimaabkommens (COP21) sind bisher keine der in den letzten 26 Jahren verhandelten Ergebnisse, wie etwa die Emissionsreduktionsziele, vertraglich bindend. Nicht nur fehlt es an international geltenden Rechtsmitteln, es fehlt oft am politischen

Willen, globale Fragen ernst zu nehmen und sie langfristig – nicht befristet auf eine Amtszeit – zu verstehen. Die Präsidentschaft Donald Trumps hat das deutlich gemacht. Die schiere Herkulesaufgabe, das Problem Klimawandel anzugehen, die damit verbundenen Kosten und die nicht zu unterschätzende Leichtigkeit, auf Ignoranz zu setzen, könnten die auf Freiwilligkeit basierenden Klimaabkommen immer wieder behindern oder gar zum Scheitern verurteilen.

Das Wissen, dass die Umstellung auf klimaneutrales Wirtschaften weltweit enorme Finanzmittel verschlingen wird, lässt manche Staaten auf Zurückhaltung setzen, geringe Ziele verfolgen oder Ziele schlicht ignorieren. Es fehlen die richtigen Anreize, und es fehlen auch Strafen bei Nichteinhaltung. Joe Biden sieht den Klimawandel nicht nur als Chance, den Planeten zu retten und, sondern auch die Wirtschaft seines Landes neu aufzustellen, klimaneutral und gleichzeitig wachstumsorientiert. Die Vereinten Nationen können daraus lernen und die richtigen Anreize festlegen. Sie müssen eine verbindliche Agenda setzen und Instrumente schaffen, die global nicht nur koordiniert, sondern auch kontrolliert werden. Dazu bedarf es zum Beispiel finanzieller Anreize und eines Sanktionskatalogs. Beides könnte die kontinuierliche und langfristige Partizipation der Verhandlungsländer sicherstellen.

Der renommierte britische Naturforscher Sir David Attenborough wandte sich während einer Debatte am 23. Februar 2021 mit folgender ernüchternder Botschaft an die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates: „Wenn wir unseren derzeitigen Weg fortsetzen, werden wir mit dem Zusammenbruch all dessen konfrontiert, was uns unsere Sicherheit gibt: Nahrungsmittelproduktion, Zugang zu Süßwasser, eine für Menschen erträgliche Umgebungstemperatur und Nahrungsketten in den Ozeanen“, sagte er und fügte hinzu: „Und wenn die natürliche Welt unsere grundlegendsten Bedürfnisse nicht mehr erfüllen kann, dann wird ein Großteil des Rests der Zivilisation schnell zusammenbrechen.“¹⁵ Die Folgen des Klimawandels, sollten sie nicht verhindert werden, können zur sozialen und politischen Instabilität führen, die internationale Wirtschaft beschädigen, demografische Veränderungen und Massenmigrationen herbeiführen und zivile wie militärische Konflikte auslösen. Der UN-Sicherheitsrat, dem die Wah-

Der Autor



Michael Czogalla ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Außen- und Sicherheitspolitik im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington, DC. Bevor er sich der FES anschloss, lehrte er an der University of Nebraska, Lincoln, und veröffentlichte das Buch „Behind the Laughter“, das sich mit gesellschaftlichen Kontroversen in der US-amerikanischen Populärkultur beschäftigt. Er schreibt regelmäßig über Themen der Außen- und Sicherheitspolitik im transatlantischen Bereich. Seinen M.A. erhielt er in Amerikanistik, Politikwissenschaft und DaF an der Universität Leipzig. Er ist außerdem Absolvent des Center for Digital Imaging Arts (CDIA) an der Boston University.

rung des internationalen Friedens und der Sicherheit zukommt, setzt sich daher seit 2007 mit den klimabedingten Sicherheitsrisiken auseinander. Sie spielen in den Debatten des Gremiums eine wichtige Rolle und resultierten seither in verschiedenen Resolutionen, die die negativen Auswirkungen des Klimawandels betonen und weitere Schritte fordern.

Alle Hoffnung auf Glasgow?

Als Joe Biden das Ruder im Weißen Haus übernommen hat, atmeten viele Klimaaktivisten auf. Mit seinem dargestellten klimapolitischen Engagement wird in Glasgow eine wichtige Rolle spielen. Was Joe Biden jetzt prägt, muss aber auch Bestand haben. Wie auch immer das Abkommen aussehen wird, welche neuen Ziele gesetzt werden, alles muss rechtlich unterfüttert und bindend sein. Der nächste US-Präsident kann nicht erneut per Federstrich die Führungsrolle abgeben und den Globus zum klimatischen Scheitern verurteilen.

Bis 2030 müssten die globalen Treibhausgasemissionen halbiert sein. Bis Mitte des Jahrhunderts dürfte die Menschheit unter dem Strich keine Klimagase mehr emittieren. Das ist das Ziel, aber die wirklich gesteckten Ziele gehen individuell auseinander, nicht jeder Staat setzt die gleichen Ziele, noch werden sie mit dem nötigen Willen verfolgt.

Die Erwartungen an die COP26 in Glasgow könnten kaum höher sein. Das Jahr 2020 gehörte zu den drei wärmsten Jahren, die jemals gemessen wurden. Die Erwärmung der Ozeane ist so hoch wie nie. In einer von der *London School of Economics* organisierten Vorlesung hat die UN-Klimasekretärin Patricia Espinosa die vier wichtigsten Ziele der COP26 zusammengefasst: die Versprechen an Entwicklungsländer einhalten (inklusive jährlich 100 Milliarden Dollar Klimahilfe); das Pariser Abkommen endgültig und vollständig umsetzen; Emissionen weiter senken und Klimaambitionen erhöhen; sowie die Einbindung von Beobachtern und unparteiischen Interessenvertretern.¹⁶

Glasgow kann kein zweites Paris sein, kein Weiter-so. Glasgow muss neue, der Realität entsprechende Ziele setzen, die wesentlich höher und ambitionierter sein müssen als die, die aktuell im Raum stehen.

1 Vgl. United Nations Framework Convention on Climate Change (2019): „Cut Global Emissions by 7.6 Percent Every Year for Next Decade to Meet 1.5°C Paris Target – UN Report“. <https://unfccc.int/news/cut-global-emissions-by-7-6-percent-every-year-for-next-decade-to-meet-1-5degc-paris-target-un-report> (Stand aller Internet-Links: 28.5.2021).

2 Guterres, António (2020): Foreword in: „The State of the Global Climate 2020“. <https://public.wmo.int/en/our-mandate/climate/wmo-statement-state-of-global-climate>

3 Lindsey, Rebecca (2020): „Climate Change: Atmospheric Carbon Dioxide“. <https://www.climate.gov/news-features/understanding-climate/climate-change-atmospheric-carbon-dioxide>

4 Vgl. Friedrich, Johannes, Mengpin Ge und Andrew Pickens (2020): „World's Top 10 Emitters“. <https://www.wri.org/insights/interactive-chart-shows-changes-worlds-top-10-emitters>

5 Busby, Joshua, Morgan Bazilian und Florian Krampe (2021): „Biden called climate change an 'existential threat.' Can the U.N. Security Council help?“. *Washington Post*, 2. März 2021.

6 Vgl. Sengupta, Somini, und Lisa Friedman (2021): „U.S. says it will sharply cut emissions and increase funds to vulnerable countries to fight climate change“. *New York Times*. <https://www.nytimes.com/live/2021/04/22/us/biden-earth-day-climate-summit>

7 Vgl. Pike, Lili (2021): „Biden wants to triple protected lands“. <https://www.vox.com/22251851/joe-biden-executive-orders-climate-change-conservation-30-by-2030>

8 Vgl. „Klimaschutzgesetz 2021 – Generationenvertrag für das Klima“. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672>

9 Vgl. Kenyon Lischer, Sarah (2008): „Security and Displacement in Iraq: Responding to the Forced Migration Crisis“. *Quarterly Journal: International Security*. <https://www.belfercenter.org/publication/security-and-displacement-iraq-responding-forced-migration-crisis>

10 Vgl. Holleis, Jennifer (2021): „How climate change paved the way to war in Syria“. <https://www.dw.com/en/how-climate-change-paved-the-way-to-war-in-syria/a-56711650>

11 Arvin, Jariel (2021): „How the US and China can jump-start cooperation on climate change“. <https://www.vox.com/22319488/china-biden-alaska-blinken-climate-change>

12 Vgl. Hillman, Jennifer und Alex Tippet (2021): „The Climate Challenge and China's Belt and Road Initiative“. <https://www.cfr.org/blog/climate-challenge-and-chinas-belt-and-road-initiative>

13 U.S. Department of State (2021): „Leaders Summit on Climate“. <https://www.state.gov/leaders-summit-on-climate/day-1/>

14 UNFCCC secretariat: „About the Secretariat“. <https://unfccc.int/about-us/about-the-secretariat>

15 World Meteorological Organization (2021): „UN Security Council debates climate change“. <https://public.wmo.int/en/media/news/un-security-council-debates-climate-change>. (Eigene Übersetzung aus dem Englischen.)

16 Vgl. Espinosa, Patricia (2021): „Our Slim Window of Opportunity – what the climate change agenda must achieve in 2021“. Lecture, London School of Economics and Political Science. (Audio). <https://www.lse.ac.uk/lse-player?id=c490ba04-dfee-4205-aa82-01ef2a7bfb4c>

DER KLIMAWANDEL ALS RISIKO- VERSTÄRKER ÜBER DIE ZUSAMMENHÄNGE VON KLIMAVERÄNDERUNGEN UND KONFLIKTEN

Autor: *Michael Brzoska*

Einleitung

Als im Jahre 2007 dem ehemaligen Vizepräsident der USA Al Gore und dem Weltklimarat der Friedensnobelpreis verliehen wurde, fand dies einerseits große Zustimmung, wurde andererseits aber auch heftig kritisiert. Die Kritik entzündete sich vor allem daran, dass zum Zeitpunkt der Verleihung kein genereller empirischer Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre und dem Konfliktgeschehen feststellbar war – im Gegenteil, verglichen mit den 1990er-Jahren hatte die Anzahl bewaffneter Konflikte deutlich abgenommen. Auch für die Zukunft waren die Kritiker skeptisch, ob der vom Nobelkomitee unterstellte enge Zusammenhang zwischen vom Klimawandel hervorgerufenen Umweltveränderungen und bewaffneten Konflikten bestehe. Die Gegenseite verwies auf einige Kriege der jüngeren Vergangenheit, wie den in Darfur im Sudan, sowie auf die Konfliktträchtigkeit von knappen Ressourcen wie für Landwirtschaft nutzbares Land und Wasser, deren Verfügbarkeit mit dem Klimawandel abnehmen werde.¹

Seit 2007 ist die Frage nach den Zusammenhängen von Klimawandel und Konflikten Gegenstand einer inzwischen in die viele Hunderte gehenden Zahl von wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen geworden.² Zwar streuen sowohl die Ergebnisse als auch die daraus gezogenen Schlussfolgerungen immer noch breit, aber es lassen sich doch eine Reihe von weit akzeptierten Erkenntnissen feststellen. Diese sollen im Folgenden dargestellt werden.

Klimawandel als Bedrohung oder Risiko

Die unterschiedlichen Reaktionen auf den Friedensnobelpreis von 2007 lassen sich auf zwei Grundpositionen in der Analyse von Konflikten zurückführen. Die eine betont Umweltfaktoren, die andere die gesellschaftliche Dimension als entscheidend für die Entstehung und Eskalation von Konflikten in Gewaltkonflikte. In der wissenschaftlichen Debatte um die Zusammenhänge

Abstract

Veränderungen der natürlichen Umwelt, die durch den Klimawandel hervorgerufen werden, bleiben nicht ohne Rückwirkungen auf die Lebensbedingungen von Menschen und die Rahmenbedingungen für die Bearbeitung bzw. Lösung von Interessenkonflikten. Der Klimawandel ist somit auch ein Risikofaktor für Gewaltkonflikte, dessen Bedeutung aufgrund der Komplexität der Zusammenhänge mit wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Konflikttreibern nicht isoliert bestimmen lässt. Wichtiger als das Ausmaß der Umweltveränderungen ist dabei für die Konflikteskalation, zumindest auf absehbare Zeit, wie konfliktträchtig die Lage ist, in der diese Veränderungen stattfinden. Besonders hoch ist das Konfliktrisiko generell auf lokaler Ebene, weil auch der Klimawandel lokal die größten Auswirkungen hat, etwa in Extremwetterereignissen oder durch den Anstieg des Meeresspiegels. Die enge Verquickung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Umwelt mit anderen Konfliktfaktoren eröffnet vielfältige Möglichkeiten, das Konfliktrisiko Klimawandel abzubauen. Allerdings verschlechtern sich mit fortschreitendem Klimawandel auch die Bedingungen für erfolgreiche Eindämmung des Konfliktrisikos. Risikofaktoren sind über den Klimawandel selbst hinaus auch die Gefahren einer Über- und Unterschätzung von dessen Bedeutung für das Konfliktgeschehen. Übertreibung kann zu Militarisierung und Unterschätzung zum Unterbleiben sinnvoller Aktivitäten zur Eindämmung des Risikofaktors Klimawandel führen.

von Klimawandel und Konflikten sind diese beiden Grundpositionen stark mit der disziplinären Herkunft von ForscherInnen verbunden: während aus der Klimaforschung oder der Ökologie kommende AutorInnen generell Umweltfaktoren als dominant ansehen, stellen KonfliktforscherInnen in der Regel den von Menschen gemachten Konfliktprozess in den Vordergrund.

Die beiden Grundpositionen lassen sich gut am Beispiel der Auswirkung von Dürren auf den Krieg in Darfur ab 2003 illustrieren.³ Vor dem Ausbruch dieses Krieges mit mehreren Tausend Toten hatte es immer wieder gewalttätige Auseinandersetzungen um Land und Wasser insbesondere zwischen Ackerbauern und Viehhirten, aber auch zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen gegeben. Bevölkerungswachstum, aber auch ein tendenziell geringer werdendes Volumen an jährlichen Niederschlägen, das sich vor allem in immer wiederkehrenden Dürren bemerkbar machte, hatten die Konflikte über die Jahrzehnte verschärft, ohne dass es zu ähnlichen Zahlen an Opfern kam wie nach 2003. Nach 2007, als es zu Verhandlungen und Abkommen kam, flauten die Kämpfe ab, nicht zuletzt auch, weil eine mehrere Tausend Personen umfassende Friedenstruppe stationiert wurde. Aktuell ist die Situation in Darfur weitgehend ruhig. Allerdings ist die Zahl der Vertriebenen weiterhin sehr hoch, und immer wieder gibt es lokale Gefechte unter bewaffneten Gruppen und mit Verbänden der Regierung.

Tendenziell sinkende Niederschlagsmengen und wiederkehrende Dürren haben die Lebenssituation der Menschen in Darfur über die Jahrzehnte zunehmend belastet. Der Zusammenhang dieser Verschlechterung der Umweltbedingungen mit dem globalen Klimawandel ist offensichtlich. Der Krieg ab 2003 war daher aus ökologischer Sicht eine Gewalteruption infolge der Konflikte zwischen Gruppen über zunehmend knapper werdendes Wasser und nutzbares Land. Der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-mun nannte den Darfur-Konflikt den ersten Klimakrieg.

Allerdings folgte der Krieg keiner der vielen Dürren, sondern einer Reihe von vergleichsweise niederschlagsreichen Jahren. Auslöser war auch keine der häufigen lokalen Auseinandersetzungen, sondern die gezielte Anstrengung

der sudanesischen Zentralregierung in Khartoum, die Kontrolle über Darfur zu bekommen, eine Provinz, in der sie bis dahin wenig präsent war. Möglich wurde dies durch die Beendigung eines anderen Krieges, der bis dahin für die Regierung Priorität gehabt hatte. Die Rebellen im Süden des Sudans hatten militärisch die Oberhand gewonnen, und die Regierung hatte im Machakos-Protokoll von 2002 weitreichende Zugeständnisse gemacht, die den Weg zu einem Ende der Kämpfe und der Unabhängigkeit des Südens öffneten. Wichtiges Instrument der Regierung zur Übernahme der Kontrolle in Dar-

Klimabedingte Umweltveränderungen gehen bei Weitem nicht überall mit einer Intensivierung von Konflikten bis hin zu Kriegen einher

fur war die Rekrutierung und Ausrüstung von paramilitärischen Verbänden, den „Janjawid“, die mit brutaler Gewalt vor allem gegen Zivilisten vorgingen. Die Eskalation des Konfliktes in Darfur hatte also unmittelbar nichts mit Umweltveränderungen zu tun, sondern war Folge politischer Entscheidungen. Andererseits fand sie in einem Umfeld tendenziell zunehmender Knappheit an Land und Wasser statt.

Andere Beispiele, etwa die Bedeutung einer Dürre im Nordosten des Landes für den noch laufenden Krieg in Syrien⁴ oder von Katastrophen auf den Philippinen für lokale Kampfhandlungen⁵, zeigen ein ähnliches Bild: Zwar sind den bewaffneten Konflikten mit dem Klimawandel verbundene Umweltveränderungen vorausgegangen, aber die Konfliktlinien waren andere, insbesondere Auseinandersetzungen um politische Macht.

Zudem gehen klimabedingte Umweltveränderungen bei Weitem nicht überall mit einer Intensivierung von Konflikten bis hin zu Kriegen einher. So sind etwa in Südamerika, obwohl auch dort, etwa in den Anden, der Klimawandel die Lebensverhältnisse der Menschen verändert, keine Zunahmen bewaffneter Auseinandersetzungen zu verzeichnen.

Trotzdem sind die Wirkungen des Klimawandels nicht irrelevant. Sie sind aber in zweifacher

Hinsicht nicht determinierend.⁶ Zum einen sind sie fast ausschließlich dort von Bedeutung, wo bereits Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Gruppen bestehen. Hier können sie Auseinandersetzungen verstärken, etwa indem Wasser oder fruchtbares Land knapp wird oder deren Verteilung zwischen Gruppen durch Auswirkungen des Klimawandels verändert wird. Zum anderen stehen den Betroffenen auch in solchen Konstellationen verschiedene Reaktionsmuster offen. So können sie etwa um das abnehmende fruchtbare Land kämpfen oder sich auf gemeinsame Nutzung einigen. Wichtig dafür, welche Reaktion sich durchsetzt, ist neben der Intensität der Konflikte vor allem das Bestehen von Institutionen zur Bearbeitung und Bewältigung von Konflikten. Dort, wo es breit akzeptierte Möglichkeiten des Interessenausgleiches zwischen verschiedenen Gruppen gibt, sinkt die Wahrscheinlichkeit der Eskalation von Konflikten. Auch andere Faktoren beeinflussen die Reaktionsmuster, etwa die relativen Veränderungen an Besitz und Einkommen, die mit Umweltveränderungen verbunden sind, oder die Ausnutzung von Konflik-

Die enge Verquickung von Umweltveränderungen und anderen Risikofaktoren für die Eskalation von Konflikten macht es sehr schwer, den Einfluss des Klimawandels abzuschätzen oder gar zu quantifizieren

ten durch politische Akteure, die sich dadurch einen Machtzuwachs versprechen.

Klimawandel ist in dieser Perspektive, auf die sich ForscherInnen mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen einigen können, ein Risikofaktor für bewaffnete Konflikte unter vielen. Wie bedeutend er ist, hängt einerseits von der relativen Bedeutung der Umweltveränderungen und den jeweiligen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kontexten ab und andererseits von den Entscheidungen zwischen Eskalation und Deeskalation von Konflikten, die relevante Akteure treffen. Zur Erklärung, warum mit dem Klimawandel zusammenhängende Umweltveränderungen gelegentlich für die Eskalation von Konflikten von Bedeutung sind, sind also sowohl die ökologi-

schon, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Ausgangsbedingungen als auch der jeweils spezifische Konfliktprozess in der Konfliktregion ausschlaggebend.

Diese enge Verquickung von Umweltveränderungen und anderen Risikofaktoren für die Eskalation von Konflikten macht es sehr schwer, den Einfluss des Klimawandels abzuschätzen oder gar zu quantifizieren. Das gilt sowohl für Fallstudien als auch für quantitative Untersuchungen, in denen mit statistischen Methoden viele Fälle analysiert werden. Im Gegensatz zu den Antworten auf die Frage, ob der Klimawandel überhaupt einen Einfluss auf das Konfliktgeschehen in der Welt hat, fallen die auf die Frage nach der Bedeutung des Klimawandels für aktuelle und gar zukünftige Entwicklungen weiter unterschiedlich aus.

Einen interessanten Ansatz, dieses Spektrum auszuleuchten, haben vor einigen Jahren ForscherInnen der Stanford Universität in Kalifornien verfolgt.⁷ Sie luden WissenschaftlerInnen, die mit zum Teil sehr unterschiedlichen Ergebnissen prominent zum Zusammenhang von Klimawandel und Konflikten veröffentlicht hatten, zu einem Retreat ein. Unter anderem ließen sie die Frage diskutieren, welche Bedeutung der Klimawandel im Vergleich zu anderen Risikofaktoren nach ihrer Meinung für das Konfliktgeschehen aktuell habe und in der Zukunft haben werde.

Auch mit diesem Vorgehen lässt sich die relative Bedeutung des Klimawandels als Risikofaktor für bewaffnete Konflikte nur grob abschätzen. Aber es ist interessant, dass die Einschätzungen der ExpertInnen in einer Reihe von Punkten bei allen Unterschieden im Detail übereinstimmen. So waren sie sich einig, dass aktuell der Klimawandel weit weniger bedeutend ist als andere Risikofaktoren, wie etwa geringes Einkommen pro Kopf, das Vorhandensein ethnischer Konflikte oder schwache Staatlichkeit. Die Einschätzungen des Beitrages von Klimaveränderungen auf das Konfliktrisiko der jüngeren Vergangenheit reichten von 3 Prozent bis 20 Prozent, bei allerdings großer Unsicherheit bei allen ForscherInnen. Sie waren sich auch einig, dass die Bedeutung des Klimawandels in der Zukunft zunehmen wird, wobei die meisten einen schwachen bis moderaten Zu-

wachs bei einem globalen Temperaturanstieg von 2 Grad Celsius und einen moderaten in einem 4-Grad-Szenario erwarteten.⁸

Lokale, regionale und globale Zusammenhänge

Neben einem gewachsenen Konsens über die generelle Bedeutung des Klimawandels für Konflikte setzt sich auch immer mehr die Erkenntnis durch, dass die Risiken des Klimawandels nicht nur in verschiedenen Regionen, sondern auch auf unterschiedlichen Ebenen gesellschaftlicher Organisation voneinander abweichen.

Letzteres lässt sich gut am Beispiel von Trinkwasser zeigen. Anders als häufig in reißerischen Artikeln und Büchern behauptet, ist Wasser in der Vergangenheit sehr selten Anlass für Kriege zwischen Staaten gewesen. Zugleich ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass sich dies in der Zukunft ändern wird⁹. Selbst dort, wo dies möglich erscheint, etwa weil durch den Bau von Staudämmen Wasserknappheit verschärft werden könnte, wie aktuell durch den Bau eines Nil-Staudamms in Äthiopien, ist nach den Erfahrungen der Vergangenheit eine gütliche Einigung weitaus wahrscheinlicher als ein bewaffneter Konflikt. Ein Grund dafür ist, dass die Kosten eines Krieges weit höher wären als was in Verhandlungen an Verlusten an Wasser, und damit Einkommen für Bauern und andere Nutzer des Wassers, zu erwarten wäre. Die Situation ist dort anders, wo es nicht mehr um Verteilung des Wassers, sondern um absolute Knappheit geht oder wo Abmachungen über Aufteilung nicht möglich sind, weil Institutionen fehlen, die Verstöße ahnden könnten. Beides ist besonders häufig auf lokaler Ebene. So sind Auseinandersetzungen über Wassernutzung in der Sahelzone vor allem dort häufig, wo es keine traditionellen Institutionen, wie Ältestenräte, oder moderne, wie Gerichte, gibt, die einen Interessenausgleich organisieren können. Andererseits führt Wasserknappheit oft auch zu mehr Vertrauen und Zusammenarbeit unter Bevölkerungsgruppen.¹⁰

Nicht nur für Wasser, auch für andere Umweltveränderungen, die mit dem Klimawandel zusammenhängen, wie Verlust nutzbarer

Landes durch Meeresspiegelanstieg und Versalzung oder durch Ausdehnung von Trockengebieten, gilt, dass lokale Konflikte häufiger sind als nationale oder gar internationale. Ein wichtiger Grund ist die relative Bedeutung von Umweltveränderungen, wie etwa geringerem Niederschlag, Katastrophen oder Meeresspiegelanstieg, für die Lebensbedingungen der Menschen. Während sie lokal sehr wichtig sein können, sind sie dies, mit einigen Ausnahmen wie etwa kleinen pazifischen Inselstaaten, für größere geografische Einheiten selten. Ein anderer ist, dass die Möglichkeiten, Probleme durch klimabedingte Umweltveränderungen, etwa in der landwirtschaftlichen Produktion, auszugleichen, mit der Vielfaltigkeit von Er-

Negative Folgen des Klimawandels können sich an ganz anderen Orten zeigen als dort, wo die Umweltveränderungen auftreten

werbsmöglichkeiten und Lebensbedingen zunehmen, was in der Regel in größeren Einheiten eher der Fall ist. Schließlich sind auch Institutionen für Konfliktbearbeitung und -ausgleich häufig lokal besonders schwach ausgeprägt. Lokale Konflikte können allerdings insbesondere in fragilen Staaten, in denen auch zentrale Institutionen nicht gut funktionieren, zugleich nationale und regionale Dimensionen entfalten. So wurden unzureichende Hilfslieferungen an Opfer des Taifuns Hayan, der im November 2013 einige Inseln der Philippinen getroffen hatte, zum Anlass für bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und bewaffneten Gruppen.¹¹

Lokale Effekte können aber nicht nur durch lokale Umweltveränderungen hervorgerufen werden. In unserer global vernetzten Welt können sich negative Folgen des Klimawandels an ganz anderen Orten zeigen als dort, wo die Umweltveränderungen auftreten. Wichtige Transformationsriemen sind Migration und Preise. Umweltveränderungen, insbesondere Katastrophen, in einer Region können zu Konflikten in den Zuwanderungsregionen führen. Allerdings ist die Bedeutung dieses Konfliktfaktors in der

wissenschaftlichen Literatur sehr umstritten.¹² Ein Beispiel für die Bedeutung von Preisen für lokale Konflikte sind die wiederholten „Brotaufstände“ in zahlreichen Ländern des Globalen Südens. Da auch die lokalen Preise für Brotgetreide stark von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt abhängig sein können, kann ein deutlicher Rückgang der Produktion in einer Weltregion erhebliche Auswirkungen in einer anderen haben. Genau dieser Mechanismus ist von einigen AutorInnen als ein Faktor für den „Arabischen Frühling“ im Jahre 2011 benannt worden. Aufgrund von Dürren in Russland, China und einigen anderen Ländern des Globalen Nordens waren die Weltmarktpreise für Brotgetreide im Herbst 2010 weit überdurchschnittlich angestiegen, was die Proteste in einer Reihe von arabischen Staaten befeuerte.¹³

Eine gewichtige Ausnahme von diesem Fokus auf lokale Konflikte wird häufig in der Arktis gesehen. Die Auswirkungen des Klimawandels in der Arktis unterscheiden sich fundamental von denen in den meisten Regionen der Welt: Hier findet keine Verschlechterung der

Einkommensniveau niedrig und der wichtigste Erwerbszweig die Landwirtschaft ist. Für die Zukunft werden weitere Hotspots genannt, in denen der schleichende Klimawandel über dauerhaften Rückgang von Niederschlägen und Meeresspiegelanstieg zu Umweltveränderungen führt, so etwa im Mittelmeerraum und im südlichen Afrika.¹⁴

Konfliktminderung und Friedensbildung

Die enge Verquickung von klimabedingten Umweltveränderungen mit gesellschaftlichen und politischen Risikofaktoren bietet vielfältige Anknüpfungspunkte für Maßnahmen und Aktivitäten, um die Konfliktträchtigkeit des Klimawandels zu reduzieren.¹⁵

An erster Stelle stehen Maßnahmen, um das Ausmaß des Klimawandels zu begrenzen. Die Auswirkungen auf die Umwelt und die damit einhergehenden Belastungen für den Zusammenhalt von Gesellschaften und Beziehungen zwischen Staaten wachsen mit dem Grad der globalen Erwärmung. Entsprechend bedeutsam ist es auch für das zukünftige Konfliktgeschehen, ob die internationale Gemeinschaft in der Lage ist, den globalen Temperaturanstieg verglichen mit der Zeit vor dem Beginn der Industrialisierung auf 2 Grad oder sogar darunter zu begrenzen.¹⁶

Auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die physische Umwelt und die Verfügbarkeit von Ressourcen wie Land und Wasser lassen sich durch aktive Maßnahmen verändern. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Katastrophenvorsorge, denn auch der schleichende Klimawandel, etwa im Bereich des Anstiegs des Meeresspiegels, wird zunächst vor allem in Extremsituationen – in diesem Fall Sturmfluten – zu Schäden führen. Anpassungsmaßnahmen sind daher ein zweites Instrument, um die Auswirkungen des Klimawandels auf das Konfliktgeschehen zu beeinflussen.

Weiter als Anpassungsmaßnahmen gehen Vorhaben, mit denen die Resilienz von Gesellschaften gegen klimabedingte Umweltveränderungen gestärkt werden soll. So kann eine schnelle wirtschaftliche Erholung nach einer Katastrophe verhindert, dass sich Konflikte

Neben dem Sahel sind vor allem Regionen in Süd- und Südostasien bereits heute Konflikttrisiko- Hotspots des Klimawandels

Bedingungen für Einkommenserzielung statt, sondern mit Ausnahme für die indigene Bevölkerung deren Verbesserung. Die verstärkte Nutzung von Schiffspassagen in der Arktis und insbesondere die mögliche Ausbeutung von Rohstoffen bergen erhebliches Konfliktpotenzial. Allerdings haben es die Anrainerstaaten der Arktis bisher geschafft, ihre Interessenssätze durch Verträge zu regeln.

Neben dem Sahel sind vor allem Regionen in Süd- und Südostasien bereits heute Konflikttrisiko-Hotspots des Klimawandels. In solchen treffen starke negative Auswirkungen auf das Einkommen von Menschen durch Dürren, Überschwemmungen, Stürme und andere Naturkatastrophen auf bereits bestehende wirtschaftliche, gesellschaftliche oder politische Konfliktlinien. Gemeinsam ist ihnen, dass das

zwischen unterschiedlich betroffenen gesellschaftlichen Gruppen aufschaukeln.

Neben diesen auf Begrenzung der Umweltveränderungen infolge des Klimawandels zielenden Maßnahmen stehen solche, die auf Eindämmung der gesellschaftlichen und politischen Konfliktodynamik zielen. Diese unterscheiden sich im Grundsatz nicht von dem, was sich im Laufe der Jahrzehnte als für das Konfliktmanagement und die Friedenskonsolidierung hilfreich erwiesen hat, von Programmen zur Stabilisierung der Wirtschaft über Stärkung von Institutionen zur Bearbeitung von Konflikten bis hin zu Aktivitäten mit dem Ziel der Versöhnung verfeindeter gesellschaftlicher Gruppen.

Naheliegender ist allerdings, Maßnahmen zum Konfliktmanagement und zur Friedensbildung mit Aktivitäten zur Minderung von Umweltrisiken zu verbinden.

Besonders aktiv wird dies im Bereich des „environmental peacebuilding“ versucht, wo etwa Maßnahmen zum Schutz der Umwelt mit Programmen zur Versöhnung zwischen verfeindeten Gruppen verbunden werden. In der Praxis ist ein solches kombinierendes Vorgehen nur schwer umzusetzen und kann zu unbeabsichtigten Folgen führen.¹⁷ Zum einen stehen Aktivitäten zur Minderung von Umweltrisiken und gesellschaftlichen und politischen Konflikttrisiken häufig in Konkurrenz zueinander. Ein Beispiel dafür ist der Bau von Staudämmen, um das Risiko von Überschwemmungen zu vermindern, mit dem gleichzeitig aber die Zwangsumsiedlung von Menschen verbunden ist. Ein anderes ist der großflächige Anbau von Pflanzen für die Energiegewinnung, der aber oft mit der Verknappung von Land für die Nahrungsmittelproduktion durch Kleinbauern verbunden ist. Umgekehrt können auch der Friedenskonsolidierung dienende Maßnahmen, etwa im Bereich der Förderung der Wirtschaft in Nachkriegsgesellschaften, die Umweltbedingungen verschlechtern. Zum anderen sind die Akteure, die sich um Umweltrisiken und gesellschaftliche und politische Konflikttrisiken kümmern, häufig voneinander isoliert. Ein Beispiel dafür sind die unterschiedlichen Zielsetzungen von internationalen Entwicklungs- und Hilfsorganisationen, die regelmäßig einen klaren Schwerpunkt auf ein begrenztes Aufgabenfeld haben.

Gefahren der „Versicherheitlichung“ und der Unterschätzung des Klima-Konflikttrisikos

Die Komplexität des Zusammenhanges von Klimawandel und Konflikten erschwert nicht nur die wissenschaftliche Analyse und die Bemühungen um die Eindämmung eines vom Klimawandel beeinflussten Konfliktgeschehens, sondern führen auch zu Unter- und Übertreibungen der Bedeutung dieses Zusammenhanges.¹⁸

Besonders deutlich war dies in der zweiten Hälfte der Nullerjahre des Jahrhunderts. Ein wichtiger Grund dafür war die Haltung einer Reihe von Regierungen, angeführt durch die

Aktivitäten, den Risiken des Klimawandels mit militärischen Mitteln begegnen zu wollen, sind bisher kaum zu verzeichnen

US-Administration unter George W. Bush, einerseits und das Erstarken gesellschaftlicher Bewegungen für mehr Klimaschutz andererseits. Die Betonung des Konflikttrisikos des Klimawandels erwies sich als ein starkes Argument zur Mobilisierung für mehr Klimaschutz, allerdings um den Preis, dass sich Angst vor Massenmigration nach Europa und in die USA verbreitete und ehemalige und aktive Militärs zu wichtigen Kronzeugen für die Gefahren des Klimawandels wurden. Zwar sind bisher nur wenige Zeichen einer „Versicherheitlichung“ des Klimawandels zu sehen, etwa der weiten Verbreitung der Ansicht, dass der Klimawandel eine existenzbedrohende Gefahr ist, der nur mit der Ausschaltung demokratischer Verfahren und mit Zwangsmaßnahmen begegnet werden kann. Auch Aktivitäten, den Risiken des Klimawandels mit militärischen Mitteln begegnen zu wollen, sind bisher kaum zu verzeichnen.¹⁹ Andererseits hält sich die durch Analysen der bisherigen Migrationsbewegungen nicht gestützte Angst vor einer riesigen Welle von Klimamigranten nach Europa und in die USA hartnäckig in Politik und Gesellschaft und ist zu einem wichtigen Faktor in der Migra-

tionspolitik einer Reihe von Staaten geworden. Übertreibungen der Bedeutung des Klimawandels liegen auch im Interesse von politisch versagenden Entscheidungsträgern und Eliten. Sie können ihr eigenes Verschulden für schlechte Lebensbedingungen und Proteste bis hin zur Eskalation zu bewaffneten Konflikten auf einen von ihnen kaum beeinflussbaren Faktor schieben. Auch hierfür liefert der Konflikt in Darfur ein Beispiel.

Übertreibungen der Risiken für Frieden und Sicherheit stehen Verharmlosungen des Klimawandels gegenüber – allgemein und speziell, wenn es um Fragen von gesellschaftlichem Zusammenhalt und gefährlichen Konflikten geht. So verweigerte sich die Trump-Administration in den USA jeder Art von Versuchen auf praktischer, politischer und diplomatischer Ebene, Klimawandel und Konflikte miteinander in Verbindung zu bringen, weil sie den menschengemachten Klimawandel an sich bestritt. Andere Akteure in der internationalen Politik akzeptieren zwar, dass der Klimawandel Auswirkungen auf die Lebensbedingungen vieler Menschen hat, sind aber nicht gewillt, darin ein relevantes Konfliktrisiko zu sehen. So verhinderten nicht nur die USA, sondern auch Russland und China, dass Deutschland während der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in den Jahren 2019/2020 erfolgreich eine Resolution einbringen konnte, in der der Klimawandel als eine Gefahr für internationalen Frieden und Sicherheit bezeichnet wurde. Erbst waren darüber vor allem eine Reihe von besonders vom Klimawandel betroffener Staaten, wie die kleinen pazifischen Inselstaaten, die sich von der internationalen Gemeinschaft mehr Engagement wünschen.

Der Autor



Michael Brzoska ist Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg, das er bis 2016 als wissenschaftlicher Direktor leitete, und Senior Research Associate des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft arbeitete er an verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung und war zwischen 2007 und 2017 auch Principal Investigator im Klimaforschungs-Exzellenzcluster der Universität Hamburg.

Gegenwarts- und Zukunftsrisiko Klimawandel

Es macht wenig Sinn, den Klimawandel isoliert von anderen Konfliktfaktoren zu sehen. Dazu sind seine gesellschaftlichen Auswirkungen zu sehr dadurch determiniert, wie stark Menschen von Umweltbedingungen abhängig sind, welche Möglichkeiten zur Anpassung an deren Veränderungen sie haben, wie die negativen Folgen dieser Veränderungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verteilt sind und wie solche Verteilungsfragen von der Bevölkerung wahrgenommen werden, um nur einige wichtige Faktoren zu erwähnen.

Mit zunehmender Globaltemperatur und deren Folgen für Klima und Wetter steigt allerdings das zu erwartende Ausmaß der Umweltveränderungen, insbesondere in der Form von Extremwetterereignissen, aber auch von längerfristigen Veränderungen, zum Beispiel bei Niederschlägen und Meeresspiegel. Damit steigen tendenziell auch die Risiken für bewaffnete Konflikte. Aber auch in der absehbaren Zukunft dürften sie nur dort dominant werden, wo die Abhängigkeit von landwirtschaftlicher Produktion besonders hoch ist und andere Konfliktlinien sich mit denen über die Verteilung der negativen Folgen von Umweltveränderungen überschneiden.

Die enge Verquickung des Klimawandels mit anderen Konfliktfaktoren eröffnet vielfältige Möglichkeiten für die Eindämmung des Konfliktrisikos. Auch hier gilt allerdings, dass die Erfolgsbedingungen mit zunehmendem Klimawandel abnehmen. Denn die enge Verquickung bedeutet auch, dass wichtige Bremsen von Konflikteskalation, wie Vertrauen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen der Konfliktbearbeitung und -lösung, in diesem Zuge an Gestaltungskraft verlieren.

- 1 Gleditsch, Nils Petter (2021): „This time is different! Or is it? NeoMalthusians and environmental optimists in the age of climate change“. *Journal of Peace Research* 58(1), S. 177–185.
- 2 Von Uexkuell, Nina und Buhaug, Halvard (2021): „Security implications of climate change: A decade of scientific progress“. *Journal of Peace Research* 58(1), S. 3–17.
- 3 Eine knappe Beschreibung der umstrittenen Positionen findet sich im 5. Sachstandsbericht des IPCC. Adger, W Neil et al. (2014): *Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability*. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel of Climate Change. Cambridge/New York, S. 755–791.
- 4 Fröhlich, Christiane J. (2020): „Drought, flight, conflict: ‘climate migration’ as a driver for conflict?“ Brzoska, Michael und Scheffran, Jürgen (Hg.): *Climate Change, Security Risks, and Violent Conflicts*. Hamburg, S. 175–194. <https://blogs.sub.uni-hamburg.de/hup/products-page/publikationen/180/>
- 5 Brzoska, Michael (2018): „Weather Extremes, Disasters, and Collective Violence: Conditions, Mechanisms, and Disaster-Related Policies in Recent Research“. *Current Climate Change Reports* 4(4), S. 320–329.
- 6 Koubi, Vally (2019): „Climate Change and Conflict“. *Annual Review of Political Science* 22, S. 343–360, <https://www.annualreviews.org/doi/pdf/10.1146/annurev-polisci-050317-070830>; von Uexkuell, Nina und Buhaug, Halvard (2021); Scheffran, Jürgen: „Climate change and weather extremes as risk multipliers“. In: Brzoska, Michael und Scheffran, Jürgen (Hg.), S. 19–48.
- 7 Mach, Katharine J et al. (2019): „Climate as a risk factor for armed conflict“. *Nature* 571(7764), S. 193–197.
- 8 Mach, Katharine J et al. (2019).
- 9 Bernauer, Thomas und Böhmelt, Tobias (2020): „International conflict and cooperation over freshwater resources“. *Nature Sustainability* 3(5), S. 350–356.
- 10 De Juan, Alexander und Hänze, Niklas (2021): „Climate and cohesion: The effects of droughts on intra-ethnic and inter-ethnic trust“. *Journal of Peace Research* 58(1), S. 151–167.
- 11 Walch, Colin (2013): „Typhoon Haiyan: natural disaster meets armed conflict“. *Open Democracy*, 26. November 2013. <https://www.opendemocracy.net/en/typhoon-haiyan-natural-disaster-meets-armed-conflict/>
- 12 Boas, Ingrid et al. (2019): „Climate migration myths“. *Nature Climate Change* 9(12), S. 901–903.
- 13 Johnstone, Sarah und Mazo, Jeffrey (2011): „Global Warming and the Arab Spring“. *Survival* 53(2), S. 11–17.
- 14 Scheffran, Jürgen (2020).
- 15 Brzoska, Michael (2019): „Understanding the Disaster-Migration-Violent Conflict Nexus in a Warming World: The Importance of International Policy Interventions“. *Social Sciences* 8(6), S. 1–17.
- 16 Die derzeitigen Emissionsreduktionsziele der einzelnen Staaten reichen dazu nach einem aktuellen Bericht des Klimasekretariats der UN bei Weitem nicht aus. Siehe etwa: Selbst wenn die Staaten ihre Klimapläne einhalten, verfehlt die Welt das Zwei-Grad-Ziel. *Spiegel*, 26.2.2021, <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/pariser-klimaabkommen-klimaplaene-verfehlen-2-grad-ziel-bei-weitem-a-679d1f0f-c4a5-43f0-bc10-413313c9cfaf>
- 17 Ide, Tobias (2020): „The dark side of environmental peacebuilding“. *World Development* 127, S. 104777.
- 18 Gleditsch, Nils Petter (2021).
- 19 Brzoska, Michael (2020): „Climate change and planning for the military“. In: Brzoska, Michael und Scheffran, Jürgen (Hg.), S. 229–250.

WENN DU FRIEDEN WILLST, SCHÜTZE DAS KLIMA!

Autor: *Andreas Lienkamp*

Zuvor

Im Jahr 2015 veröffentlichte Papst Franziskus mit *Laudato si'* die erste Umweltenzyklika überhaupt. Der Klimawandel, so schreibt er darin, sei eine der „wichtigsten aktuellen Herausforderungen an die Menschheit“, „ein globales Problem mit schwerwiegenden Umwelt-Aspekten und ernsten sozialen, wirtschaftlichen, distributiven und politischen Dimensionen“ (LS 25)¹. Im selben Jahr beschloss die Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen das *Übereinkommen von Paris*, den neuen, völkerrechtlich bindenden Klimavertrag, den inzwischen 191 Staaten ratifiziert haben. Die Unterzeichnerstaaten sehen in der globalen Erwärmung eine „akute Bedrohung“, die „die ganze Menschheit mit Sorge“ erfülle².

Die Situation

Tatsächlich waren 2015 bis 2020 die sechs wärmsten Jahre und das vergangene Jahrzehnt die wärmste Dekade seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. 2020 gehört mit 2016 und 2019 zu den drei wärmsten Jahren, wie die Weltorganisation für Meteorologie meldete³. Dass der derzeitige Klimawandel menschengemacht ist, ist unter den Expertinnen und Experten aufgrund handfester Indizien völlig unstrittig⁴.

Es gibt zwei Hauptursachen: die gigantischen Treibhausgas-Emissionen in Höhe von derzeit rund 50 Milliarden Tonnen Kohlenstoffdioxid- bzw. CO₂-Äquivalenten pro Jahr⁵ sowie die großräumige Vernichtung von Wäldern und anderen wichtigen Kohlenstoff-Senken. Die klimaschädlichen Gase stammen vor allem aus der Verbrennung fossiler Energieträger, die zur Strom- und Wärmeerzeugung sowie als Treibstoff im zivilen wie militärischen Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr genutzt werden, weiterhin aus der industriellen Produktion, vor allem der Zementherstellung, aus dem Abfackeln (*flaring*) und Ablassen (*venting*) von Erdölbegleitgas, aus Müll, aus der Waldrodung, aus Wald- und

Abstract

Nicht nur die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels sind bekannt (und zunehmend spürbar) – Meeresspiegelanstieg, extreme Wetterereignisse mit zerstörerischer Wirkung, verheerende Busch- und Waldbrände, das Auslösen negativer selbstverstärkender Prozesse und der Verlust der Artenvielfalt, ja ganzer Lebensräume und Ökosysteme –, sondern auch die Verursacher. Wohlhabende Industrienationen, davon viele im „Wertebündnis“ NATO zusammengeslossen, tragen überproportional zu den Treibhausgasemissionen bei, sind aber ungleich weniger von den Folgen betroffen. Diesem Zustand gilt es eine theologisch begründete Vorstellung von Klimagerechtigkeit entgegenzuhalten. Dazu ist grundlegend mit der Fehlinterpretation aufzuräumen, die Spezies Mensch habe ein irgendwie geartetes Recht zum willkürlichen Umgang mit der Schöpfung. Vielmehr betonen schon die entscheidenden Verse der Genesis seine Verantwortung und Verpflichtung, deren Rechte zu wahren. Aus dem Eigenwert der Mitgeschöpfe und der unantastbaren Menschenwürde lassen sich drei Hauptaspekte von Klimagerechtigkeit – globale, intergenerationelle und ökologische – ausdifferenzieren. Eine Situation, in der wider besseres Wissen Schädigung und Verlust ganzer Regionen und der sie bevölkernden Lebewesen hingenommen wird, kommt nicht nur aus theologisch-ethischer Perspektive einem fundamentalen Unfrieden gleich. Ob man sich in die Lage der Bewohner kleiner pazifischer Inselstaaten hineinversetzt, die vom Untergang bedroht sind, oder die weitgehend einhelligen wissenschaftlichen und politischen Analysen zurate zieht: Die konfliktverschärfenden Effekte der Verknappung von Wasser und Nahrungsmitteln, des Verlustes von Staatsgebiet und Heimat, der Zunahme von Migration und der Destabilisierung ganzer Regionen liegen auf der Hand. Anstatt weiter in militärische Absicherung zu investieren, sind die verfügbaren Ressourcen gerade potenter Staaten und Akteure – gemäß dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortungen und Fähigkeiten – auf Prävention, das heißt auf Klimaschutz auszurichten. Die Zeit dafür ist knapp, aber noch nicht verstrichen. Es braucht anhaltenden zivilgesellschaftlichen Druck und eine zunehmende Berücksichtigung des Prinzips der Klimagerechtigkeit in der Rechtsprechung. Darüber hinaus kann eine umwelt- und klimagerechte Bepreisung von Waren und Dienstleistungen entscheidende Impulse setzen und zugleich Auftakt der auch von Papst Franziskus in „Laudato si'“ geforderten Transformation unserer konsumorientierten, am kurzfristigen Profit ausgerichteten Wirtschafts- und Lebensweise sein.

Buschbränden, aus der industriellen Landwirtschaft und Tierhaltung. Ein zusätzlicher Faktor ist der Anstieg des durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauchs an Energie und Ressourcen, verbunden mit einer immer weiter wachsenden Menschheit.

Trotz aller Shut- und Lockdowns im Zuge der Covid-19-Pandemie sind die CO₂-Emissionen aus der Nutzung fossiler Energieträger und der Zementproduktion 2020 gegenüber 2019 um nur 5,3 Prozent gesunken⁶; eine Minderung, die allein durch die Zunahme der Wald- und Buschbrände wieder zunichtegemacht wurde⁷. Deshalb ist die Konzentration des langlebigen Gases in der Atmosphäre weiter angestiegen, und zwar seit vorindustriellen Zeiten inzwischen um knapp 50 Prozent⁸. Tendenz: weiter steigend.

Die verheerenden Folgen sind bekannt: Schon jetzt verletzt und tötet der Klimawandel unzählige Menschen und andere Lebewesen durch extreme Wetterereignisse, wie Stürme, Starkniederschläge und Hitze, die an Häufigkeit und/oder Intensität zunehmen. Die Folgen sind Sturmfluten, Überschwemmungen, Dürren sowie Wald- und Buschbrände, die allesamt gefährliche Auswirkungen auf das Leben, die Gesundheit, die Wasserversorgung und die Ernährung haben. Der Meeresspiegel steigt, was tiefliegende Küstenregionen, Inseln und Flussdeltas langsam, aber stetig flutet und versalzt, was wiederum die Lebensgrundlagen und die Heimat der dortigen Bevölkerung unwirtlich macht oder sogar gänzlich zerstört. Klimazonen verschieben sich – mit katastrophalen Konsequenzen für die Biodiversität. Ganze Ökosysteme, wie etwa Korallenriffe, brechen zusammen. Neben wärmerem Wasser ist hierfür die enorme CO₂-Aufnahme der Ozeane verantwortlich, die ihrerseits zu einer weiteren Versauerung der Meere führt, welche kalkschalenbildende Organismen und damit auch die Nahrungskette massiv beeinträchtigt.

Verschärfend kommt hinzu, dass Folgen des Klimawandels wieder zu Ursachen werden. Die Klimaforschung spricht von „positiven“ Rückkopplungen oder Kippschaltern, die der Mensch im Erdsystem aktuell auslöst oder bald umlegen könnte. Hierzu zählt unter

anderem das Absinken der Albedo, also der Menge der von der Erde reflektierten Sonneneinstrahlung. Ursache ist das Abschmelzen von eis- und schneebedeckten Flächen. Da-

Schon jetzt verletzt und tötet der Klimawandel unzählige Menschen und andere Lebewesen durch extreme Wetterereignisse, wie Stürme, Starkniederschläge und Hitze, die an Häufigkeit und/oder Intensität zunehmen

durch werden Boden und Luft wärmer, weitere helle Flächen verschwinden, wodurch die Temperatur noch mehr steigt und so weiter.

Von den Mitgliedern des Nordatlantikkpakts gehören mit den USA, Deutschland und Kanada drei Staaten zu den zehn Top-Emittenten von Treibhausgasen. Die dreißig Bündnispartner, deren Gesellschaften gut zwölf Prozent der Weltbevölkerung stellen, waren 2018 für den überproportional hohen Ausstoß von 10,63 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalenten verantwortlich, das heißt für rund 22 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen⁹. Vier von fünf NATO-Ländern sind OECD-Staaten. Nimmt man das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als Wohlstandsindikator, so gehörten im Jahr 2019 fünf NATO-Mitglieder zu den zehn reichsten Staaten der Erde, zehn zu den zwanzig reichsten und 22 zu den fünfzig reichsten. Die Bevölkerungen fast aller Bündnispartner (ausgenommen Albanien und Nordmazedonien) zählen zum wohlhabendsten Drittel der Staatenwelt. Folglich kommen hier die rechtlich-ethische Verpflichtung der Verursacher zur Emissionsminderung und eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bezüglich Klimaschutz, Anpassung und Wiedergutmachung angerichteter Schäden zusammen. Völkerrechtliche Grundlage ist das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortungen und Fähigkeiten, das in der Klimarahmenkonvention von Rio 1992 festgelegt und im Übereinkommen von Paris bestätigt wurde (vgl. Art. 3 Nr. 1 UNFCCC, Art. 2 II Paris Agreement).

Bewertungen

Im Bewusstsein vieler Menschen halten sich hartnäckig einige fatale Fehlinterpretationen der schöpferischen Aufträge, die Gott unserer Spezies erteilt. Diese Verpflichtungen finden sich im Buch Genesis, und zwar in den beiden ersten Kapiteln, die ein kunstvoll verbundenes Ganzes bilden. Die darin enthaltenen vier sinntragenden hebräischen Verben bedeuten: 1. nicht ein gewaltförmiges „Herrschen“, sondern ein gewaltfreies Walten über das Land und die Tiere im Sinne eines *sorgenden Verwaltens*, wie dies von einer guten Regentschaft erwartet wurde (vgl. Genesis / 1. Mose 1,26.28); 2. nicht vorrangig ein „Bebauen“ oder „Beackern“, sondern die Verpflichtung, dem Boden und dem Paradiesgarten zu *diene*n, da er nur dann fruchtbar bleibt (vgl. Genesis / 1. Mose 2,5.15); 3. nicht ein „Untertanmachen“ oder „Unterwerfen“ der Erde, sondern ein Fuß-darauf-Setzen, was in der Antike als *Schutzgestus* verstanden wurde (vgl. Genesis/1. Mose 1,28); denn 4. soll der Mensch den Garten Eden, das Biotop Erde, *hüten, erhalten und schonen* (vgl. Genesis/1. Mose 2,15). Auch die Prophetenbücher verdeutlichen, wie Gott sich eine gelungene Welt vorstellt: Recht und Gerechtigkeit sollen

Solidarität, also das Engagement für Gerechtigkeit, muss auch beim Umgang mit der Erde, ihren Geschöpfen und ihrem Klimasystem an erster Stelle stehen

herrschen, Schalom soll sein: das heißt eine lebensfördernde politische, rechtliche, soziale und kreatürliche Ordnung, im weiteren Sinne ein ungefährdetes Wohlergehen, Glück, Ruhe und Sicherheit, umfassendes Heil für alle, auch die kommenden Generationen. „Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein“ (Jesaja 32,17). Solidarität, also das Engagement für Gerechtigkeit, muss deshalb auch beim Umgang mit der Erde, ihren Geschöpfen und ihrem Klimasystem an erster Stelle stehen.

Die tatsächliche Weltlage ist jedoch weit davon entfernt. „Schon heute ist der Kampf um

die knappen ökologischen Ressourcen (Wasser, Bodenschätze, landwirtschaftliche Flächen u. a.) [...] häufige Ursache für kriegerische Auseinandersetzungen“, konstatierten die deutschen Bischöfe bereits 1998 in ihrem Dokument *Handeln für die Zukunft der Schöpfung*¹⁰. Zwei Jahre später warnten sie in dem Papier *Gerechter Friede* vor der globalen Erwärmung als einer möglichen Flucht- und Kriegsursache: „Die Veränderungen der Erdatmosphäre [...] beeinflussen das Klima und haben unabsehbare Konsequenzen.“ So komme es „auch dazu, dass Menschen ihren angestammten Lebensraum verlassen müssen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Wasserversorgung. Fachleute befürchten, künftige Kriege würden nicht mehr nur um Öl, sondern um Wasser geführt.“¹¹ Und im Jahr 2007 machten die Bischöfe uns bewusst, dass die „gefährliche anthropogene Beeinflussung des Weltklimas [...] kein unabwendbares Schicksal, sondern eine massive Ungerechtigkeit (ist), die bestehendes Unrecht noch verschärft“¹².

Dieser Zustand unterminiert die globale Sicherheit und ist das Gegenteil von Klimagerechtigkeit. Klimagerecht ist ein System, Zustand, Gesetz, eine Situation, Beziehung, Maßnahme oder Handlung immer dann, aber auch nur dann, wenn die berechtigten Ansprüche aller, die vom Klimawandel und seinen Folgen in Mitleidenschaft gezogen oder bedroht werden, also ihre *Rechte*, angemessen berücksichtigt werden. Wir schulden Gerechtigkeit allerdings nicht nur unseren bald acht Milliarden Mitmenschen, sondern auch den kommenden Generationen und unseren Mitgeschöpfen. Die beiden letzteren „Gruppen“ haben nichts zum Klimawandel beigetragen, leiden unter seinen Folgen bzw. werden darunter leiden, können jedoch für ihre Rechte nicht selbst eintreten. Die Gründe unserer Verpflichtung gegenüber den jetzt und künftigen Lebenden liegen auf der Hand: Es sind die gleiche, unantastbare Menschenwürde aller sowie der Eigenwert der außermenschlichen Schöpfung (vgl. Genesis / 1. Mose 1,31). *Darum* sind wir verpflichtet, sie zu achten und ihre Rechte zu schützen.

Auch die deutschen Bischöfe heben hervor, dass die menschengemachte Klimaänderung

„in dreifacher Hinsicht – global, intergenerationell und ökologisch – eine Frage der Gerechtigkeit“ ist¹³. Die aus ethischer Perspektive gravierendste Ungerechtigkeit ist die zwischen den Hauptverursachenden und den Hauptleidtragenden des Temperaturanstiegs: 1. zwischen den stark emittierenden reichen Industrienationen, aufstrebenden Schwellenländern sowie Eliten in den Entwicklungsländern auf der einen Seite sowie den armen, verwundbaren Ländern des globalen Südens, besonders in Afrika und im Südpazifik, auf der anderen Seite, dann 2. zwischen den jetzt lebenden Erwachsenen einerseits und den Jugendlichen, Kindern, Ungeborenen sowie den noch kommenden Generationen andererseits und schließlich 3. zwischen der aktuellen erwachsenen Menschheit und der außermenschlichen Natur.

Bezüglich des völlig unzureichenden deutschen Klimaschutzgesetzes hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 24. März 2021 einen Verstoß gegen das Gebot intergenerationeller Gerechtigkeit festgestellt (s. o. 2.). Der jetzt lebenden erwachsenen Generation dürfe nicht zugestanden werden, „unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine [...] radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben schwerwiegenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde“¹⁴. Dies würde junge Menschen verfassungswidrig in ihren Freiheitsrechten verletzen. Deshalb muss der Gesetzgeber nun angemessene Vorkehrungen treffen, um die ab 2031 auf die jetzigen Kinder und Jugendlichen zukommende Minderungslast zu verringern¹⁵ und einen „freiheitsschonenden Übergang [] in die Klimaneutralität“ zu gewährleisten¹⁶.

Die Gefährdung durch den Klimawandel und seine Folgen, so legte auch der vormalige Premierminister des Inselstaats Tuvalu, Saufatu Sopoanga, der UN-Generalversammlung eindringlich dar, „ist real und ernst, und wir vergleichen sie mit einer langsamen und heimtückischen Form des Terrorismus gegen uns“¹⁷. Zu einer ganz ähnlichen Bewertung kommt Marlene Moses, UN-Botschafterin des benachbarten Nauru: „Der Klimawandel

kann Länder genauso verwüsten wie Kriege und angreifende Armeen.“¹⁸ Wer hier jeweils der Aggressor ist, liegt auf der Hand: Es sind die Staaten, die pro Kopf die größte Menge an Treibhausgasen ausstoßen. Wie aber sind diese Einschätzungen zu bewerten? Handelt es sich um Übertreibungen der politischen Elite

Saufatu Sopoanga, vormaliger Premierminister des pazifischen Inselstaats Tuvalu, verglich die Gefährdung durch den Klimawandel und seine Folgen mit einer „langsamen und heimtückischen Form des Terrorismus“

zweier kleiner Staaten, die sich vor der Weltöffentlichkeit wichtigmachen wollen?

Dass dem nicht so ist, zeigt die Tatsache, dass sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC) in ähnlicher Weise geäußert hat. Im Juli 2011 befasste sich dieses mächtigste UN-Gremium mit den Gefahren des Klimawandels und beauftragte seinen Präsidenten, eine Stellungnahme abzugeben. Darin wird die Verantwortung unterstrichen, die dem Gremium bei der Bewahrung von Frieden und Sicherheit, aber auch für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zukomme. Der Sicherheitsrat zeigt sich besorgt darüber, dass der Klimawandel bestehende Risiken verschärfen könnte. Anlass für das Statement war eine dringende Bitte der pazifischen Inselstaaten, die die nachteiligen Auswirkungen der globalen Erwärmung schon jetzt deutlich zu spüren bekommen. Exemplarisch nennt das Dokument den Anstieg des Meeresspiegels, wodurch kleinen, tiefliegenden Nationen der Verlust ihres Staatsgebietes droht, zumindest aber die dauerhafte Überflutung bzw. Versalzung großer Landesteile¹⁹.

Folgen wären einerseits Konflikte um knapper werdende (fruchtbare) Böden, um Trinkwasser und Nahrungsmittel sowie andererseits Migration und Flucht. Insgesamt gesehen wird die Zahl der Menschen steigen, die vor Dürre, Stürmen oder Überschwemmungen fliehen und damit Heimat und Sicherheit preisgeben müssen. Zudem werden diejenigen, die nicht mehr zurückkehren können, anderswo dauerhaft aufgenommen und inte-

griert werden müssen. Solche Entwicklungen verlaufen in der Regel nicht konfliktfrei. Zwar handelt es sich bei der vorliegenden Erklärung nicht um eine Resolution des UNSC, sondern um ein Statement seines Präsidenten. Dennoch ist die Stellungnahme hochbedeutsam: als Anstoß zu einer Neubewertung der Gefahren des Klimawandels.

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen hatte

Die vielfältigen Möglichkeiten der Prävention durch Schaffung gerechter(er) innerstaatlicher und internationaler Strukturen sind nicht im Ansatz geschöpft, geschweige denn ausgeschöpft

sich in seinem Hauptgutachten 2007 ebenfalls mit dem *Sicherheitsrisiko Klimawandel* beschäftigt und festgestellt, dass die globale Erwärmung und ihre Auswirkungen „ohne unterschiedenes Gegensteuern bereits in den kommenden Jahrzehnten die Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften überfordern“ werden. Mögliche nachteilige Effekte könnten Gewalt und Destabilisierung sein, „die die nationale und internationale Sicherheit in einem erheblichen Ausmaß bedrohen“, sowie Spaltungs- und Konfliktlinien in der internationalen Politik aufgrund vielfältiger Verteilungskonflikte in und zwischen Ländern: um Wasser, um Land, um die Bewältigung von Flüchtlingsbewegungen oder um Kompensationszahlungen²⁰.

In ihrer *Globale[n] Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik* aus dem Jahr 2016 identifiziert die Europäische Union neben dem Terrorismus, hybriden Bedrohungen, wirtschaftlicher Instabilität sowie Unsicherheit bezüglich der Energieversorgung auch die globale Erwärmung als eine aktuelle Gefährdung ihrer Bevölkerung und ihres Hoheitsgebietes²¹. Diese verursache über die bereits bestehenden globalen Schwierigkeiten hinaus weitere Verwerfungen²²: „Klimawandel und Schädigung der Umwelt verschärfen potenzielle Konflikte angesichts ihrer Auswirkungen auf die Wüstenbildung, die Verschlechterung der Böden sowie die Wasser- und Nahrungsmittelknappheit.“²³

In diesem Zusammenhang verwendet die EU den interessanten Begriff des Präventivfriedens. Es sei „hinlänglich bekannt, dass es effizienter und wirksamer ist, einen Konflikt zu verhüten, als nach Ausbruch einer Krise zu versuchen, diese beizulegen“. Die EU habe in der Vergangenheit gute Erfolge mit präventiver Friedenskonsolidierung und Diplomatie erzielt. „Wir werden daher unsere Anstrengungen zur Konfliktverhütung verstärken, indem wir die Ursachen wie Menschenrechtsverletzungen, ungleiche Ressourcenverteilung und *Klimawandel* – der zur *Vervielfältigung der Bedrohung* durch Verstärkung von Wasser- und Nahrungsmittelknappheit, Pandemien und Vertreibung beiträgt – überwachen.“²⁴ Was aber, wenn die Vorsorge misslingt? Meine Antwort lautet: Solange die vielfältigen Möglichkeiten der Prävention durch Schaffung gerechter(er) innerstaatlicher und internationaler Strukturen *nicht im Ansatz* geschöpft, geschweige denn ausgeschöpft sind, sollten wir alle Kraft auf das *Gelingen* setzen, anstatt die weltweiten Militärausgaben weiter hochzutreiben. 1981 Milliarden US-Dollar waren es laut SIPRI im Jahr 2020, was trotz Pandemie einer realen Steigerung von 2,6 Prozent gegenüber 2019 entspricht. Man stelle sich einmal vor, dieses Geld würde für die Umsetzung der 17 Sustainable Development Goals eingesetzt werden, also zum Beispiel für Klimaschutz und Armutsbekämpfung²⁵.

Die Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS), die knapp ein Fünftel der UN-Mitgliedsländer repräsentiert, lädt uns zu einem weiteren Gedankenexperiment ein. Was würden *wir* tun, wenn die Situation umgekehrt wäre? Wenn also die AOSIS-Staaten zu den Hauptverursachern, wirtschaftlichen Profiteuren und zugleich zu den am wenigsten Verwundbaren gehörten und wir, die Bevölkerungen der NATO-Mitglieder, zu den besonders geschädigten Niedrigemissionsländern mit hoher Verwundbarkeit: Wie würden wir darauf reagieren, wenn die Inselstaaten unsere Toten und Verletzten bloß als Kollateralschäden betrachteten, die eben in Kauf zu nehmen sind, sozusagen als unvermeidbare Nebenwirkung des auf der anderen Seite des Planeten ge-

pflügen Lebensstils? Würde die NATO gemäß Artikel 5 *Nordatlantikvertrag* den Bündnisfall ausrufen und damit drohen, die Kohlekraftwerke der Pazifikstaaten zu zerstören? Würde die Sicherheit Deutschlands dann nicht nur am Hindukusch, sondern auch im Südpazifik verteidigt? Wer dies bejaht, müsste allerdings auch den AOSIS-Staaten das Recht zugestehen, *ihre* Freiheit an Rhein, Elbe und Donau zu verteidigen. Wie gesagt: nur ein Gedankenexperiment. Gewalt wird die Klimakrise nicht lösen, nur internationale faire Kooperation. In diese Richtung weist auch Artikel 1 des *Nordatlantikvertrags*, in dem sich die Parteien verpflichten, in Übereinstimmung mit der *UN-Charta* „jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind“. Dass die NATO die Gerechtigkeit nicht gefährden will, ist ein hehres Ziel. Besser noch wäre es, aktiv die in der Präambel für fundamental erklärten Werte der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts im globalen Kontext, aber auch in den eigenen Reihen (zum Beispiel in der Türkei, in Polen und Ungarn) zu fördern.

Die himmelschreiende Diskrepanz zwischen Hauptverursachern und Hauptleidtragenden ist aber nicht die einzige Ungerechtigkeit. Darüber hinaus ist es extrem unfair, dass die allermeisten der Verschmutzerstaaten und zahlreiche ihrer gesellschaftlichen Akteure Maßnahmen des Klimaschutzes aus purer nationalstaatlicher, unternehmerischer oder individueller Habgier blockieren oder abschwächen. Schon der Versuch verstößt gegen das Gerechtigkeitsprinzip, das in Rio und Paris als gemeinsame Verpflichtung der Völkergemeinschaft etabliert wurde.

Im Umweltvölkerrecht und Internationalen Strafrecht wird zudem diskutiert, ob hier nicht sogar ein vorsätzlicher Ökozid bzw. Posterizid vorliegt, somit ein Verbrechenstatbestand, der – über das Mittel der Klimaklage – nach einer entsprechenden Sanktionierung ruft²⁶. So gibt

es begrüßenswerte Bestrebungen, unterstützt unter anderem von Papst Franziskus²⁷, Ökozid neben Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression in das *Römische Statut* des Internationalen Strafgerichtshofs aufzunehmen²⁸.

Eine weitere Ungerechtigkeit besteht darin, den Klimawandel selbst, die ursächliche Bedeutung der Treibhausgase und/oder die Verantwortung der Menschheit als Verursacherin der globalen Erwärmung zu leugnen oder zu verharmlosen. Gesunde Skepsis ist eine wissenschaftliche Tugend. Wer aber aus Mangel an Bereitschaft, sich bei geprüften Quellen zu informieren, oder wider besseres Wissen oder, schlimmer noch, aus reinem Egoismus Zweifel an der Wissenschaftlichkeit der Klimaforschung, an der Glaubwürdigkeit der Fachleute und ihrer vielfach überprüften und

Was würden wir tun, wenn die AOSIS-Staaten zu den Hauptverursachern, Profiteuren und am wenigsten Verwundbaren gehörten und die Bevölkerungen der NATO-Mitglieder zu den besonders geschädigten Niedrigemissionsländern mit hoher Verwundbarkeit?

abgesicherten Resultate sät – eine beliebte Methode der Erdöl- und Kohlelobby (von den USA über Europa und den Nahen Osten bis Australien), von rechtspopulistischen Parteien sowie ihnen nahestehender Medien –, macht sich der Verschleierung bzw. Verharmlosung von klimabedingten Menschenrechtsverstößen und Angriffen auf die Schöpfung schuldig.

Was zu tun ist

Papst Franziskus fordert dazu auf, die nötigen „Änderungen im Leben, in der Produktion und im Konsum vorzunehmen, um die [...] Erwärmung oder zumindest die menschlichen Ursachen, die sie hervorrufen und verschärfen, zu bekämpfen“ (LS 23). Im *Übereinkommen von Paris* verpflichtet sich die Völkergemeinschaft auf das Ziel Netto-Null-Emissionen, das heißt darauf, „ein Gleichgewicht zwischen den anthropogenen Emissionen von Treib-

hausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken [z. B. Wälder] auf der Grundlage der Gerechtigkeit [...] herzustellen“ (Art. 4 I). Dazu müssen so schnell wie möglich der CO₂-Ausstoß, aber auch die Emissionen von Lachgas und Methan aus der Landwirtschaft, Methan aus der Tier- und Abfallwirtschaft, von Ruß²⁹ und teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffen entscheidend verringert werden³⁰.

Alle bislang von den Vertragsstaaten des Pariser Übereinkommens eingereichten *nationally determined contributions* (NDC), also national festgelegten Beiträge zum Klimaschutz, werden aber nicht ausreichen, um den Anstieg der globalen Temperatur unter der vereinbarten Grenze von 1,5 Grad Celsius zu halten, zumal schon jetzt eine Erwärmung

lich sind, das Netto-Null-Ziel an. Von entscheidender Bedeutung ist es jedoch, die NDC-Ziele für 2030 deutlich nachzubessern und ihre politische Umsetzung zu beschleunigen, um sicherzustellen, dass die langfristigen Ziele erreicht werden können: „Steilere Emissionsminderungen in den nächsten fünf bis zehn Jahren sind unverzichtbar.“³³

Der Weltklimarat IPCC hat in seinem jüngsten Bericht festgestellt, dass die Menschheit nur noch 420 bis maximal 570 Milliarden Tonnen CO₂ ausstoßen darf, wenn wir die Erwärmung mit einer Zwei-Drittel-Wahrscheinlichkeit auf 1,5 Grad begrenzen wollen³⁴. Das klingt viel, ist es aber nicht, denn aktuell liegen die globalen Emissionen jährlich bei 42, vielleicht sogar bei 45 Milliarden Tonnen CO₂. Nehmen wir gemäß dem Vorsichtsprinzip beim verbleibenden Budget den niedrigeren und beim derzeitigen Ausstoß den höheren Wert an, dann wäre unsere „Deponie“, das heißt die Atmosphäre, in gut neun Jahren ausgelastet, also im Jahr 2030. Nur durch sofortigen ambitionierten Klimaschutz können wir diesen Zeitraum verlängern.

Somit gibt es keine Alternative zu einer umgehenden Kehrtwende. In ihren *Zehn Thesen zum Klimaschutz* aus dem Jahr 2019 mahnen die deutschen Bischöfe: „Es ist gleichermaßen eine Frage der Gerechtigkeit und der politischen Klugheit, mehr Ressourcen in die Vorsorge zur Minderung des Klimawandels und zur Anpassung an seine Folgen zu investieren. Darüber hinaus erweist sich dies zunehmend als wichtiger Beitrag zur Friedenssicherung und internationalen Bekämpfung von Fluchtursachen.“³⁵ Da jede Halbherzigkeit oder Verzögerung beim Klimaschutz die Treibhausgaskonzentrationen weiter ansteigen lässt, wachsen zeitgleich die Herausforderung wie der finanzielle Betrag, der zu ihrer Bewältigung aufgewandt werden muss. *Deshalb* ist es politisch, aber auch ökonomisch vernünftiger, die sonst eintretende Kostenexplosion zu verhindern, ganz abgesehen von dem Leid, das man dadurch zahllosen Geschöpfen ersparen kann.

Dazu braucht es einen Instrumentenmix aus verschiedensten technischen und politischen Maßnahmen. Dennoch gibt es so etwas

Die bei Produktion und Konsum anfallenden ökologischen und sozialen Kosten dürfen nicht länger auf andere Menschen, Lebewesen und Generationen abgewälzt, sondern müssen vollständig eingepreist werden

von 1,2 ± 0,1 Grad (gegenüber dem Zeitraum 1850 bis 1900) zu beklagen ist. „Mit den aktuellen, auf Paris zurückgehenden Klimaplänen der Länder wird es im Jahr 2100 um 2,6 Grad wärmer sein als vor der industriellen Revolution“, so Christian Mihatsch auf klimareporter³¹. Im besten Fall steigt die globale Durchschnittstemperatur „nur“ um 2,1 Grad, im schlechtesten um 3,3 Grad³², was im ersten Fall gefährlich, im zweiten katastrophal wäre.

Zwar streben inzwischen 127 Staaten, die für zwei Drittel der Emissionen verantwort-

Der Autor



Prof. Dr. Andreas Lienkamp studierte Katholische Theologie und Sozialwissenschaften. Seine Habilitationsschrift trägt den Titel „Klimawandel und Gerechtigkeit – Eine Ethik der Nachhaltigkeit in christlicher Perspektive“. Seit 2011 ist er Professor für Christliche Sozial- und Umweltethik am Institut für Katholische Theologie der Universität Osnabrück. Im Rahmen der Arbeitsgruppe für Ökologische Fragen berät er seit 20 Jahren die Deutsche Bischofskonferenz in Fragen nachhaltiger Entwicklung.

wie eine *silver bullet*. Ernst Ulrich von Weizsäcker hat es auf den Punkt gebracht: „Die Preise müssen die Wahrheit sagen.“³⁶ Das heißt, die bei Produktion und Konsum anfallenden ökologischen und sozialen Kosten dürfen nicht länger auf andere Menschen, Lebewesen und Generationen abgewälzt, sondern müssen vollständig eingepreist werden. Dadurch werden klimaschädliche Waren und Dienstleistungen erheblich teurer – und langfristig wohl vom Markt verschwinden – sowie klimafreundliche Güter deutlich attraktiver.

Covid-19 und der Klimawandel haben trotz aller Verschiedenheit Manches gemeinsam: In beiden Fällen ist die Gefahr nur für die Betroffenen und für die Fachleute spürbar bzw. sichtbar, dennoch sind beide Bedrohungen objektiv vorhanden, komplex, von globaler Ausdehnung sowie grausam wegen ihrer massiven negativen Auswirkungen, die vor allem die Armen treffen. Und in beiden Fällen sind tatenloses Abwarten, fehlende Solidarität und mangelnde Vorsicht tödlich und deshalb absolut unverantwortlich. In der aktuellen Pandemie hat sich gezeigt, dass die Politik, trotz aller zum Teil erheblichen Umsetzungsprobleme, beratungsoffen und handlungsfähig sein kann sowie in der Lage ist, das buchstäblich „Not-Wendige“ auf den Weg zu bringen. All das wäre auch in der Klimakrise vonnöten: Empfehlungen aus der Wissenschaft wurden berücksichtigt, Milliardenbeträge bereitgestellt, einschneidende Gesetze und Verordnungen verabschiedet. Für die anstehende Eindämmung der globalen Erwärmung macht dies ebenso Mut wie die nicht nachlassenden Anstrengungen der *Fridays-for-Future*-Bewegung. Man kann nur hoffen, dass das Engagement der jungen Klimaaktivistinnen und -aktivisten baldmöglichst wieder seine *volle* Wirkung entfalten kann, damit es ihnen – zusammen mit den *Scientists for Future* sowie mit weiteren Bündnispartnerinnen und -partnern – gelingt, das überlebenswichtige Thema ganz oben auf der politischen Agenda zu verankern. Angesichts der mächtigen Lobbyistinnen und Lobbyisten der fossilen Industrien braucht es dazu eine starke zivilgesellschaftliche Gegenmacht.

Nicht zuletzt

Das Momentum, der Kairos, der günstige Zeitpunkt (vgl. LS 59) für die große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung einer starken Nachhaltigkeit und eines wirksamen Klimaschutzes ist da. Wird die Krise der globalen Erwärmung endlich als solche erkannt und ernst genommen, so ist noch Hoffnung. „Wir wissen, dass sich die Dinge ändern können“, ruft uns Papst Franziskus zu (LS 13). Noch ist der Mensch fähig, den eingeschlagenen Weg zu verlassen und positiv einzuschreiten (vgl. LS 58, 61, 205); „das Unrecht (ist) nicht unbesiegbar“ (LS 74). Aber, machen wir uns nichts vor: „Das gesamte System“ muss „überprüft und reformiert“ werden (LS 189). Mehr noch, so Franziskus: Wir brauchen dringend eine „mutige kulturelle Revolution“ (LS 114)³⁷.

Si vis pacem, conserva caelum: Wenn Du Frieden willst, schütze das Klima!

- 1 Franziskus (2015): *Enzyklika Laudato si' über die Sorge für das gemeinsame Haus* (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 202, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz). Bonn. Im Folgenden zit. als LS plus Absatz-Nummer. – Ich danke dem Herausgeberkreis von *Ethik und Militär* und ganz besonders Herrn Rüdiger Frank, Wissenschaftlicher Redaktionsmitarbeiter, für die konstruktive Kritik.
- 2 *Übereinkommen von Paris* (2015), in: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2016 Teil II Nr. 26, ausgegeben zu Bonn am 30. September 2016, S. 1082-1106, S. 1083 f. http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl216s1082.pdf (alle Links wurden am 1.6.2021 geprüft).
- 3 WMO (2020): *2020 closes a decade of exceptional heat*. Geneva 24.12. <https://public.wmo.int/en/media/news/2020-closes-decade-of-exceptional-heat>.
- 4 James L. Powell hat mit seinem Team 2019 nicht weniger als 21.000 thematisch einschlägige wissenschaftliche Artikel aus anerkannten Fachzeitschriften durchgesehen. Einhundert Prozent (!) dieser Beiträge gehen davon aus, dass die globale Erwärmung anthropogen ist. Vgl. Powell, James L. (2020): *Scientists Unanimous on Anthropogenic Global Warming in 2019*. In: *Bulletin of Science, Technology & Society* 39, issue 1-2, S.3. <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0270467620922151>.
- 5 WRI – World Resources Institute (2021): *Climate Watch. Historical GHG Emissions*. Washington, DC. <https://www.climatewatchdata.org/ghg-emissions>. Alle Treibhausgase, die sich hinsichtlich ihres globalen Erwärmungspotenzials stark unterscheiden, werden gemäß diesem Potenzial auf CO₂ umgerechnet (z. B. entspricht 1 kg Methan ca. 28 kg CO₂, 1 kg Lachgas etwa 265 kg CO₂). Die Maßeinheit ist CO₂-Äquivalente.
- 6 Carbon Monitor (2021): *CO₂ emissions variation*. <https://carbonmonitor.org/>.
- 7 NOAA (2021): *Can we see a change in the CO₂ record because of COVID-19?* Silver Spring, MD. <https://www.esrl.noaa.gov/gmd/ccgg/covid2.html>.
- 8 Lag der Wert im März 2020 noch bei 414,74 parts per million (ppm), so genau ein Jahr später bei 417,64 Moleküle CO₂ auf 1 Million Gasmoleküle in trockener Luft. Vgl. Tans, Pieter / Keeling, Ralph (2021): *Trends in Atmospheric Carbon Dioxide*. <https://www.esrl.noaa.gov/gmd/ccgg/trends/>. In den vergangenen 800.000 Jahren lag der Wert nie über 280 ppm, so NOAA (2021): *History of atmospheric carbon dioxide from 800 000 years ago until January, 2019*. <https://www.esrl.noaa.gov/gmd/ccgg/trends/history.html>.
- 9 Vgl. WRI 2021 (siehe Anm. 5).
- 10 Die deutschen Bischöfe (1998) – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen: *Handeln für die Zukunft der Schöpfung* (Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen 19, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz). Bonn, Nr. 19.
- 11 Die deutschen Bischöfe (2000): *Gerechter Friede* (Die deutschen Bischöfe 66, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz). Bonn, Nr. 96.
- 12 Die deutschen Bischöfe (2007) – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen / Kommission Weltkirche: *Der Klimawandel: Brennpunkt globaler, intergenerationeller und ökologischer Gerechtigkeit. Ein Expertentext zur Herausforderung des globalen Klimawandels* (Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen / Kommission Weltkirche 29, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz). 2., akt. Aufl., Bonn, Nr. 39.
- 13 Ebd., Nr. 4.
- 14 Bundesverfassungsgericht (2021): *Beschluss des Ersten Senats vom 24. März – 1 BvR 2656/18 – (Klimaschutz)*, Rn. 192. http://www.bverfg.de/e/rs20210324_1bvr265618.html.
- 15 Vgl. ebd., Rn. 244.
- 16 Ebd., Rn. 182 f.
- 17 Sopoanga, Saufatu (2003): *Address by The Honourable Saufatu Sopoanga, Prime Minister and Minister for Foreign Affairs, Immigration and Labor of Tuvalu*. In: United Nations General Assembly, Fifty-eighth session, 10th plenary meeting, 24 September. Official Records, A/58/PV.10. New York, S. 21-23, S. 22.
- 18 Moses, Marlene (2010), zit. nach: *Inselstaaten appellieren an UN-Sicherheitsrat*. In: *Klimaretter.info. Das Magazin zur Klima- und Energiewende* vom 21.5. <http://www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/5907-wir-koennen-nicht-laengerstillhalten>.
- 19 UN Security Council (2011): *Statement by the President of the Security Council*. 20 July. S/PRST/2011/15, S. 1 f. <https://www.securitycouncilreport.org/un-documents/document/cc-sprst-2011-5.php>. Seitdem hat sich der UNSC immer wieder mit den sicherheitsrelevanten Fragen des Klimawandels befasst.
- 20 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2008): *Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Jahresgutachten 2007*. Berlin-Heidelberg-New York, S. 1.
- 21 Vgl. Europäische Union (2016): *Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union*. Luxemburg, S. 7 und 15. <https://op.europa.eu/s/oUaX>.
- 22 Vgl. ebd., S. 10.
- 23 Ebd., S. 22.
- 24 Ebd., S. 24 (Hervorhebungen von mir; A. L.).
- 25 SIPRI (2021): *World military spending rises to almost \$2 trillion in 2020*. Stockholm. <https://sipri.org/media/press-release/2021/world-military-spending-rises-almost-2-trillion-2020>.
- 26 McKinnon, Catriona (2019): *Climate crimes must be brought to justice*. In: *The UNESCO Courier* July-September 2019: The ethical challenges of climate change, S. 10–12. https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000370032_eng.
- 27 Francis (2019): *Address to Participants at the World Congress of the International Association of Penal Law*. Vatican, 15 November. https://www.vatican.va/content/francesco/en/speeches/2019/november/documents/papa-francesco_20191115_diritto-penale.html.
- 28 Stop Ecocide Foundation (2021): *Ökozid zum Verbrechen machen*. Amsterdam. <https://www.stopecocide.de/okozid-zum-verbrechen-machen>.
- 29 Ruß „wirkt wärmend, indem er Wärme in die Atmosphäre aufnimmt und die Albedo bei Ablagerung auf Schnee oder Eis verringert.“ IPCC (2019) – Intergovernmental Panel on Climate Change: *Global Warming of 1.5°C*. Geneva, S. 543. <https://www.ipcc.ch/sr15/> (eigene Übersetzung).
- 30 Vgl. ebd., S. 96.
- 31 Mihatsch, Christian (2020): *Und sie bewegt sich doch. Fünf-Jahres-Bilanz des Paris-Vertrags*. In: *klimareporter* vom 12.12. <https://www.klimareporter.de/klimakonferenzen/und-sie-bewegt-sich-doch>.
- 32 Vgl. Climate Action Tracker (2020): *Paris Agreement turning point, December*, S. 1. <https://climateactiontracker.org/>

er.org/documents/829/CAT_2020-12-01_Briefing_GlobalUpdate_Paris5Years_Dec2020.pdf.

33 Ebd., S. 8 (eigene Übersetzung).

34 Vgl. IPCC 2019, S. 105 f. (siehe Anm. 29). Eine Freisetzung von CO₂ durch das Tauen von Permafrost und von Methan aus Feuchtgebieten würde das verbleibende Budget allerdings um bis zu 100 Milliarden Tonnen verringern (vgl. ebd., S. 105).

35 Die deutschen Bischöfe (2019) – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen: *Zehn Thesen zum Klimaschutz. Ein Diskussionsbeitrag* (Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen 48, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz). Bonn, S. 15.

36 Weizsäcker, Ernst Ulrich von (1997): *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik als Antwort auf die Globalisierung*. 5. akt. Aufl. Darmstadt, 10. Kapitel.

37 Weitere Veröffentlichungen von mir zum Thema finden Sie auf meiner Homepage <https://www.lienkamp-berlin.de/publikationen>.

KLIMAGERECHTIGKEIT UND KLIMAKONFLIKTE ALS SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG DES 21. JAHRHUNDERTS

*Autorin/Autor: Angela Kallhoff/
Thomas Schulte-Umberg*

Die Forderungen nach Klimagerechtigkeit

In einer Teildisziplin der Bereichsethiken, der Klimaethik, wird intensiv über den Gehalt von Forderungen gerungen, die als Forderungen nach „Klimagerechtigkeit“ bezeichnet werden.¹ Es haben sich drei Schwerpunkte herauskristallisiert. *Erstens* wird über eine faire Verteilung der Kompensation für Klimaschäden gestritten. Ein Grunddatum der Klimaveränderungen ist es, dass die Hauptverursacher – also die Staaten und Individuen mit hohen Emissionspfaden – nicht den größten Schaden haben. Die heute sichtbar werdenden Schäden umfassen unter anderem Hochwasserschäden, Trockenzeiten, extreme Hitzeperioden, versinkendes Land, Starkwetterereignisse, Stürme und außergewöhnlichen Niederschlag. Geschädigt sind letztlich die Menschen, die in jenen betroffenen Regionen wohnen und mit den veränderten Lebensbedingungen zurechtkommen müssen. *Zweitens* wird über eine faire Verteilung der unter Wahrung von maximalen Erwärmungszielen noch verfügbaren Abräume in der Atmosphäre für Klimagase diskutiert.² Es geht darum, jene „Verschmutzungsrechte“, die ohne Inkaufnahme eines Klimakollapses noch zugeteilt werden können, nach fairen Prinzipien zu verteilen. Allerdings gehen Forscher heute davon aus, dass es sehr riskant ist, die Emissionen nicht möglichst zeitnah insgesamt auf null zu drosseln. *Drittens* werden auch Rechte von Personen angesichts einer sich gravierend verändernden Situation mit Rücksicht auf ökologische Lebensbedingungen und die daraus resultierenden Folgen, etwa auch die Klimafucht, erneut erörtert.

In jenen drei Sphären der Klimagerechtigkeit werden unterschiedliche Ansprüche geltend gemacht. Insgesamt geht es darum, eine faire Verteilung der durch Klimaveränderungen entstehenden Lasten in einem globalen Kontext zu rechtfertigen. Dabei gilt nicht nur das *Verursacherprinzip*, das den reichen Nationen besondere Lasten auferlegt. Vielmehr sollen auch die bei der Verfolgung von Reduktionszielen

Abstract

Der Klimawandel ist eine Realität. Schon heute werden die Folgen des Klimawandels nicht nur allerorten sichtbar, sie werden auch zunehmend als Bedrohung der Stabilität der politischen Ordnung wahrgenommen. Deutlich ist aber auch, dass Staaten mit Mitteln der Sicherheitspolitik auf Klimakonflikte nur reagieren können, wenn zugleich elementare Forderungen nach „Klimagerechtigkeit“ berücksichtigt werden. Dabei geht es um die berechtigten Forderungen nach Ausgleich und Kompensation, nach Beistandspflichten für vulnerable Staaten und auch um Fragen nach Verursachung und Verantwortung. Dieser Beitrag versucht, den Bogen zwischen Klimagerechtigkeit und Sicherheitspolitik aufzuspannen. Unser Ziel ist es, damit eine Anregung dafür zu geben, den sicherheitspolitischen Blick vor einer zweifachen Verengung zu schützen: Weder wird es möglich sein, in einer pragmatischen Perspektive die großen Herausforderungen des Klimawandels adäquat zu erfassen und richtungsweisend zu bearbeiten; noch werden Staaten in der Zukunft die Möglichkeit haben, sich vor der Verantwortung angesichts der Zuspitzung von Konflikten durch den Klimawandel zu entziehen. Am Ende der Ausführungen stehen drei Vorschläge, wie die sicherheitspolitische Herausforderung schwerpunktmäßig bearbeitet werden kann.

entstehenden Lasten fair verteilt werden; es geht auch um ein *fares Burden-Sharing*. Insbesondere wird bei der Lastenverteilung mit Rücksicht auf die Klimaziele auch ein *Fähigkeitsprinzip* („capacity principle“) für gerecht befunden: Wer viel leisten kann, muss angesichts der Dringlichkeit der Situation viel leisten. Alle drei Prinzipien sollen auch bei der Zuteilung von Lasten für Maßnahmen der Anpassung, also *Adaptationsziele*, in Anwendung gebracht werden sowie bei *Transformationszielen*. Am aufwendigsten dürfte in der Zukunft neben der Bewältigung von Schäden die Umstellung auf klimaneutrale Techniken und ein klimaneutrales Wirtschaften sein. Es ist nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit gegenüber künftigen Generationen, diese Ziele tatsächlich zu erreichen; ebenso wichtig ist es, die Kosten nicht den Schwächsten aufzubürden.

Klimagerechtigkeit und nahe Zukunftsfragen

Viele Gerechtigkeitsforderungen sind rückwärtsgerichtet, darum aber nicht weniger wichtig. Sie beziffern die fairen Forderungen von Geschädigten gegenüber den Hauptnutzern der Atmosphäre für hohe Einlagerungsraten. Aktuell dreht sich die Diskussion jedoch in eine neue Richtung. Die Folgeschäden des Klimawandels haben ein solches Ausmaß angenommen, dass die Kosten schon heute explodieren, ganze Weltregionen unter extremen Wetterbedingungen leiden und Länder ihre Lebensgrundlagen verlieren.³

Eine noch viel zu wenig beachtete Folge der Situation ist eine zunehmende Instabilität der internationalen Ordnung. Zwar wäre es naiv zu denken, diese sei auf Gerechtigkeit gegründet. Aber in einer Situation, in welcher eine pragmatische Sicherheitspolitik ohnehin an ihre Grenzen stößt, dienen Forderungen nach Klimagerechtigkeit als Hintergrundbedingung für einen wegweisenden und konstruktiven Umgang mit der Situation. Vor allem dürfen sich Staaten in der internationalen Arena gegenüber den zu Recht erhobenen Forderungen nicht verstecken. Aus Warte der Klimaethik können mit Rücksicht auf den globalen Kontext einige Forderungen festgehalten werden:

- Nach dem Verursacherprinzip und nach dem Fähigkeitenprinzip sind reiche Staaten verpflichtet, **Opfer von Klimaschäden auch im internationalen Kontext aktiv zu unterstützen**. Insbesondere werden Pflichten zur Unterstützung bei Anpassungs- und Transformationsleistungen gefordert.⁴

Eine Mitwirkungspflicht an Klimazielen ist eine legitime Forderung, da es beim Klimaschutz um die Kooperation zugunsten des Schutzes eines globalen und zugleich unverzichtbar lebenserhaltenden Kollektivgutes geht

- Eine wirksame Reduktion von Treibhausgasen in kürzester Zeit muss nicht nur wegen der noch möglichen Eingrenzung der Folgeschäden erfolgen. Vielmehr basiert die Forderung auch auf den **Rechten künftiger Generationen** auf eine natürliche Hinterlassenschaft, die nicht nur die Lebensgrundlagen *nicht* gefährdet, sondern auch ein freiheitliches Leben weiterhin ermöglicht.⁵
- Anders als mit Rücksicht auf souverän verhandelte internationale Abkommen muss das Beharren auf Freiwilligkeit ausgesetzt werden, wenn es um Pflichten des konstruktiven und kooperativen Umgangs mit dem Klimawandel geht. Eine **Mitwirkungspflicht an Klimazielen** ist eine legitime Forderung, da es beim Klimaschutz um die Kooperation zugunsten des Schutzes eines globalen und zugleich unverzichtbar lebenserhaltenden Kollektivgutes geht. Entsprechend sollen Unterlassungen von der Weltgemeinschaft wirksam geahndet werden können.⁶
- Schließlich muss über die **Pflicht vorausschauenden Handelns** und über **Bestandspflichten** diskutiert werden. Die Klimafolgen beschränken sich nicht auf katastrophale Lebenssituationen, sondern führen auch zu Flucht und zu gewaltsamen Konflikten. Aus ethischer Perspektive ist der Schutz von Personen ein übernational angesiedeltes absolutes Erfordernis. Genaueres kann aber erst eine tiefere Analyse sicherheitspolitischer Erwägungen zeigen.

Klimagerechtigkeit und Sicherheitspolitik: Die prinzipielle Dimension

Um die mit dem Klimawandel verbundenen sicherheitspolitischen Fragen einschätzen zu können, muss an die Grundlagen der internationalen Ordnung erinnert werden. Einem Neuansatz zur Verhinderung und Ächtung von Kriegen durch Völkerbund und Kellogg-Briand-Pakt (1928) war scheinbar wenig Erfolg beschieden. Die Schaffung der Vereinten Nationen und die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte nach dem Zweiten Weltkrieg setzten zwischenstaatlichen Gewaltkonflikten

Das Prinzip moderner Staaten (und auch von Staatenbünden wie der EU), unbegrenzt Ressourcen zu mobilisieren und auszuschöpfen, ist eigentlich unhaltbar geworden

jedoch eine deutliche Grenze durch ein System kollektiven Handelns, das freilich im Einzelfall immer wieder auf die Probe gestellt wurde und wird.⁷ Ein Problem ergab sich daraus, dass die Souveränität eines Staates im Inneren, das heißt dessen Handeln in Bezug auf die eigenen Staatsbürger, in diesem System nur schwerlich zu sanktionieren ist, da die Akzeptanz dieser Souveränität – durchaus mit guten Gründen – als unverzichtbar für die Vermeidung von Kriegen angesehen wurde. Die Grenzen dieses Ansatzes wurden in den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien oder durch den Völkermord in Ru-

anda (1994) überaus deutlich und führten zur Aushandlung eines politischen Hilfskonstrukts, der Responsibility to Protect (R2P), das, wie in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben ist, neben gewaltsamen Konflikten auch massiven Menschenrechtsverletzungen in Friedenszeiten vorbeugen will. Möglich ist zudem eine Intervention mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrates ohne Zustimmung des betroffenen Staates.⁸ Was geschieht aber, wenn diese sogenannte dritte „Säule“ der R2P auch auf den Klimaschutz Anwendung findet?

Unbeschadet der Frage, ob dies möglich und sinnvoll ist, bewegte sich der französische Präsident Emmanuel Macron im Horizont eines solchen Denkansatzes, als er angesichts brennender Amazonaswälder aufgrund deren Bedeutung für das Weltklima eine französische militärische Präsenz anbot, die den Schutz der Wälder vor Brandstiftung, der von brasilianischer Seite nicht hinreichend geleistet werde oder werden könne, stärken sollte. In einem erwartbaren Reflex wies der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro das Ansinnen als kolonialistischen Impuls einer ehemaligen Kolonialmacht zurück.⁹ Er hatte damit einen Nerv getroffen, der in den Diskursen um Klimaziele und deren Einhaltung verständlicherweise immer wieder eine Rolle spielt. Der Vorschlag beleuchtet die Diskrepanz zwischen den Verursacherstaaten und jenen Staaten, die in katastrophaler Weise Endbetroffene des Handelns der Verursacherstaaten sind – und dabei nicht einmal das Recht zu einer nachholenden industriellen Entwicklung zugesprochen bekommen.

Offen muss hier bleiben, ob sich der französische Präsident suggestiv auf R2P bezogen hat und inwieweit dieses politische Hilfskonstrukt im Bereich der Unterstützungsleistung oder gar der militärischen Intervention das vorrangig geeignete Prinzip für Sanktionierungen klimaschädlichen Handelns ist. Aber jedenfalls stellt sich im skizzierten, gewiss mit etlichen Binnendifferenzierungen und Caveats zu versehenen langfristigen historischen Kontext die Frage, wie Klimagerechtigkeit und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert miteinander in Verbindung zu setzen und zu vereinbaren sind. Denn das Prinzip moderner Staaten (und auch von

Die Autorin



Angela Kallhoff ist Universitätsprofessorin für Ethik mit besonderer Berücksichtigung von Angewandter Ethik an der Universität Wien. Sie leitet dort Forschungsprojekte zur Naturethik, sie war Leiterin der Forschungsplattform Nano-Norms-Nature und ist Co-Direktorin der „Vienna Doctoral School in Philosophy“. Sie forscht zu Themen der politischen Ethik, Natur- und Klimaethik sowie den Grundlagen der Ethik. Zu ihren Buchpublikationen zählen „Climate Justice and Collective Action“ (2021), „Politische Philosophie des Bürgers“ (2013), „Why Democracy Needs Public Goods“ (2011) und „Ethischer Naturalismus nach Aristoteles“ (2010).

Staatenbünden wie der EU), unbegrenzt Ressourcen zu mobilisieren und auszuschöpfen, ist eigentlich, sofern man nicht willentlich die Augen verschließt, unhaltbar geworden. Der ja durchaus denkbaren und wünschenswerten Abkehr von nationalen Egoismen und einem quantitativen „Immer-mehr“ steht jedoch aus sicherheitspolitischer Perspektive die Frage im Wege, nach welchen Prinzipien sich die Praxis richten soll und kann. Klimagerechtigkeit könnte helfen, Leitlinien zu entwickeln. Und diese wären mindestens so fordernd wie in dem Beispiel des Schutzes des Amazonas-Regenwalds und seiner Bewohner angedeutet.

Klimagerechtigkeit und Sicherheitspolitik: Eine pragmatische Dimension

Die skizzierten Überlegungen zum Verhältnis von Klimagerechtigkeit und Sicherheitspolitik ließen sich auch als proaktiv bezeichnen, insofern sie im Kontext transnationalen Handelns das Problem des Klimawandels oder besser: der drohenden Klimakatastrophe grundsätzlich in den Blick zu nehmen versuchen. Sicherheitspolitik hat jedoch stets eine Seite, die im Hier und Jetzt agieren muss, ohne das Morgen und Übermorgen aus den Augen zu verlieren. Gerade hier beginnen wir aber nicht bei null.

Berücksichtigung des Klimawandels hat schon seit Längerem auf institutioneller und statutenmäßiger Ebene Eingang in das Denken und Handeln der Bundeswehr gefunden, so im Umgang mit Ressourcen oder im „Weißbuch 2016“. Soweit es bekannt ist, hat jedoch kein anderer zivil-militärischer Komplex auf der Erde Bedeutung und Folgen des Klimawandels in gründlicherer und umfassenderer Weise in den Blick genommen als die USA. Das hat nun erstaunlicherweise weniger mit Vorgaben von politischer Ebene zu tun, selbst in der Trump-Ära wurde dieser in den Nullerjahren begonnene Kurs beibehalten. Vielmehr lag es im Selbstverständnis des Militärs als einer professionellen Institution begründet, für deren eigene Funktionalität die Konsequenzen und der konstruktive Umgang mit dem zu erwartenden Verlauf des Klimawandels von unmittelbarer Bedeutung sind und sein werden.¹⁰

Es wird von fünf, miteinander durchaus vernetzten Szenarien ausgegangen. Ein erstes Szenario befasst sich mit humanitären Katastrophen wie zum Beispiel den Folgen des Hurrikans Matthew im Spätsommer 2016, der vor allem in der Karibik Verwüstungen anrichtete. Ein

Soweit es bekannt ist, hat kein anderer zivil-militärischer Komplex auf der Erde Bedeutung und Folgen des Klimawandels in gründlicherer und umfassenderer Weise in den Blick genommen als die USA

zweites Szenario betrifft scheiternde Staaten wie etwa Syrien, wobei Klimawandel hier – wie in anderen Szenarien – nie isoliert, sondern als „*threat multiplier*“ anzusetzen ist. Weiterhin zu rechnen ist mit globalen Auswirkungen regionaler Ereignisse; ein Beispiel bietet die Hitzewelle in Russland 2010, die zu einer Verknappung von Getreide auf dem Weltmarkt aufgrund eines russischen Exportverbots führte. Ein viertes Szenario betrifft mögliche Großmachtkonflikte um Ressourcen, wobei die durch die Eisschmelze in der Arktis bedingte Möglichkeit zur Ressourcenmobilisierung als derzeit wahrscheinlichster Konfliktherd angesehen wird. Schließlich und fünftens ist an Einsätze im Inland zu denken wie im Falle des Hurrikans Katrina 2005. In all diesen Szenarien sieht sich das US-Militär selbstverständlich nicht als allein befähigtes Instrument zur Krisenbewältigung, wohl aber dazu herausgefordert, im bestmöglichen Sinne zu agieren und entsprechend vorbereitet zu sein.

Angesichts dieser sicherheitspolitischen Vorreiterrolle der USA in Bezug auf den Klimawan-

Der Autor

Dr. Thomas Schulte-Umberg ist zurzeit Universitätsassistent (Post-Doc) am Institut für Historische Theologie, Katholisch-Theologische Fakultät, Universität Wien. Er studierte Geschichte und Katholische Theologie an der Universität Münster, arbeitete an verschiedenen Universitäten und Forschungseinrichtungen im deutschen Raum und war Visiting Scholar an der University of Notre Dame (South Bend, Indiana) sowie Post-Doc-Fellow des German Historical Institute in Washington, D.C. Sein Hauptarbeitsgebiet ist das Verhältnis von Religion und Krieg im 20./21. Jahrhundert, derzeit insbesondere während des Ersten Weltkriegs im Raum der Habsburgermonarchie.



del, die sich unter dem neuen Präsidenten Joe Biden zweifellos noch deutlicher akzentuieren wird, wäre wohl die Frage erlaubt, ob und wie sich Deutschland in dieser Hinsicht deutlicher zu positionieren gedenkt. Zumal nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Priorisierung von Klimaschutz¹¹ hier entschiedenere Aussagen auf nationaler Ebene angebracht wären, deren möglicher Effekt im Kontext der bestehenden sicherheitspolitischen Partnerschaften zu sehen wäre, hinter denen man sich aber nicht, wie es manchmal doch den Anschein hat, verstecken dürfte. Wer in Deutschland von Klimagerechtigkeit für künftige Generationen,

Wer in Deutschland von Klimagerechtigkeit für künftige Generationen, gar im globalen Kontext, reden will, wird dann auch die Rolle der Bundeswehr deutlicher in den Blick nehmen und Konsequenzen ziehen müssen

gar im globalen Kontext, reden will, wird dann auch die Rolle der Bundeswehr deutlicher in den Blick nehmen und Konsequenzen ziehen müssen. Im Hinblick auf die fünf angesprochenen Szenarien ist evident, dass die Bundeswehr nur im Bündnikontext, sei es dem transatlantischen oder dem europäischen, handlungsfähig ist oder sein wird. Aber es müsste doch gefragt werden, wie es um die tatsächliche Bereitschaft steht, auf einer solch elementaren Ebene wie der Hilfe in den unvermeidbaren zukünftigen Katastrophenfällen (Überschwemmungen, Hungersnöte, Flüchtlingswellen ...) sinnvoll zu agieren. Zwar sind etwa mit dem THW durchaus zivile Hilfsorganisationen vorhanden, die aber, was die Ausstattung mit Großgeräten und die Zahl des Personals angeht, an ihre Grenzen stoßen werden. Bedenklich stimmt, dass schon der Anstoß, die Bundeswehr mit mehr Sanitätspersonal auszustatten, auf dem Feld der Politik Erstaunen auslöste.¹² Vielleicht ist ja auch hier ein Umdenken möglich.

Drei sicherheitspolitische Handlungsoptionen

Weiten wir noch einmal den Horizont und betrachten die mit dem Klimawandel gestellten Herausforderungen als internationale Aufgabe. Aus den Überlegungen der vorhergehenden Abschnitte ergeben sich drei sicherheitspolitische Alternativen. Jede von ihnen bietet eine Grundlage für zukunftsweisende Handlungsmaximen politischer Akteure wie auch militärischer Führung in Zeiten einer imminenten Bedrohung durch den Klimawandel.

Erstens kann es darum gehen, die auch durch den Schutz von Menschenrechten grundgelegten internationalen Verpflichtungen gegenüber Klimaflüchtlings und Klimaopfern nachzuschärfen und die Verantwortung im Zuge eines **Ausbaus der R2P** anzunehmen. Wenn auch die Verpflichtung der Staaten auf eine Schutzverantwortung zugunsten von zerbrechenden Staaten umstritten bleibt, leuchtet eine Verpflichtung zum Schutz der Bevölkerung im Klimaszenario unmittelbar ein. Angesichts der zunehmenden Klimakatastrophen, die besonders vulnerable Staaten an ihren empfindlichsten Stellen zusätzlich belasten, wird die Dringlichkeit von Interventionen zugunsten der Aufrechterhaltung von Grundfunktionen der Ordnung und der Versorgung zunehmen. Immer mehr Staaten werden in die missliche Lage geraten, sich selbst nicht mehr helfen zu können, zugleich aber als autonome Staaten auf ihre Souveränität pochen. Eine Strategie der internationalen Verantwortung zum Schutz von Bevölkerungen in bedrohten Staaten müsste sich sowohl auf die Resilienz als auch auf die Katastrophennachsorge beziehen. Es ist sogar denkbar, dass R2P Vorsorgepflichten beinhaltet, sofern Klimakatastrophen und die Folgen von Zerstörung und Flucht unmittelbar absehbar sind. Fraglich ist aber sowohl die Rechtfertigungsgrundlage, wie auch das Beispiel des Amazonas-Schutzes belegt, als auch die pragmatische Seite. Welche Nation wird es leisten können, die Klimageschädigten der Welt vor einer solchen globalen Katastrophe zu schützen?

Zweitens kann es Ziel der Sicherheitspolitik der Zukunft sein, den **nationalen Selbstschutz durch eine Stärkung der Allianzen** zu erhö-

hen. Auch in einer immer enger zusammenwachsenden globalen Welt ist bis heute die Sicherheitsfrage eng gekoppelt an nationale Sicherheitsinteressen. Staaten sind primär ihren Bürgern und Bürgerinnen verpflichtet, wenn es um Fragen des Schutzes elementarer Lebensinteressen geht. Auch in einer globalen Welt, die durch internationale Bündnisse strukturiert ist, ist die Logik des nationalen Selbstschutzes tragendes Motiv der Interaktion. Angesichts des Klimawandels, aber auch anderer internationalen Bedrohungsszenarien wird jedoch abermals deutlich, dass kein Staat – und sei er noch so gut in Sicherheitsbelangen aufgestellt – in der Lage ist, sich selbst zu schützen. Klimahandeln muss zwangsläufig kooperatives Handeln sein. Dies gilt insbesondere mit Rücksicht auf das geteilte und auch durch internationale Abkommen zementierte Ziel der zeitnahen und effektiven Reduktion von Treibhausgasen. Es wird vielleicht die Zukunftsfrage schlechthin sein, ob es die Staatenwelt schafft, durch Bündnisse sowohl eine stabile internationale Sicherheitslage zur Gefahrenabwehr gegenüber dem Klimawandel zu erreichen als auch die nationalen Selbstinteressen zu stärken.

Drittens muss daran erinnert werden, dass das Klimageschehen ein extrem dynamisches Ereignis ist, dessen Entwicklung auch angesichts der aus ihm resultierenden Verwerfungen in der Sicherheitslage sehr hohe Risiken birgt. Angesichts dieser Dynamik und potenziell extrem gefährlicher Entwicklungen sind Staaten und ist das Militär gefordert, das Klimageschehen auch als einen Katalysator zu sehen und zu verstehen. Es geht um die Erkenntnis, dass **multifaktorielle Bedrohungsszenarien neue Fähigkeiten des Antizipierens und der institutionellen Antwort** herausfordern. Lineare Risikoeinschätzungen müssen durch systemische Analysen und flexible institutionelle Möglichkeiten ersetzt werden. Dabei müssen kluge und zielorientierte Bündnisse auch über die Grenzen hinweg geschmiedet werden. Mindestens muss es gelingen, eine abwartende Haltung, die allenfalls Brandbekämpfung kann, wenn das Feuer schon Raum greift, durch Antizipation und auch durch verantwortliches Handeln aller institutionellen Ebenen zu ersetzen. Und dafür ist die Zeit schon heute sehr knapp.

1 Für eine Zusammenschau zentraler Beiträge der Diskussion vgl. Gardiner, Stephen M., Caney, Simon, and Jamieson, Dale et al. (Hg.) (2010): *Climate Ethics. Essential Readings*. Oxford and New York; Kallhoff, Angela (2015): *Klimagerechtigkeit und Klimaethik*. Berlin und Boston. Wegweisend ist auch: Shue, Henry (2014): *Climate Justice. Vulnerability and Protection*. Oxford.

2 Vgl. Singer, Peter (2002): *One World: The Ethics of Globalization*. New Haven.

3 Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) veröffentlicht regelmäßig Sachstandsberichte über den Klimawandel und die zu erwartenden Klimaschäden. Vgl. <https://www.ipcc.ch/reports/> (Stand aller Internet-Links: 3.6.2021).

4 Vgl. Moellendorf, Darrell (2016): „Taking UNFCCC Norms Seriously.“ In Heyward, Clare und Roser, Dominic (eds.): *Climate Justice in a Non-Ideal World*. Oxford, S. 104–121.

5 Vgl. Page, Edward (2007): *Climate Change, Justice and Future Generations*. Cheltenham.

6 Vgl. Kallhoff, Angela (2021): *Climate Justice and Collective Action*. London and New York.

7 Vgl. Hathaway, Oona A. und Shapiro, Scott J. (2017): *The Internationalists: How a Radical Plan to Outlaw War Remade the World*. New York.

8 Vgl. zum Prinzip der R2P: Bellamy, Alex J. (2009): *Responsibility to Protect. The Global Effort to End Mass Atrocities*. Cambridge.

9 Vgl. <https://www.berlinstrategy.org/blog/2019/8/29/ brauchen-wir-eine-umwelt-schutzverantwortung> und https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-08/waldbraende-brasilien-jair-bolsonaro-emmanuel-macron-bedingungen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

10 Vgl. Klare, Michael T. (2019): *All Hell Breaking Loose. The Pentagon's Perspective on Climate Change*. New York.

11 <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html>

12 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bioterror-sanitaetsdienst-warnt-vor-gefahren-jenseits-von-corona-17301706.html>

WARUM WIR EINE GRÜNE UND GANZHEITLICHERE INTERNATIONALE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK BRAUCHEN

Autor: François Bausch

Neue Sicherheitsbedrohungen und traditionelle Reaktions- mechanismen

Es ist das übergeordnete Ziel der Sicherheits- und Verteidigungspolitik westlicher Demokratien, den Nationalstaat und seine Bürger vor sämtlichen Sicherheitsrisiken und Bedrohungen zu schützen. Typischerweise bezieht sich dies auf die Sicherstellung der territorialen Integrität und staatlichen Souveränität, umfasst aber auch ein breites Spektrum an Maßnahmen zur Risikominderung und vorbeugenden Gefahrenabwehr, einschließlich der Einsatzbereitschaft, der Vorbereitung und der Widerstandsfähigkeit.

Dieses bei der Gründung der NATO vorrangige Ziel erleichterte den Bündnispartnern des Nordatlantikpakts, in Verteidigungsfragen zusammenzuarbeiten und ihre Fähigkeiten am selben Ziel auszurichten. Dank des Prinzips der kollektiven Verteidigung im Rahmen des Bündnisfalls, das in Artikel 5 des Nordatlantikvertrags verankert ist, blicken wir nunmehr bereits auf über sieben Jahrzehnte Frieden und Sicherheit zurück.

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union folgt einem ähnlichen Prinzip der Solidarität; sie strebt dabei die verstärkte Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten an. Hierbei entsteht schrittweise eine EU, die in der Lage ist, ihre Werte und Interessen in einer globalisierten Welt zu verteidigen.

Die vorgehaltenen Verteidigungsfähigkeiten, Strategien und Militärdoktrinen, die die Feuerkraft beider Organisationen repräsentieren, sind allerdings bislang hauptsächlich eingesetzt worden, um auf eine einzige große Bedrohung zu reagieren, nämlich eine mögliche Aggression Russlands. Die Zunahme der Spannungen mit Russland seit der Annexion der Krim 2014 hat diese Wahrnehmung bestätigt und zu einem Festhalten des Strategischen Konzepts der NATO an traditioneller Abschreckung und Verteidigung an der Ostflanke geführt.

Dennoch hat die Welt in den vergangenen 30 Jahren dramatische Veränderungen er-

Abstract

Mit ihrer Ausrichtung auf Bündnissolidarität und kollektive Verteidigung haben NATO und EU jahrzehntelang für Stabilität und Sicherheit gesorgt. Andererseits hat die Fokussierung auf die Bedrohung durch Russland zur Vernachlässigung neuer Sicherheitsrisiken geführt – darunter solche, die aus menschlichem Druck auf die Natur und die Ökosysteme resultieren. Unsere auf übermäßigem Ressourcenverbrauch und der Verbrennung fossiler Energieträger basierenden Wirtschaftssysteme haben unter anderem zu einem Verlust der Artenvielfalt und zum Klimawandel geführt. Häufigere, extremere Wetterereignisse bedrohen die menschliche Sicherheit durch starke Hitze und Trockenheit, heftigere Stürme und Überschwemmungen, die größere Schäden verursachen, sowie sich rasch ausbreitende Gesundheitsrisiken. All dies kann Instabilität verstärken, etwa in Form von Nahrungs- und Wasserknappheit, Flucht aus Katastrophengebieten und der Unterbrechung von Produktions- und Lieferketten. Mit fortschreitender Erderwärmung wird dies Konflikte um natürliche Ressourcen verschärfen und zu gewaltsamem Widerstand sowie Migrationsdruck führen, gerade in politisch fragilen Kontexten. Zugleich beeinträchtigt der Klimawandel die Einsatzbereitschaft von Streitkräften.

Den wirtschaftlichen und geopolitischen Folgeeffekten von Anpassung und Emissionsminderung und den daraus resultierenden Verwundbarkeiten muss mit nachhaltigen Geschäftsmodellen der Kreislaufwirtschaft und Wirtschaftspartnerschaften auf Augenhöhe zum Nutzen aller begegnet werden. Der CO₂-Fußabdruck des Militärs muss und kann durch Investitionen in Forschung und Entwicklung von kohlenstoffneutralen Treibstoffen und Antrieben für Militärfahrzeuge sowie in die umweltfreundliche Modernisierung der militärischen Infrastruktur verringert werden. Die bisherigen Ansätze, militärische Aktivitäten und Einrichtungen nachhaltiger zu gestalten, sind bei Weitem nicht ausreichend; diese gilt es auch auf Bündnis- und internationaler Ebene mit einem gezielten Maßnahmenbündel erheblich zu intensivieren.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Integration nicht traditioneller Sicherheitsrisiken eine ganzheitlichere Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfordert; diese muss sowohl neu entstehende Sicherheitsrisiken sowie Bedrohungen durch neue Technologien und die globale Umweltdegradation mit einbeziehen als auch militärische Ausrüstung und Expertise mit zivilen Mediations- und Peacebuilding-Ansätzen kombinieren. Es ist an der Zeit, Klimasicherheit auf NATO- und EU-Ebene vollständig in Strategie und Praxis umzusetzen.

lebt: Der Aufstieg neuer, selbstbewussterer (Super-)Mächte und das Entstehen agiler, nicht staatlicher Akteure bestimmen die internationale Sicherheitsdebatte zusehends. Zudem haben neue Technologien wie das Internet, soziale Medien sowie die zunehmende Interkonnektivität unserer Lieferketten, Volkswirtschaften und der Gesellschaft insgesamt neue Schwachstellen aufgezeigt. Darüber hinaus entstehen aufgrund der menschlichen Eingriffe in die globalen Ökosysteme neue, stetig wachsende Risiken und Bedrohungen.

Der Klimawandel und seine Auswirkungen

Auch wenn der Mensch nicht zu den bevölkerungsreichsten Spezies der Erde zählt, ist unser Fußabdruck auf dem Planeten bei Weitem der größte und hat sich seit der industriellen Revolution stetig vergrößert. Durch das produktionsorientierte und größtenteils auf fossilen Kraftstoffen beruhende Wirtschaftssystem, das enorme Mengen natürlicher Ressourcen wie Nahrungsmittel, Holz und Land verschlingt, liegt der ökologische Fußabdruck der Menschheit nun beinahe 60 Prozent über dem, was die Ökosysteme der Erde erneuern können.¹ Die Auswirkungen eines derartig massiven ökologischen Raubbaus manifestieren sich in Form von Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, Trinkwasserverknappung, Verlust von Wäldern, fruchtbarem Ackerlands und Böden.

Am deutlichsten zeigt sich diese Ausbeutung vermutlich am Klimawandel. Nach Angaben der US-amerikanischen Behörde für Ozeanografie und Meteorologie NOAA enthält die Atmosphäre zurzeit die Menge von 500 ppm treibhausgasrelevanten CO₂-Äquivalenten.² Dagegen liegt laut dem Sachstandsbericht des IPCC aus dem Jahr 2014 bereits ab einer atmosphärischen Konzentration von 450 ppm CO₂-Äquivalenten die Wahrscheinlichkeit, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, bei nicht einmal mehr 66 Prozent.³

2018 veröffentlichte das IPCC einen alarmierenden Sonderbericht zu den Auswirkun-

gen der Erderwärmung um mehr als 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter. Dem Bericht zufolge wären bei einer Erwärmung um 2 Grad Celsius große Teile der Weltbevölkerung erhöhten Risiken in der Lebensmittel-, Wasser- und Energieversor-

Durch einen ungebremsen globalen Temperaturanstieg von 1,5 bis 2 Grad Celsius in den nächsten drei Jahrzehnten wären Frieden und Sicherheit auf der ganzen Welt bedroht

gung ausgesetzt. Hierdurch entstünden neue Gefahren, und bestehende Risiken, Belastungen und Schwachstellen nähmen zu. Kleine Inselstaaten, Trockengebiete und semi-aride Regionen sowie wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind hier besonders gefährdet und wären möglicherweise existenziell bedroht.⁴

Extreme Wetterereignisse sind ein Sicherheitsrisiko

Ungebremsen wird ein globaler Temperaturanstieg von 1,5 bis 2 Grad Celsius in den nächsten drei Jahrzehnten zu häufigeren und extremeren Wetterereignissen führen. Die Folgen: Naturkatastrophen wie Hitzewellen und Dürre, stärkere Stürme und Überschwemmungen mit einem höheren Zerstörungspotenzial sowie die schnellere Ausbreitung von Gesundheitsgefahren. Diese können die Instabilität weiter verschärfen, etwa in Form von Nahrungsmittel- und Wasserknappheit, klimawandelbedingter Migration sowie der Unterbrechung von Produktions- und Versorgungsketten. Frieden und Sicherheit auf der ganzen Welt wären bedroht, wobei oft die besonders vulnerablen Gruppen stärker betroffen wären und beachtliche humanitäre Herausforderungen bewältigt werden müssten.

So stellt das Weltwirtschaftsforum in seinem 2020 *Global Risks Report* die Extremwetterlagen auf Platz eins der zehn größten globalen Risiken, was die Eintrittswahrscheinlichkeit betrifft.⁵

Das Internal Displacement Monitoring Center (IDMC) berichtet, seit 2008 seien etwa 265 Millionen Menschen durch Naturkatastrophen, viele in Verbindung mit dem Klimawandel, zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen worden⁶ – das sind mehr als dreimal so viele wie durch Konflikte und Gewalt. Allein im Jahr 2019 wurden 24,9 Millionen Binnenvertriebene infolge wetterbedingter Katastrophen gezählt.⁷

Die internationale Sicherheitsgemeinschaft steht daher in der Verantwortung, sich auf

In vielen Ländern unterstützen die Streitkräfte bereits die Katastrophenvorsorge sowie die zivilen Ersthelfer im Einsatzfall. Diese Rolle wird wahrscheinlich noch an Bedeutung gewinnen

die Risiken und Auswirkungen klimawandelbedingter Extremwetterereignisse einzustellen und diese abzumildern. In vielen Ländern unterstützen die Streitkräfte bereits die Katastrophenvorsorge sowie die zivilen Ersthelfer im Einsatzfall. Diese Rolle wird mit den wachsenden Sicherheitsrisiken und dem häufigeren Auftreten von Naturkatastrophen wahrscheinlich noch an Bedeutung gewinnen.⁸

Klimawandel, schwindende natürliche Ressourcen und Konfliktrisiko

Die Beweise für die Auswirkungen des Klimawandels auf Frieden und Sicherheit häufen sich. Die unmittelbarsten Folgen treten in Form innerstaatlicher Konflikte auf, insbesondere in Regionen mit schwachen staatlichen Institutionen.⁹ Laut dem Climate Security Expert Network gehören 70 Prozent der am stärksten von klimabedingten Sicherheitsproblemen betroffenen Länder auch zum obersten Quartil der fragilsten Staaten.¹⁰ In vielen Teilen der Welt, insbesondere auch in der direkten Nachbarschaft der EU, sind oft Spannungen bzw. die Konkurrenz um den Zugang zu natürlichen Ressourcen wie fruchtbares Acker- und Weideland und/oder Wasser zu beobachten.

Die zwischen 2007 und 2010 in Syrien eingetretenen schweren Dürreperioden führten im Schnitt zu einem 40-prozentigen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in ländlichen Regionen. In der Folge wanderte ein Großteil der verarmten Landbevölkerung in die Städte ab. Dies ließ die Arbeitslosigkeit steigen, der Druck auf die Leistungen der öffentlichen Hand wuchs. Wahrgenommene oder tatsächliche Missstände führten zu Volksaufständen und politischen Umwälzungen.

In der Sahelzone sind unregelmäßige Niederschläge sowie lang anhaltende Dürreperioden in hohem Maße für den Rückgang der Fruchtbarkeit und Ertragsfähigkeit der Agrar- und Weideflächen verantwortlich. Gleichzeitig nimmt die Bevölkerungsdichte weiterhin stark zu. Dies verschärft nicht nur das Problem der Übernutzung des Bodens (und der entsprechenden Abnahme landwirtschaftlicher Erträge), sondern verursacht auch neue Spannungen und Konflikte um Nutzungs- und Eigentumsrechte an Agrar- und Weideflächen. Letztere werden in der Sahelzone durch traditionelle, informelle Landverteilungssysteme geregelt, die heutzutage jedoch völlig überlastet und ineffizient sind.

Hierdurch nimmt die Anzahl gewaltsamer Konflikte zu, insbesondere zwischen den sesshaften Landwirten und der nomadischen bzw. halbnomadischen Bevölkerung. Im Jahr 2019 überstieg die Zahl der Gewaltopfer dieser Konflikte die Anzahl der Opfer terroristischer Angriffe. Einige ethnische Gruppen haben Selbstverteidigungsmilizen gebildet, um das von ihnen beanspruchte Land zu verteidigen. Diese Entwicklung birgt die Gefahr einer weiteren Verschärfung bestehender Spannungen und Konflikte.

Übereinstimmenden Beobachtungen zufolge wenden sich fundamentalistische Gruppierungen zur Rekrutierung junger Kämpfer gezielt an diejenigen Teile der Bevölkerung, die sich von den staatlichen Institutionen am meisten vernachlässigt fühlen. In der Sahelzone sind dies vor allem die nomadischen bzw. halbnomadischen, meist muslimischen Hirten, die aufgrund ihrer Lebensweise territorial weniger verwurzelt und politisch weniger gut vertreten sind. Im Nahen Osten

entstammen die von Dschihadisten angeworbenen Kämpfer oft der von den häufigen Dürren stark betroffenen Landbevölkerung, die sich aufgrund der mangelnden Unterstützung durch öffentliche Institutionen im Stich gelassen fühlt.¹¹

Obwohl der Klimawandel sich bislang weniger stark auf bewaffnete innerstaatliche Konflikte auswirkt, wird dieser Effekt jedoch mit steigenden globalen Temperaturen voraussichtlich zunehmen.¹² Konservative Hochrechnungen lassen vermuten, dass die Klimaänderungen allein in Subsahara-Afrika zu einer 50-prozentigen Zunahme von Konflikten führen könnten. Dies hätte mehrere Hunderttausend zusätzliche Tote sowie die Vertreibung von Millionen Menschen zur Folge und würde zudem den internationalen Terrorismus und die Massenmigration verstärken.¹³

Über die Sahelzone und den Nahen Osten hinaus wird auch aus Bangladesch¹⁴, Darfur¹⁵ und Kolumbien¹⁶ über ähnliche Auswirkungen des Klimawandels auf natürliche Ressourcen und innerstaatliche Konflikte berichtet.

Der Klimawandel ist sicherlich nicht die einzige Ursache für die genannten Konflikte, aber er verschärft die Ursachen und wird von daher auch als „Risiko- und Bedrohungsmultiplikator“ bezeichnet. Die International Crisis Group nahm den Klimawandel in ihre Liste der „Ten conflicts to watch in 2021“ auf und bezeichnete ihn als „verstärkt auftretendes Phänomen mit einem zunehmend erkennbaren Einfluss auf Konflikte“.¹⁷

Es ist daher dringend geboten, sowohl klimawandelbedingte als auch durch staatliches Versagen verursachte Risiken systematisch in unsere Sicherheitsbewertungen sowie in unsere Entwicklungs-, Sicherheits- und Verteidigungspolitiken zu integrieren.

Der Klimawandel beeinträchtigt die militärische Einsatzbereitschaft

In seinem World Climate and Security Report 2020 beschreibt der International Military Council on Climate and Security (IMCCS) die Auswirkungen des Klimawandels auf die militärische Infrastruktur, die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte, militärische Operationen und das größere Sicherheitsumfeld. Die Einsatzbereitschaft der NATO-Streitkräfte im Nahen Osten leidet unter der Wasserknappheit und der extremen Hitze, die die Infrastruktur und den Betrieb der Stützpunkte in Mitleidenschaft zieht. Die NATO-Stützpunkte an den Küsten von Mittelmeer und Atlantik sind dem steigenden Meeresspiegel und zunehmend auftretenden Überschwemmungen ausgesetzt, die zusätzlich Anlagen, Personal und die Einsatzbereitschaft der Truppen beeinträchtigen.¹⁸

Gemäß einer 2019 veröffentlichten Studie des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums ist die Mehrheit der Militärein-

Es ist dringend geboten, sowohl klimawandelbedingte als auch durch staatliches Versagen verursachte Risiken systematisch in unsere Sicherheitsbewertungen sowie in unsere Entwicklungs-, Sicherheits- und Verteidigungspolitiken zu integrieren

richtungen des Landes gefährdet: 53 der 79 Stützpunkte sind von Überschwemmungen, 43 von Dürre und 36 von Waldbränden bedroht.

Als Hurrikan „Michael“ 2018 die Tyndall Air Force Base in Florida traf, wurden 95 Prozent des Gebäudebestands am Luftwaffenstützpunkt entweder schwer beschädigt oder zerstört. Der Stützpunkt beherbergte auch ein Drittel der teuren F-22-Raptor-Tarnkappenjägerflotte der Air Force. 17 Flugzeuge wurden beschädigt. Die Reparaturkosten beliefen sich insgesamt auf fast 5 Milliarden Dollar. Kein feindlicher Angriff auf US-Luftstützpunkte im Irak oder in Afghanistan richtete jemals so umfangreiche Schäden an.¹⁹

Potenzielle Sekundäreffekte der Klimawandeleindämmung und -anpassung

Je weiter die Entwicklung von Anpassungs- und Minderungsstrategien voranschreitet, umso deutlicher zeigt sich, dass selbst ein allmählicher Übergang vom Einsatz fossiler Brennstoffe zu einem Wirtschaftsmodell auf der Grundlage erneuerbarer Energien nicht nur unsere Heiz- und Treibstoffkosten drastisch senken wird, sondern auch umfangreiche wirtschaftliche Auswirkungen auf die Öl und Gas exportierenden Länder haben wird. Die hiermit verbundene Abnahme der wirtschaftlichen und geopolitischen Bedeutung dieser Länder könnte einerseits die gegenwärtigen politischen Spannungen verringern.

Möglicherweise entsteht ein neuer geopolitischer Wettbewerb, insbesondere um die knappen Bodenschätze, die für den Übergang zu einer umweltverträglichen Wirtschaft benötigt werden

Andererseits könnte eine solche Entwicklung eine Quelle zukünftiger Instabilität sein. Darauf sollten wir uns vorbereiten.

Möglicherweise entsteht ein neuer geopolitischer Wettbewerb, insbesondere um die knappen Bodenschätze, die für den Übergang zu einer umweltverträglichen Wirtschaft benötigt werden und daher sehr begehrt sind. Den daraus entstehenden möglichen Verwundbarkeiten müssen wir mit der Förderung und Umsetzung tragfähiger Geschäftsmodelle nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft- in allen Industriesektoren sowie im Verteidigungsbereich begegnen, die die Wiederverwendung von Komponenten, Materialien und Rohstoffen ermöglichen. Der Aufbau von Partnerschaften auf Augenhöhe mit Ländern, die die benötigten Rohstoffe exportieren, schafft Vorteile auf beiden Seiten und trägt ebenfalls zur Umsetzung eines grünen Wirtschaftsmodells bei.

Wie wir den ökologischen Fußabdruck des Verteidigungssektors verringern

Globale Sicherheit und Verteidigung sind nicht nur von der Erderwärmung betroffen, sondern tragen auch dazu bei. Eine kürzlich durchgeführte Studie schätzt die CO₂-Bilanz des EU-Verteidigungssektors, der sowohl die nationalen Streitkräfte als auch die in der EU ansässigen Rüstungskonzerne umfasst, für 2019 konservativ auf ca. 24,8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente.²⁰ Dies übersteigt die Gesamtemissionen eines Landes von der Größe Kroatiens und entspricht den jährlichen CO₂-Emissionen von etwa 14 Millionen durchschnittlichen Pkw.²¹ Angesichts der Bemühungen, die Verteidigungskapazitäten weiter auszubauen, werden die CO₂-Emissionen im Verteidigungsbereich wahrscheinlich ebenfalls weiter ansteigen, sofern nicht weniger kohlenstoffintensive Energiequellen genutzt werden.

Nach Angaben der Europäischen Verteidigungsagentur EDA entfielen 2016 und 2017 52 Prozent des Energieverbrauchs von 22 Mitgliedstaaten (96,9 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben der EDA-Mitgliedstaaten) auf Kraftstoffe für Fahr- und Flugzeuge.²²

Ein weiterer großer Anteil des Energieverbrauchs entsteht im Bereich der militärischen Infrastruktur und Gebäude. Der Erhebung der EDA zufolge entfielen durchschnittlich 32 Prozent des Energieverbrauchs der Streitkräfte der Mitgliedstaaten im Jahr 2017 aufs Heizen; 75 Prozent davon stammten aus Heizöl und Erdgas.²³

Trotz seiner hohen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wurde der Verteidigungssektor bislang in kein einziges internationales Abkommen zur Senkung der CO₂-Emissionen aufgenommen. Das Kyoto-Protokoll von 1997 schloss jegliche Minderungsverpflichtungen des Verteidigungssektors, der als Kernbereich staatlicher Souveränität gesehen wird, sogar explizit aus. Das Pariser Abkommen von 2015 hingegen erwähnt den Bereich der Verteidigung gar nicht, sodass es jeder Regierung überlas-

sen bleibt, ob sie diesen in ihre nationalen Minderungszusagen gegenüber dem UN-Weltklimarat einbezieht.

Auch wenn es einige Versuche gab, Teile militärischer Operationen umweltfreundlicher zu gestalten – zum Beispiel durch einen höheren Anteil erneuerbarer Energien für die Stromerzeugung auf den Stützpunkten oder durch den Einsatz von E-Fahrzeugen für zivile Aufgaben –, bleibt die Verteidigung dennoch weltweit der größte institutionelle Einzelverbraucher von fossilen Brennstoffen. Darüber hinaus wird der Verteidigungssektor aufgrund der langen Lebensdauer von Militärflugzeugen, Kriegsschiffen und anderen Fahrzeugen noch auf Jahre hinaus von fossilen Kraftstoffen abhängig bleiben.

Es ist also höchste Zeit, massiv in die Forschung und Entwicklung kohlenstoffneutraler Kraftstoffe und Antriebssysteme für militärische Fahrzeuge, Schiffe und Fluggeräte zu investieren. Da solche Investitionen nicht auf militärische Zwecke begrenzt sind, könnten sie auch im zivilen Sektor positive Entwicklungen anstoßen, insbesondere für die angeschlagene zivile Luftfahrt, die nach der Corona-Pandemie auf weniger energieintensive und kostengünstigere Geschäftsmodelle setzen will.

Die Emissionsminderung bei der Raumheizung stellt hingegen ein deutlich leichter erreichbares Ziel dar, da bereits Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz und der CO₂-Bilanz von Gebäuden verfügbar sind. Auch die umfassende Renovierung bzw. Sanierung von Gebäuden könnte dazu beitragen, das Militär mit den neuesten digitalen Technologien auszustatten und ein besseres Arbeitsumfeld zu schaffen. Eine für Renovierung und Ausbau des Hauptquartiers der luxemburgischen Streitkräfte durchgeführte Machbarkeitsstudie prognostiziert eine Senkung der derzeitigen CO₂-Emissionen für Raumheizung um 78 Prozent, trotz der um 25 Prozent größeren Grundfläche der geplanten Gebäude.

Die EU ist sowohl bei der Minderung von Treibhausgasemissionen als auch im Kampf gegen den Klimawandel international anerkannter Vorreiter. Diese Führungsrolle sollte

auch den Bereich der Verteidigung mit einbeziehen!

Deshalb sollten wir folgende Maßnahmen dringend in Betracht ziehen:

- Die systematische Erfassung und Dokumentation der Emissionen, um den derzeitigen Mangel an zuverlässigen und international vergleichbaren Daten zu Energieverbrauch

***Es ist höchste Zeit, massiv in die
Forschung und Entwicklung kohlenstoff-
neutraler Kraftstoffe und Antriebs-
systeme für militärische Fahrzeuge, Schiffe
und Fluggeräte zu investieren***

und Treibhausgasemissionen im Verteidigungsbereich zu beheben.

- Die Nutzung von Erfahrungen und Best Practices aus Pilotprojekten zur Emissionsminderung im militärischen Bereich auf Grundlage der bereits bestehenden „grünen“ Programme der EU-Mitgliedstaaten und der EDA sowie deren Integration in entsprechende politische Maßnahmen und in die operative Praxis.
- Eine deutliche Erhöhung unserer Investitionen in ein umweltgerechtes Militär, insbesondere durch die Zuweisung zweckgebundener Mittel aus dem Verteidigungsetat für die Forschung und Entwicklung im Bereich CO₂-neutraler Kraftstoffe und Antriebssysteme für Militärflugzeuge, -schiffe und -fahrzeuge.
- Die Festlegung freiwilliger Ziele zur Senkung der CO₂-Emissionen in den Streitkräften.
- Die Verpflichtung der Streitkräfte seitens der Politik und im Verbund mit gleichgesinnten Ländern, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Ein solcher „*European Climate and Security Pledge*“ könnte auf der 26. UN-Klimakonferenz (COP26) im November dieses Jahres offiziell verkündet werden;
- Bemühung um aktive Zusammenarbeit und Umsetzung gemeinsamer Initiativen mit weiteren Partnern und Akteuren im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, etwa den Vereinten Nationen und der NATO.

Der europäische Verteidigungssektor kann von der Umsetzung solcher Maßnahmen nur profitieren, da eine umweltgerechte Verteidigung die Effektivität unserer Streitkräfte erhöht. Energieeffizientere und klimaneutrale Infrastrukturen und Technologien werden nicht nur unsere Energiekosten senken, sondern auch unsere Energieautonomie deutlich steigern. Der Einsatz von Fahrzeugen, die weniger oder gar keine fossilen Treibstoffe verbrauchen, wird auch den lo-

Der Einsatz von Fahrzeugen, die weniger oder keine fossilen Treibstoffe verbrauchen, wird letztendlich auch Menschenleben schützen – denn Kraftstofftransporte sind ein leichtes Ziel für potenzielle Angriffe

gistischen Aufwand deutlich verringern, die operative Belastbarkeit erhöhen und letztendlich Menschenleben schützen – denn Kraftstofftransporte sind ein leichtes Ziel für potenzielle Angriffe. Verstärkte gemeinsame Investitionen in klimaneutrale Kraftstoffe und Antriebssysteme fördern zudem auch die Interoperabilität.

Auf dem Weg zu einer ganzheitlicheren Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die nicht traditionellen Sicherheitsrisiken und Bedrohungen, die sich aus den neuen Technologien und der Erderwärmung ergeben, nehmen zu und zwingen uns, unse-

re gegenwärtige Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf den Prüfstand zu stellen. Wir müssen sicherstellen, dass wir angemessen auf die Zukunft vorbereitet sind und unsere Sicherheit auch langfristig gewährleisten können.

Die Corona-Krise hat uns deutlich gezeigt, dass das Sicherheitsverständnis des 21. Jahrhunderts zwingend auch nicht traditionelle Risiken und Bedrohungen wie den Klimawandel umfassen und in ein breiteres, ganzheitlicheres Konzept der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbeziehen muss.

Botschafter Ischinger formulierte treffend: „Unsere Definition von nationaler und internationaler Sicherheit anzupassen ist deshalb so wichtig, weil sie die Art und Weise, wie wir unsere Ressourcen einsetzen, entscheidend beeinflusst. Unsere kollektive, trotz zahlreicher Warnungen mangelhafte Vorsorge für den Pandemiefall hat uns diese Tatsache schmerzlich vor Augen geführt.“²⁴

Ein aktualisiertes, breiter aufgestelltes und umfassenderes Sicherheitskonzept umfasst gegenwärtige und künftige Sicherheitsrisiken und Bedrohungen. Diese ergeben sich einerseits aus den neu entstehenden, hybriden und Cyber-Technologien sowie andererseits durch globale Umweltzerstörung, wie Klimawandel, Wüstenbildung und den Verlust der biologischen Vielfalt.

Die Risiken und Gefahren, die infolge der genannten „neuartigen“ Bedrohungen entstehen, müssen wir angemessener evaluieren, entschärfen und antizipieren. Angesichts der Vielzahl von Spannungen und Konflikten um die klimawandelbedingt immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen kommt der verstärkten nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit der Partner und Verbündeten entscheidende Bedeutung zu. Frühwarnsysteme und strategische Vorausschau müssen mehr Gewicht und Mittel erhalten, um ein frühzeitiges Eingreifen vorzubereiten und, sofern möglich, den Ausbruch oder die Verschärfung von Konflikten zu verhindern. Ex-ante-Vermittlung, friedenserhaltende Maßnahmen, die Unterstützung von Regierungen sowie der Aufbau resilienter Strukturen im Vorfeld potenzieller Konflikte müssen künftig

Der Autor



François Bausch, Jahrgang 1956, bekleidet seit 2013 verschiedene Ämter in der Regierung des Großherzogtums Luxemburg. Aktuell ist er Minister für Verteidigung, für Mobilität und öffentliche Infrastrukturen und seit 2019 zudem Vizepremierminister. Zuvor war er mehr als 20 Jahre Mitglied der Abgeordnetenkammer und mehr als 10 Jahre Vorsitzender der Fraktion der Grünen (Déi Gréng). Der Partei gehört er seit 1986 an.

zu zentralen Elementen unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden.

Da dieser Bereich nicht unbedingt ein traditioneller Schwerpunkt der Streitkräfte ist, kommt der Zusammenarbeit mit zivilen Akteuren im Bereich Mediation und Peacekeeping eine grundlegende Bedeutung zu. Nur so kann sichergestellt werden, dass die effektive Gefahrenabwehr in unseren künftigen Verteidigungsstrategien, Doktrinen, der Entwicklung militärischer Fähigkeiten und in der Ausbildung ein stärkeres Gewicht erhält. Darüber hinaus sollte eine zukunftssichere Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen eines ressortübergreifenden Ansatzes sowie mit besonderem Augenmerk auf die Situation von Frauen, Kindern und gefährdeten Gruppen deutlich stärker zur Resilienz beitragen.

Wir begrüßen selbstverständlich, dass die UN-Friedensmissionen der Gegenwart multidimensionaler geworden sind. Dennoch empfehlen wir eine zusätzliche Ausweitung der Mandate, um den Ausbruch von Konflikten zu verhindern und die lokale Bevölkerung beim Aufbau resilienter Strukturen zu unterstützen.

Wenn wir eine umfassendere Sicherheits- und Verteidigungspolitik anstreben, müssen wir unseren Verteidigungsorganisationen angemessene Mittel und ausreichende Gelder an die Hand geben, um sich auf wachsende Risiken und Bedrohungen vorzubereiten. Wir müssen also nicht nur in moderne Waffensysteme, Munition, Logistik- und Transportkapazitäten investieren, sondern auch in zusätzliche Erfassungs- und Beobachtungsfähigkeiten, die beispielsweise eine frühzeitige Erkennung und Überwachung von existenzbedrohender Umweltzerstörung ermöglicht, sowie in Konfliktprävention, Mediation und *environmental peacebuilding*.

Obwohl einige dieser Maßnahmen von zivilen Akteuren durchgeführt werden können, schlagen wir vor, ihre Kosten systematisch aus den Verteidigungsetats zu finanzieren. Künftige Verteidigungsbudgets sollten neben den traditionellen Militärausgaben auch Mittelzuweisungen für die zivile Konfliktprävention wie etwa Mediation, Friedenssiche-

rung, Aufbau von Resilienz, Unterstützung guter Regierungsführung und den Schutz der menschlichen Sicherheit enthalten.

Meiner Ansicht nach sollten die Bündnispartner im Rahmen des derzeitigen Reflexionsprozesses NATO 2030 und bei der Gestal-

Wenn wir eine umfassendere Sicherheits- und Verteidigungspolitik anstreben, müssen wir unseren Verteidigungsorganisationen angemessene Mittel und ausreichende Gelder an die Hand geben, um sich auf wachsende Risiken und Bedrohungen vorzubereiten

tung des neuen Strategischen Konzepts des Bündnisses eine offene Debatte über eine umfassendere Sicherheitsstrategie und die damit verbundenen Instrumente führen, einschließlich der Kriterien dafür, welche Positionen als Verteidigungsausgaben verbucht werden können und welche nicht.

Da eine umfassendere Verteidigung wahrscheinlich mit höheren Kosten verbunden sein wird, ist es von entscheidender Bedeutung, den Bürgerinnen und Bürgern, den Wählerinnen und Wählern die Gründe transparent zu vermitteln und zu erläutern. Eine gut kommunizierte, umfassendere Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die auf ein deutlich breiteres Spektrum von Sicherheitsrisiken und -bedrohungen reagiert, wird uns nicht nur helfen, uns auf diese Risiken und Bedrohungen einzustellen und sie einzudämmen, sondern auch leichter die Zustimmung der Öffentlichkeit finden.

Eine bessere koordinierte Außen- und Sicherheitspolitik

Da Konflikte meist in einer Kombination von Faktoren wurzeln, wie etwa dem Wettbewerb um natürliche Ressourcen, schwacher Regierungsführung und sozialer Ungleichheit, muss die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in die Außenpolitik eingebettet und eng mit deren anderen Bereichen abgestimmt werden.

Dementsprechend verfolgt Luxemburg in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik einen „dreidimensionalen“ An-

satz, der auf Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit und Verteidigung basiert. Diese Mittel werden so eingesetzt, dass sie einander zur Stärkung der internationalen Sicherheit, der nachhaltigen Entwicklung, der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit ergänzen.²⁵

In der Praxis bedeutet dieser „3-D“-Ansatz, dass die Zuständigkeiten für Diplomatie, Ent-

Der engen Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und Klimafinanzierung mit den Belangen von Frieden und Sicherheit kommt eine wesentliche Bedeutung zu

wicklungszusammenarbeit und Verteidigung in einem einzigen Ministerium gebündelt werden. Dies ermöglicht eine regelmäßige Abstimmung und gemeinsame Entscheidungsfindung hinsichtlich der politischen Optionen und Positionen in internationalen Gremien.

In diesem Zusammenhang hat die Erfahrung gezeigt, dass der engen Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und Klimafinanzierung mit den Belangen von Frieden und Sicherheit eine wesentliche Bedeutung zukommt. Bei der Unterstützung der Bevölkerung in der Anpassung an den Klimawandel kommt es auf eine „konfliktsensiblere“ Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Klimafinanzierung an, die weder potenzielle Spannungen schafft noch bestehende Konflikte verschärft. Ansätze, die die Entwicklungen vor Ort unberücksichtigt lassen oder die Bedürfnisse und Perspektiven der Menschen übergehen, laufen Gefahr, unbeabsichtigt zusätzliche Sicherheitsrisiken zu schaffen.

Schlussbemerkungen

Obwohl der Klimawandel schon seit Jahren auf der sicherheitspolitischen Agenda von EU und NATO steht, wird er in der Praxis noch allzu oft nur am Rande behandelt. Entspre-

chend sollten wir die derzeitigen Reflexionsprozesse beider Organisationen nutzen, um darauf hinzuwirken, dass die wachsenden Risiken und Bedrohungen des Klimawandels im neuen Strategischen Konzept der NATO und im Strategischen Kompass der EU vollumfänglich berücksichtigt werden.

Aktuell blickt die Welt auf die 26. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention im November des Jahres. Wir sollten die globale Dynamik dieses Klimagipfels nutzen, um uns in den kommenden Monaten wegweisend für starke Maßnahmen zur Klimaschutz sicherheit einzusetzen.

Unsere Generation hat noch die Möglichkeit, entscheidende Veränderungen auf den Weg zu bringen. Wir sollten diese Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen lassen, sondern alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um unseren Kindern eine sicherere und nachhaltigere Welt zu hinterlassen.

- 1 Global Footprint Network (2020): *Strategies for one-planet prosperity*, p. 7. https://download.schneider-electric.com/files?p_enDocType=White+Paper&p_File_Name=Earth+Overshoot+Day+-+Final.pdf&p_Doc_Ref=earth_overshoot_day (Stand aller Internet-Links: 20.5.2021).
- 2 National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA) (2020): *The NOAA Annual Greenhouse Gas Index (AGGI)*. <https://gml.noaa.gov/aggi/>
- 3 IPCC (2014): *Climate Change 2013: The Physical Science Basis*. Cambridge/New York. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/WG1AR5_all_final.pdf
- 4 IPCC (2018): *Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty*. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/06/SR15_Full_Report_Low_Res.pdf
- 5 World Economic Forum (2021): *The Global Risks Report 2021*. http://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Global_Risks_Report_2021.pdf
- 6 Internal Displacement Monitoring Centre (2020): *Global Report on Internal Displacement 2020*. <https://www.internal-displacement.org/sites/default/files/publications/documents/2020-IDMC-GRID.pdf>
- 7 Idem.
- 8 International Military Council on Climate and Security (IMCCS) (2020): *The World Climate and Security Report 2020*. https://climateandsecurity.org/wp-content/uploads/2020/02/world-climate-security-report-2020_2_13.pdf
- 9 Mach, K.J. et al. (2019): „Climate as a risk factor for armed conflict“. *Nature* 571, S. 193–197. <https://doi.org/10.1038/s41586-019-1300-6>
- 10 Climate Security Expert Network (2020): *Climate-fragility policy paper: climate change in the United Nations Peacebuilding Commission and Fund*. https://climate-security-expert-network.org/sites/climate-security-expert-network.com/files/documents/csen_climate_fragility_policy_paper_-_climate_change_in_the_un_peacebuilding_commission_and_fund.pdf
- 11 Peter Schwartzstein (2021): „How we misunderstand the magnitude of Climate risks and why that contributes to controversy“. <https://www.newsecuritybeat.org/2021/01/misunderstand-magnitude-climate-risks-contributes-controversy/>
- 12 Mach, K.J. et al. (2019).
- 13 Allen, John R. & Jones, Bruce (2021): „Order from Chaos: What climate change will mean for US security and geopolitics“. <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2021/02/04/what-climate-change-will-mean-for-us-security-and-geopolitics/>
- 14 Bangladesh Institute of International and Strategic Studies (BIISS) & Saferworld (2009): *Climate change and security in Bangladesh*. https://www.files.ethz.ch/isn/103629/Bangladesh_climat_change_June09.pdf
- 15 Welzer, Harald (2010): *Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*. Frankfurt a. M.
- 16 Climate Diplomacy (2019): *Climate change and peacebuilding in Colombia*. <https://climate-diplomacy.org/magazine/conflict/climate-change-and-peacebuilding-colombia>
- 17 International Crisis Group (2020): *10 conflicts to watch in 2021*. <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/10ctw2021-web.pdf> (eigene Übersetzung aus dem Englischen).
- 18 International Military Council on Climate and Security (2020): *World Climate and Security Report 2020*.
- 19 Grobe, Anna Mulrine (2021): „Why the Pentagon is serious about reducing its carbon footprint“. <https://www.csmonitor.com/Environment/2021/0316/Why-the-Pentagon-is-serious-about-reducing-its-carbon-footprint>
- 20 Conflict and Environment Observatory and Scientists for Global Responsibility (2020): *The carbon footprint of military sectors in the EU*. <https://ceobs.org/under-the-radar-the-carbon-footprint-of-the-eus-military-sectors/>
- 21 Idem.
- 22 EDA (2019): *Annual comparisons of Defence Energy Data 2016 & 2017*. <https://eda.europa.eu/docs/default-source/eda-factsheets/2019-06-07-factsheet-energy-defence>
- 23 Idem.
- 24 Ischinger, Wolfgang (2020): „Building back a better EU Foreign Policy: Climate and Security after COVID-19“. <https://www.wilsoncenter.org/article/building-back-better-eu-foreign-policy-climate-and-security-after-covid-19> (eigene Übersetzung aus dem Englischen).
- 25 Die Luxemburger Regierung (2018): *Koalitionsvertrag 2018 – 2023*. <https://gouvernement.lu/de/publications/accord-coalition/2018-2023.html>

MEHR AUFGABEN, MEHR RESSOURCEN, MEHR INKLUSION ANFORDERUNGEN AN DIE HUMANITÄRE HILFE IN ZEITEN STEIGENDER KLIMARISIKEN

Autor: Oliver Müller

Der Klimawandel bedroht Frieden und Sicherheit

Bilder von ausgedörrten Flussbetten, erodierten Ackerflächen oder sturzflutartigen Überschwemmungen führen eindringlich vor Augen, dass und wie sich Umweltbedingungen in vielen Regionen der Welt durch den Klimawandel verändern. Dürren und Ressourcenverknappung haben den Verlust von ehemals sicheren Trinkwasserquellen sowie Weideflächen zur Folge und gefährden die ohnehin schon prekäre Ernährungssicherheit vieler Menschen. Ernteausfälle und Hunger, die Zerstörung ihrer Wohnhäuser oder sich zuspitzende Konflikte um Wasser und fruchtbaren Boden – diese Gefahren spüren besonders die Menschen, die ohnehin schon zu den wirtschaftlich Ärmsten gehören. Zwar wird der Klimawandel auch in den Industrieländern Nordamerikas und Europas zunehmend wahrnehmbar, doch sind vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner der tropischen und subtropischen Gebiete in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert. Zynisch mutet dabei an, dass die Menschen, die unter den konkreten Folgen am meisten leiden, im weltweiten Vergleich am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. Ursache und Folge sowie Verursachende und Leidtragende liegen geografisch wie finanziell oftmals weit auseinander. Papst Franziskus zeigt auf: „Wenn Menschen vertrieben und zur Migration gezwungen werden, weil ihre ursprüngliche Umgebung unbewohnbar wird, mag das wie etwas Unvermeidliches aussehen. Doch ist es zum Großteil das Ergebnis fataler Entscheidungen und zerstörerischer Lebensweisen, die die Menschheit mit der Schöpfung in Konflikt bringen.“⁴¹ Seit Ende der 1980er-Jahre wird vermehrt über die Veränderungen des Klimas berichtet und vor gravierenden Auswirkungen gewarnt. Aber erst heute wächst die Einsicht, dass der Klimawandel zur weltweit größten Bedrohung wird und auch viele mittelbare Folgen hat: Die Schnelligkeit und der Grad der Erderwärmung spielt besonders beim Auftre-

Abstract

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen, Ernährungs- und Versorgungssicherheit in den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Regionen der Welt, die häufig zugleich die geringste Kapazität zur Anpassung haben, stellt auch die Humanitäre Hilfe vor gewaltige Herausforderungen. Die bereits zu beobachtende und erwartbare weitere Zunahme von wetterbedingten Katastrophen zwingt zu einer entsprechenden Anpassung bei Infrastruktur und Umfang von Nothilfemaßnahmen. Hinzu kommt, dass sich Klimawandelfolgen und Konflikte in vielfacher Hinsicht überlagern, bedingen und zu komplexen Krisen potenzieren. Ressourcenknappheit durch steigende Temperaturen und schwindende Selbstversorgungsmöglichkeiten kann in Teufelskreisen aus Entwurzelung, Verarmung und gewaltsamem Konfliktaustrag münden. Binnenmigration aufgrund von Klimafolgen erhöht die Zahl von Geflüchteten und Vertriebenen und führt nicht selten zum Verlust kultureller Identität und sozialem Abstieg. Das Wissen um die beschriebenen Zusammenhänge, die Berücksichtigung lokaler Traditionen, die Inklusion der Zivilgesellschaft und Geschlechtergerechtigkeit sind entscheidende Voraussetzungen für Maßnahmen der Humanitären Hilfe sowie Krisenbewältigung und -prävention. Dabei wird es für Hilfsorganisationen über die verschiedensten technischen und infrastrukturellen Möglichkeiten der Anpassung hinaus mehr denn je darauf ankommen, die Verantwortung für Katastrophenvorsorge tief in den betroffenen Gesellschaften zu verankern. Dies alles wird jedoch nur von Erfolg getragen sein, wenn auf globaler Ebene Finanzierungsfragen geklärt werden und die Bekämpfung des Klimawandels auf Grundlage des Pariser Abkommens sowie der finanzielle Ausgleich der immensen Schäden und Verluste höchste Priorität genießt.

ten und der Verschärfung von humanitären Bedarfen eine immer größere Rolle.²

Der Klimawandel erfordert stärkere Not- und Katastrophenhilfe

Der Globale Klima-Risiko-Index³ zeigt, wie stark Länder von Wetterextremen wie Überschwemmungen, Stürmen oder Hitzewellen betroffen sind. Puerto Rico, Myanmar und Haiti führten den Index mit den größten wetterbedingten Verlusten in der Zeitspanne von 2000 bis 2019 an. Nach katastrophalen Stürmen und Überflutungen standen Mosambik, Simbabwe und die Bahamas an der Spitze der Liste. 2019 waren 97,6 Millionen Menschen akut von Katastrophen infolge von Extremwetterereignissen betroffen.⁴ Dies geht zurück auf eine Verdoppelung der jährlich registrierten Katastrophen von etwa 200 vor 20 Jahren auf heute mehr als 400 weltweit. Für die Humanitäre Hilfe bedeutet das zwangsläufig eine Zunahme an Aufgaben. In Dürregebieten wird es voraussichtlich immer seltener ausreichen, dass Wasserspeicher, Rückhaltebecken und Zisternen gebaut werden, da die Trockenperioden immer länger werden. Allein um die betroffenen Menschen etwa in Nordkenia, Äthiopien und Somalia während der Dürren mit Wasser zu versorgen, werden zukünftig große Leitungssysteme benötigt, oder Tanklaster müssen stattdessen in die Dürreregionen fahren. Seit 1990 hat Somalia mehr als 30 klimabedingte Krisen erlebt, darunter 12 Dürren und 19 Überschwemmungen – das bedeutet eine Verdreifachung der klimabedingten Krisen gegenüber dem Zeitraum von 1970 bis 1990.⁵

In Südasien wurde in den vergangenen zehn Jahren eine starke Veränderung des Monsuns gemessen: Regenfälle fielen intensiver aus, die Monsunzeiten waren verkürzt und insgesamt weniger berechenbar. Künftig wird mit einer weiteren „Zunahme der Gesamtmenge an Monsunniederschlag“ gerechnet.⁶ 2018 gingen der „Jahrhundertflut“ im indischen Bundesstaat Kerala weitere schwere Überschwemmungen in Indien, Bangladesch, Pakistan und anderen Staaten der Region voraus. Bereits 2010 war eine „Jahrhundertflut“ in Pakistan

dafür verantwortlich, dass Millionen Menschen ihre Häuser verloren. Doch die Flutgefahr geht nicht nur von unberechenbaren Monsunregen aus. Erst kürzlich veröffentlichten 200 Wissenschaftler vom Internationalen Zentrum für Integrierte Entwicklung in Bergregionen (ICIMOD)⁷ umfangreiche Analysen über die Auswirkungen

Seit 1990 hat Somalia mehr als 30 klimabedingte Krisen erlebt, darunter waren 12 Dürren sowie 19 Überschwemmungen

des Klimawandels in Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, China, Indien, Myanmar, Nepal und Pakistan: Wenn die Erhitzung unseres Planeten weiter fortschreitet, werden bis zum Ende des Jahrhunderts mindestens ein Drittel der Gletscher im Hindukusch-Himalaja abschmelzen. Hier lagern die drittgrößten Eisvorräte der Erde. Diese Eismassen speisen die wichtigsten Flüsse Asiens und sichern die Wasserversorgung von rund 1,9 Milliarden Menschen. Schmelzen die Gletscher, so ist damit die Wasserversorgung der Bevölkerung gefährdet. Mit der Schmelze fließen ungeheure Wassermassen talabwärts und sorgen in Kombination mit Starkregen für Flutgefahren. Dabei ist zu beachten, dass viele Ereignisse auf internationaler Ebene unbeachtet bleiben und der jeweilige Staat oder die betroffene Bevölkerung die Schäden meist allein bewältigen müssen. Bis zu 80 Prozent der humanitären Finanzmittel werden allein zur Reduzierung von Leid aufgrund bestehender Kriege und Konflikte aufgebracht.

Die globale Aufrüstung als doppeltes Sicherheitsrisiko

Laut dem Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung⁸ ist die weltweite Zahl der Kriege 2020 von 15 auf 21 angestiegen. Die globalen Militärausgaben steigen indes das sechste Jahr in Folge. Der Ausbau und die Erneuerung der Streitkräfte und Waffensysteme haben im vergangenen Jahr den Rekordwert von 1981 Milliarden US-Dollar (etwa 1644 Milliarden Euro) verschlun-

gen – ein Anstieg von 2,6 Prozent im Vergleich zu 2019. Mit einem jährlichen Budget von 718,7 Milliarden US-Dollar geben die USA nach wie vor so viel Geld aus wie kein anderer Staat. Eine fatale Prioritätensetzung, wie der Globale Militarierungsindex des Instituts BICC analysiert: Ein Abgleich mit dem Global Health Security Index zeigt, dass weniger militarisierte Staaten insgesamt bessere Ergebnisse hinsichtlich der Gesundheitssicherheit aufweisen, da „der hohe Ressourcenaufwand fürs Militär [...] zu Lasten der Gesundheit geht“⁹. Die aktuellen Konsequenzen der Covid-19-Pandemie sollten für zukünftige und ähnlich gelagerte Situationen, wie die Klimakrise, eine Warnung sein.

Deutschland investierte 2019 den gering erscheinenden Betrag von 51,2 Milliarden US-Dollar ins eigene Militär. Damit gab die Bundesrepublik allerdings zehn Prozent mehr aus als im Vorjahr, was den größten Zuwachs aller EU-Staaten bedeutet.¹⁰ Darüber hinaus hat der deutsche Rüstungsexport maßgeblich zur „Militarisierung der Außenpolitik arabischer Staaten“¹¹ beigetragen. Der Anteil ist in den vergangenen 20 Jahren von 3,1 auf 32 Prozent

Schon heute entfällt der größte Anteil der humanitären Finanzmittel auf sogenannte komplexe Krisen

des gesamten deutschen Rüstungsexports gestiegen. Der Anstieg im Bereich der globalen Aufrüstung stellt ein doppeltes Sicherheitsrisiko dar: „Es geht nicht nur um das Vernichtungspotential, das durch ein Mehr an Waffen wächst und das sich entfaltet, wann immer das Kalkül der gegenseitigen Abschreckung nicht aufgeht. Es geht auch darum, welche Ressourcen durch die globale Aufrüstung gebunden werden und für andere Menschheitsaufgaben entsprechend nicht zur Verfügung stehen.“¹² Beispielsweise geht die angekündigte Erhöhung der britischen Rüstungsausgaben zulasten von Entwicklungshilfegeldern.¹³

Klimarisiken erzeugen und verstärken Fragilität

Der Bedarf an Humanitärer Hilfe in Kriegen und Konflikten wird noch verschärft, wenn parallel Katastrophen infolge von Naturgefahren und gewaltvollen Konflikten samt Vertreibungen stattfinden oder sich gegenseitig bedingen. Schon heute entfällt der größte Anteil der humanitären Finanzmittel auf sogenannte komplexe Krisen.¹⁴ Weiterführende Studien¹⁵ weisen darauf hin, dass zukünftige Konflikte auf der Welt kaum ohne den klimatischen Faktor gedacht werden können. „Durch voranschreitende nicht-traditionelle Sicherheitsrisiken, wie den Klimawandel, verändert sich die Risikolandschaft zusätzlich dynamisch“, wie es in einer Stellungnahme des Beirats für Zivile Konfliktprävention und Friedensförderung heißt.¹⁶ Häufigere und verlustreichere Extremwetterereignisse tragen zur Konfliktgenese bei und potenzieren bestehende Konflikte. Insbesondere klimainduzierte Existenzprobleme schaffen Potenzial für Gewalteskalationen. Laut einer Studie des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) werden sowohl das Aufkommen von Extremismus als auch Konflikte und Gewalt durch den Klimawandel verschärft. Mali erlebt beispielsweise seit den Sechzigerjahren einen konstanten Anstieg der Temperaturen. Bis Ende der 2050er-Jahre werden die Werte laut globalen Klimamodellen zwischen 1,2 und 3,6 Grad steigen. Die Folgen dieser klimatischen Veränderungen betreffen vor allem die armen Bevölkerungsgruppen, deren Lebensgrundlage Landwirtschaft und Viehzucht ist. Und wo die nutzbaren Flächen abnehmen, Wasserquellen versiegen und keine alternativen Einkommensquellen geschaffen werden, sind Konflikte in einer schnell wachsenden Bevölkerung vorprogrammiert. Im Kampf um Ressourcen haben es Extremismus und Gewalt leichter. Die Terrororganisation Al Kaida rekrutiert in der Sahelzone beispielsweise gezielt junge Menschen, die in eine finanzielle Schiefelage geraten sind. „Ohne die Integration des Klimawandels sind die Friedenskonsolidierungen kaum möglich“, folgert Sicherheitsexperte und Co-Autor des Berichts Florian Krampe.¹⁷ Das *Ecological Threat Register 2020* schätzt, dass

31 Staaten nicht widerstandsfähig genug sind, um die ökologischen und politischen Veränderungen der kommenden Jahrzehnte aufzufangen. Der Zusammenhang zwischen politischen Konflikten und ökologischen Bedrohungen wirkt wie ein Teufelskreis, dessen Dynamiken Länder wie Mosambik, Madagaskar, Kenia, Pakistan oder den Iran zukünftig vermehrt belasten können. Darüber hinaus sind Staaten wie Syrien, Afghanistan, Irak, Jemen und die Zentralafrikanische Republik neben den anhaltenden Kampfhandlungen zusätzlich von ökologischen Gefahren bedroht.¹⁸ Sechs der zehn größten UN-Friedenseinsätze haben 2020 in Ländern stattgefunden, die dem Klimawandel am stärksten ausgesetzt sind.¹⁹

Jüngste Gefechte zwischen Kirgistan und Tadschikistan bezeugen die hohe Bedeutung der Ressource Wasser. Auslöser war ein Streit um den Zugang zu Wasserressourcen am Fluss Isfara.²⁰ Aufgrund der Auseinandersetzung sind aktuell zwei Projekte der Caritas im Gebiet kaum zugänglich. Auch auf der Halbinsel Krim verschärfen sich die Spannungen um die Wasserversorgung. Der Bau des *Grand Ethiopian Renaissance Dam* kann für Ägypten, wo der Nil endet, ein Kriegsgrund sein. Flussabwärts im Sudan kommt bereits weniger Nilwasser an als gewohnt. Ebenso sind der Irak und Syrien in der Wasserversorgung abhängig, denn sowohl der Euphrat als auch der Tigris kommen aus der Türkei²¹, wo 2018 der Ilisu-Damm in Betrieb genommen wurde. Schon jetzt gibt es wegen des niedrigeren Wasserstands und des Eindringens von Salzwasser aus dem Persischen Golf in der irakischen Provinz Basra fast kein landwirtschaftlich nutzbares Land mehr. Hoher bzw. extremer Wasserstress, den laut *Ecological Threat Register* mehr als ein Drittel der Länder bis 2040 erleben werden, ist auch in Lateinamerika spürbar. Die Gletscher in der bolivianischen Region Cordillera Real haben seit 1980 eine Fläche von 37 Prozent eingebüßt. Dabei sind Millionen Bolivianer vom Schmelzwasser der Gletscher abhängig. Auch für Peru und Kolumbien sind die Gletschermassen eine lebenswichtige Wasserquelle, die nicht nur Trinkwasser, sondern auch Wasser für die Landwirtschaft und Kraftwerke liefert. Eine solche Ressource zu verlieren, wird drastische Folgen nach sich ziehen.

Vertrieben im eigenen Land

Zu den Menschen, die aus politischen und sozialen Gründen vertrieben werden und des Schutzes bedürfen, kommen künftig also auch noch jene, die von den Folgen des Klimawandels vertrieben werden. Die Weltbank prognostiziert, dass bis 2050 mehr als 140 Millionen Menschen aufgrund des Klimawandels innerhalb der Grenzen ihres Landes langfristig vertrieben werden und migrieren müssen.²² Durch unfreiwillige Abwanderung vom ländlichen in den urbanen Raum erfahren Menschen einen Verlust des „*cultural heritage*“: Erhöhte Miet-

Durch unfreiwillige Abwanderung vom ländlichen in den urbanen Raum erfahren Menschen einen Verlust des „cultural heritage“ – ein Verlust, der sich monetär nicht aufwiegen lässt

preise und unsichere Arbeitsanstellungen im Niedriglohnssektor in überlasteten Großstädten sind die Folge. Dabei sollten die bestehenden „akuten und zwingenden [Schutz]Gründe im Sinne der Genfer Konvention nicht leichtfertig ausgeweitet werden“²³, wie es VENRO (der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen) bereits 2009 formulierte. Es braucht zusätzliche Schutzmechanismen für Menschen, die durch den Klimawandel vertrieben sind, wie zum Beispiel humanitäre Visa oder erleichterte Zugänge durch Arbeitsmigration. Als internationales Instrument zeitgerechter Klimapolitik schlägt der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung einen Klimapass für menschenwürdige Migration vor.²⁴ Solche Maßnahmen sind eine Frage globaler Gerechtigkeit und wurden 2019 an den Deutschen Bundestag herangetragen.²⁵ Diese Überlegungen beziehen allerdings nicht die Menschen ein, die zurückbleiben (müssen), viele von ihnen Frauen und ältere Menschen. Auch der Verlust des „*cultural heritage*“ lässt sich monetär nicht aufwiegen.

Als Länder mit besonders hohem Risiko werden zumeist afrikanische Staaten herangezogen. Das ist nicht verwunderlich, denn laut

Konfliktbarometer ist die Subsahara die Region mit den meisten Kriegen. Durch eine Kombination von klimabedingten Krisen und bewaffneten Auseinandersetzungen hat sich die Zahl der binnenvertriebenen Menschen in dieser Region innerhalb der letzten drei Jahre verdoppelt. 2018 wurden sechs der zehn weltweit schwersten Überflutungen dort verzeichnet.

Durch eine Kombination von klimabedingten Krisen und bewaffneten Auseinandersetzungen hat sich die Zahl der binnenvertriebenen Menschen in der Subsahara-Region innerhalb der letzten drei Jahre verdoppelt

Fünf der acht weltweit härtesten Ernährungskrisen, schon jetzt durch eine Kombination aus Klimawandel und Konflikten bedingt, fanden in Äthiopien, der Demokratischen Republik Kongo, Nigeria, Sudan und Südsudan statt. Ohne sofortige Hilfsmaßnahmen wird sich die ohnehin schon katastrophale humanitäre Lage in Somalia durch eine absehbare Dürre noch verschlimmern und eine Hauptursache für Vertreibung und einen Anstieg sogenannter „*protection risks*“ sein. Bis zum Jahresende werden voraussichtlich mindestens 3,4 Millionen Menschen von der Dürre getroffen. Falls die sogenannten „Gu-Regenfälle“ einsetzen, dann in kurzer, heftiger Form mit sturzflutartigen Überschwemmungen, da der vertrocknete Boden das Wasser nicht aufnehmen kann. Der Zugang zu sauberem Wasser ist durch die Knappheit beeinträchtigt, und die Kosten dafür sind in einigen Gebieten um 60 Prozent gestiegen. Dies zwingt Menschen auf der Suche nach sauberem Wasser zu noch weiteren Wegstrecken

oder zu dem Versuch, der Knappheit durch sogenannte negative Bewältigungsstrategien zu entkommen, also Ausgaben in anderen Lebensbereichen einzusparen, wie zum Beispiel im Bereich der Ernährung, Gesundheit oder Schulbildung. Oder es muss mehr Einkommen generiert werden, indem beispielsweise bestehende Wälder abgeholzt und zu verkaufbarer Holzkohle verarbeitet, Tiere vorschnell und zu fallenden Preisen verkauft bzw. notgeschlachtet oder Familienmitglieder verheiratet werden. Da das Weideland erschöpft ist, gehen die Viehzüchter dazu über, ihre Tiere mit Getreide zu füttern, was wiederum zu einem Anstieg der Getreidepreise um 30 Prozent geführt hat. Die Hilfsmaßnahmen wurden bereits in den am stärksten betroffenen Gebieten verstärkt. Allerdings stellen die Finanzierungsengpässe neben dem sicheren Zugang in die Gebiete weiterhin eine große Herausforderung dar. Bisher ist die im *Humanitarian Response Plan* veranschlagte Hilfe für das Jahr 2021 lediglich zu 15 Prozent gedeckt. Das Fluten von Märkten durch externe Nahrungsmittelhilfe ist dabei keine Option. Denn damit kann eine Unterbietung der Preise der lokalen Produktion zu einem realen Risiko werden. Stattdessen können Nahrungsmittelmärkte vor Ort in den Ländern unterstützt werden, indem zum Beispiel regionale Produkte bezogen werden.²⁶

Lokales Friedenspotenzial und Inklusion

Eine Studie des Internationalen Instituts für Umwelt und Entwicklung (IIED)²⁷ zeigt, dass die Annahme, Gewaltkonflikte seien auf Streit ausbrüche zwischen sesshaften Bauern und umherziehenden Viehhirten (Pastoralisten) zurückzuführen, viel zu oberflächlich ist und zu Fehlinterpretationen verleiten kann. In nur zwei Prozent aller betrachteten Gewaltkonflikte gibt es Schnittstellen. In den vergangenen zehn Jahren sind die sogenannten „*Farmer-Herder*“-Konflikte nicht übermäßig gestiegen. In der Zeit von 1997 bis 2017 sind in 16 Ländern bei einer Gesamtbevölkerung von 580 Millionen Menschen in dieser Region 173.000 Zivilisten bei Konflikten getötet worden. Davon seien 10.000 Tote auf Konflikte zurückzuführen

Der Autor



Dr. Oliver Müller ist promovierter Theologe und Politikwissenschaftler. Nach Studien in Freiburg im Breisgau und Lima/Peru begann er seine berufliche Laufbahn in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising. Seit Herbst 2006 ist er Leiter (International Director) von Caritas international, dem Not- und Katastrophenhilfswerk des Deutschen Caritasverbandes mit Sitz in Freiburg. Dr. Oliver Müller befasst sich schwerpunktmäßig mit der Humanitären Hilfe, globaler sozialer Entwicklung und mit dem Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in Osteuropa wie auch im Süden.

ren, in die Pastoralisten verwickelt waren. „Farmer-Herder“-Konflikte sind in vielen Ländern präsent und werden sich durch verknappte Ressourcen bisweilen auch verschärfen. Auf der anderen Seite sind diese Spannungen selten eskaliert, was zeigt, dass diese zwei diversen Gruppen schon seit etlichen Jahrzehnten Friedensarbeit und Konfliktprävention leisten, bevor es Konzepte wie „*conflict-sensitive adaptation*“ oder „*Environmental Peacebuilding*“ in der internationalen Zusammenarbeit überhaupt gab. Die Einsicht, dass es nicht ohne Einbindung der Betroffenen in Entscheidungsprozesse geht, ist den Überlegungen, wie dem Klimawandel als Sicherheitsrisiko begegnet werden kann, voranzustellen. Die Berücksichtigung des lokalen Potenzials entscheidet über Effektivität und Nachhaltigkeit von Friedens- und Sicherheitsprozessen: Wenn die Zivilgesellschaft an den Verhandlungen mitwirkt, sinkt das Risiko eines Scheiterns von Friedensabkommen um 64 Prozent.²⁸

Die Beteiligung von Frauen ist noch immer ein unausgeschöpftes Potenzial. Ihre Teilnahme an Verhandlungen vergrößert die Chance, dass ein Friedensabkommen überhaupt getroffen wird.²⁹ Ebenso erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass ein Abkommen mindestens zwei Jahre hält, um 20 Prozent; und dass es auch nach fünfzehn Jahren noch in Kraft ist, um 35 Prozent.³⁰ Entscheidend ist hierfür jedoch nicht allein die Teilnahme, sondern die Möglichkeiten und Bereitschaft zu effektiver und substanzieller Einflussnahme und Interessenvertretung.³¹ Der Friedensvertrag in Kolumbien ist nach über 50 Jahren der bewaffneten Auseinandersetzung ein anschauliches Beispiel dafür. Die Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit – das internationale Regelwerk der Vereinten Nationen für die vollständige, gleichberechtigte und wirkungsvolle Teilhabe aller Geschlechter an Frieden und Sicherheit – ist zu Recht eine Priorität der Bundesregierung. Die Antwort auf internationale Krisen soll geschlechtergerecht sein, und die Bedürfnisse und Interessen von Frauen und Mädchen müssen bei Maßnahmen der Humanitären Hilfe, Krisenbewältigung und des Wiederaufbaus besser berücksichtigt werden.

Die dringendsten Aufgaben in Zeiten des Klimawandels

Humanitäre Hilfe darf sich nicht darin erschöpfen, Leid zu mindern und Symptome abzuschwächen. Die Möglichkeiten einer technischen und infrastrukturellen Vorsorge im Zuge der „Anpassung an den Klimawandel“ sind vielfältig und abhängig von der Art der jeweiligen Gefahrenlage. Der Bau von Dämmen und Schutzbauten in Gebieten, die durch Überschwemmungen bedroht sind, gehört genauso dazu wie die Anlage von Zisternen, Wasserrückhaltebecken und Wasserleitsystemen in Dürreregionen. Mittel- und langfristig können auch veränderte Anbaumethoden, dürreresistentes Saatgut oder Schutzpflanzungen gegen Erosion durch Wind, Wasser und Sonne

Die Anpassung an den Klimawandel benötigt mehr als technische und infrastrukturelle Ansätze

zur Vorsorge beitragen. Dort, wo Anpassungsmaßnahmen nicht mehr ausreichen, ist es notwendig, Menschen dabei zu unterstützen, vorbereitet in sichere Regionen umzusiedeln. Wirklich wirksam und nachhaltig wird die Arbeit aber erst dann, wenn sie Menschen in die Lage versetzt, selbst Vorsorge zu treffen und sich sowohl vor Katastrophen als auch vor anderen Bedrohungen schützen zu können. Katastrophenvorsorge – oder auch die Anpassung an den Klimawandel – benötigt also weit mehr als technische und infrastrukturelle Ansätze. Sie muss die sozialen und kulturellen Gegebenheiten berücksichtigen, die von Katastrophen gefährdeten Menschen in die Konzepte miteinbeziehen, die lokal und regional gesammelten Erfahrungen aufgreifen und so Katastrophenvorsorge zum festen Bestandteil der Gesellschaft machen. Mehr als bislang werden zu den zentralen Charakteristika von Hilfsorganisationen sozialräumliche Eingebundenheit und gesellschaftliche Zugehörigkeit gehören müssen. Warum es nötig ist, die soziale Komponente in der Katastrophenvorsorge insgesamt zu stärken, wird bisweilen

erst auf den zweiten Blick deutlich. Dann nämlich, wenn beispielsweise Ingenieure einen Schutzdamm gebaut haben, aber nicht klar ist, wer diesen Instand hält. Und dann etwa, wenn während einer Überflutung zwar Rettungsboote bereitstehen, aber niemand weiß, wo eigentlich die älteren Menschen oder Menschen mit Behinderungen wohnen, die spezifische Hilfe benötigen. Es braucht also professionelle Sozialarbeit auf sozialräumlicher und gemeindebasierter Ebene, um Katastrophenvorsorge in den Gemeinden, Schulen, Arbeitsstellen oder Nachbarschaften dauerhaft zu implementieren.

Bei aller Fokussierung auf die lokalen Begebenheiten und die spezifischen regionalen Möglichkeiten darf nicht aus dem Blick geraten, dass der Klimawandel ein globales Phänomen ist – und damit auch einer global koordinierten Herangehensweise bedarf. Die Bezugsgrößen sind die Nachhaltigkeitsziele der UN und das Pariser Abkommen. Bei der Frage, wer die erforderlichen Kosten zu tragen hat, stoßen wir unweigerlich auf die Fragen nach (Klima-)Gerechtigkeit: Wie können Verluste und Schäden ausgeglichen werden, die durch den Klimawandel verursacht werden? Wer trägt die Kosten für Vorsorge und Anpassung? Nach wie vor sind dazu keine befriedigenden Antworten gefunden worden.

Im Gegenteil: Während der Klimawandel voranschreitet und schon jetzt Millionen Menschen auf der ganzen Welt hungern, keinen Zugang zu sauberem Wasser haben und zur Migration gezwungen sind, werden täglich fast 300 Millionen US-Dollar für Atomwaffen ausgegeben.³² Auch diese Prioritätensetzung macht den Klimawandel zur größten Bedrohung für Frieden und Sicherheit.

- 1 Vatikan (2021): „Pastoral Guidelines on Climate Displaced People“, 30.3.2021, <https://press.vatican.va/content/salastampa/en/bollettino/pubblico/2021/03/30/210330b.html> (Stand aller Internetlinks: 20.5.2021); wörtlich sprach Papst Franziskus von einem „Ökozid“; siehe: „Umweltsünden: Papst prüft Aufnahme in Katechismus“, <https://www.katholisch.de/artikel/23608-umweltsuenden-papst-prueft-aufnahme-in-katechismus>
- 2 IPCC (2018): *1,5°C Globale Erwärmung. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger*. https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf
- 3 Germanwatch (2021): „Globaler Klima-Risiko-Index 2021“, <https://germanwatch.org/de/19777>; untersucht werden die menschlichen Auswirkungen (Todesopfer) sowie die direkten ökonomischen Verluste.
- 4 IFRC (2020): *World Disasters Report: Come Heat or High Water. Tackling the humanitarian impacts of the climate crisis together*. Genf. https://media.ifrc.org/ifrc/wp-content/uploads/2020/11/20201116_WorldDisasters_Full.pdf
- 5 UN-OCHA (2021): „SOMALIA Drought Conditions Update“, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Drought%20Update_snapshot_Somalia_1.pdf
- 6 IPCC (2014): *Klimaänderung 2013: Naturwissenschaftliche Grundlagen. Häufig gestellte Fragen und Antworten – Teil des Beitrags der Arbeitsgruppe I zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC)*. Bonn, 2017. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2019/03/IPCC_AR5_WGL_FAQ_deutsch.pdf
- 7 Wester, Philippus et al. (eds.) (2019): *The Hindu Kush Himalaya Assessment Mountains, Climate Change, Sustainability and People*. Cham. <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-319-92288-1.pdf>
- 8 HIIK (2021): *Conflict Barometer 2020*, https://hiik.de/wp-content/uploads/2021/03/ConflictBarometer_2020_1.pdf
- 9 BICC (2020): *Globaler Militarisierungsindex 2020*, https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_GMI_2020_DE.pdf
- 10 Selbst ein um Neutralität bemühtes Land wie Schweden hat sich einem massiven Aufrüstungsprogramm verschrieben und wird das Budget bis 2025 um 40 Prozent erhöhen.
- 11 Hüllinghorst, Yannik und Roll, Stephan (2021): *Deutsche Rüstungsexporte und die Militarisierung der Außenpolitik arabischer Staaten*, <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2020A103/>
- 12 Schulze, Tobias (2021): *Aufrüstung als Sicherheitsrisiko*, <https://taz.de/15762705/>
- 13 „The defence secretary has said £16.5bn is ‘enough’ to modernise the armed forces but refused to say how much of the new defence funding would be taken from the overseas aid budget.“ Pidd, Helen (2020): „UK defence: £16.5bn enough to modernise armed forces, says minister“, <https://www.theguardian.com/politics/2020/nov/19/uk-defence-165bn-enough-to-modernise-armed-forces-says-minister>
- 14 Siehe z. B. ALNAP (2018): „SOHS 2018. Data story: The state of the system in 9 charts“, <https://sohs.alnap.org/blogs/data-story-the-state-of-the-system-in-9-charts>
- 15 Siehe z. B.: Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung oder EU Institute for Security Studies in Paris.
- 16 Der Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung (s. a.): „Stellungnahme zum

- Bericht über die Umsetzung der ‚Leitlinien Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern‘, https://peaceablog.com/uploads/Stellungnahme_Umsetzungsbericht_Leitlinien_Berirat_Zivile_Krisenpr%C3%A4vention_2021_03_31.pdf
- 17 Römer, Jörg (2021): „Wie der Klimawandel Terror und Gewalt fördert“, <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/sipri-bericht-zu-mali-wie-der-klimawandel-terror-und-gewalt-foerdert-a-e1adee2b-b257-42b2-ae3-d0c848fd1f6b>
- 18 Institute of Economics & Peace (2020): *Ecological Threat Register*. Sydney. https://www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2020/10/ETR_2020_web-1.pdf
- 19 Global Observatory (2021): „Emerging Lessons from Implementing Climate-Related Peace and Security Mandates“, <https://theglobalobservatory.org/2021/04/emerging-lessons-implementing-climate-related-peace-security-mandates/>
- 20 Nach der VN-Erklärung über die Umwelt des Menschen von 1972 (<http://un-documents.net/unchedec.htm>) wird jedem Land die Souveränität zur Ausbeutung der eigenen natürlichen Ressourcen zugesprochen, solange diese nicht der Umwelt anderer Staaten oder Gebieten über die nationale Rechtsprechung hinaus schadet.
- 21 Alkhaftaji, Hayder (2018): „Iraq’s Water Crisis: Challenges and Solutions“, <https://www.bayancenter.org/en/wp-content/uploads/2018/01/980987665.pdf>
- 22 Weltbank (2021): „Climate Change Could Force Over 140 Million to Migrate Within Countries by 2050“, <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2018/03/19/climate-change-could-force-over-140-million-to-migrate-within-countries-by-2050-world-bank-report>
- 23 VENRO (2009): *Migration zulassen – Flüchtlinge schützen*. Bonn. https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionspapier/2009_Positionspapier_Migration.pdf
- 24 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (2018): „In Nansens Fußstapfen. Ein Klimapass für menschenwürdige Migration“. In: *Politikpapier* Nr. 9, https://issuu.com/wbgu/docs/wbgu_politikpapier_9/24?e=37591641/68740422
- 25 Deutscher Bundestag: Drucksache 19/15781. Berlin. 10.12.2019, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/157/1915781.pdf>
- 26 Z. B. „Afrique Verte - Sécurité et Souveraineté Alimentaires au Sahel“, <http://www.afriqueverte.org/>
- 27 Toulmin, Camilla und Krätli, Saverio (2020): „Farmer-herder conflict: open your eyes, change the narrative, find solutions“, <https://www.iied.org/farmer-herder-conflict-open-your-eyes-change-narrative-find-solutions>
- 28 Nilsson, Desirée (2012): „Anchoring the Peace: Civil Society Actors in Peace Accords and Durable Peace“. In: *International Interactions* 38, no. 2, p. 258.
- 29 Krause, Jana et al. (2018): „Women’s Participation in Peace Negotiations and the Durability of Peace“. In: *International Interactions*, 44:6, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/03050629.2018.1492386>
- 30 Stone, Laurel: „Quantitative Analysis of Women’s Participation in Peace Processes“, zit. in UN Women (2015): „Preventing Conflict, Transforming Justice, Securing the Peace: A Global Study on the Implementation of United Nations Security Council Resolution 1325“, https://wps.unwomen.org/pdf/en/GlobalStudy_EN_Web.pdf
- 31 Paffenholz, Thania et al. (2016): *Making Women Count – Not Just Counting Women: Assessing Women’s Inclusion and Influence on the Quality and Sustainability of Peace Negotiations and Implementation*. Genf. <http://www.peacewomen.org/sites/default/files/Making%20Women%20Count%20Not%20Just%20Counting%20Women.pdf>
- 32 ICAN: „Kosten und Ausgaben“, <https://www.icanw.de/fakten/herstellung-und-einsatz/kosten-und-ausgaben/>

„UNSEREN UMGANG MIT KLIMAWANDEL UND NACHHALTIGKEIT KÖNNEN WIR DEUTLICH VERBESSERN“

Was bedeutet der Klimawandel für die Streitkräfte? Welche Aufgaben sind zu bewältigen, welche Prioritäten müssen gesetzt werden, welche Rolle(n) soll das Militär in Zukunft übernehmen? Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung Großbritanniens mit der „Integrated Review of Security, Defence, Development and Foreign Policy“ hat das britische Verteidigungsministerium im Februar 2021 den „Climate Change and Sustainability – Strategic Approach“ veröffentlicht. Generalleutnant Richard Nugee, der Autor des Strategiepapiers, hat der Redaktion hierzu Fragen beantwortet.

Generalleutnant Nugee, das britische Verteidigungsministerium hat kürzlich den *Climate Change and Sustainability Strategic Approach* veröffentlicht, ein Strategiedokument zu Klimawandel und Nachhaltigkeit. Können Sie dieses Papier kurz in den größeren Kontext der *Integrated Review* einordnen? Was genau hat Sie dazu veranlasst, diese Strategie zu entwickeln?

Laut *Integrated Review* ist der Klimawandel das Thema Nummer eins für Großbritannien in der internationalen Politik und eine „Bedrohung für die Menschheit“. Diese Formulierung stellt eine deutliche Veränderung gegenüber früheren Analysen der Sicherheits-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Außenpolitik dar. Inzwischen steht der Klimawandel im Mittelpunkt der britischen Politik, entsprechend der rechtlich bindenden nationalen Verpflichtung, bis 2050 die eigenen CO₂-Nettoemissionen auf null zu senken. Der Verteidigungsbereich war sich in der Vergangenheit der Bedeutung des eigenen Beitrags zur Reduzierung der nationalen Emissionen und zur Klimawandelfolgenbewältigung weiterer Länder nicht

wirklich bewusst. Ich habe diese Strategie entwickelt, um zu verdeutlichen, wie sich der Klimawandel auf den Verteidigungsbereich auswirkt und dass darin eine große Chance für mehr Effektivität und Effizienz in der Verteidigung liegt. Außerdem wollte ich zeigen, dass es notwendig ist, Emissionen zu senken.

Das Dokument sieht einen Ansatz in drei Zeitphasen vor – von heute bis 2025, von 2025 bis 2035 und von 2035 bis 2050. In nur vier Jahren wollen Sie die Basis für eine grundlegende Transformation des Verteidigungsbereichs legen. Wie wollen Sie die gesetzten Ziele erreichen, und wie soll die Umsetzung koordiniert und kontrolliert werden?

Eine Veränderung, die tatsächlich etwas bewirken soll, braucht ein solides Fundament. Deshalb werden wir unsere Prozesse und Verfahren ändern und durch konkrete Maßnahmen zeigen, dass wir unseren Umgang mit dem Klimawandel und Nachhaltigkeit im gesamten Ministerium deutlich verbessern können. Jedes Referat und jedes Kommando ist für den eigenen Ansatz verantwortlich. Wir haben eine eigene Direktion eingerichtet, die die diesbezügliche Aktivität im gesamten Verteidigungsbereich steuert und die Verbindung zu anderen Ministerien und Staaten herstellt. Wir werden CO₂-Emissionsziele für alle Bereiche der Verteidigung festlegen und jeden Bereich auf die Erreichung dieser Ziele verpflichten – das wird natürlich eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Bis vor Kurzem zählte Nachhaltigkeit nicht zu militärischen Kernwerten. Das Dokument betont nun aber, wie wichtig es ist, den CO₂- und ökologischen Fußabdruck zu verringern – von der Förderung der Artenvielfalt auf militärischen Liegenschaften bis hin zur Steigerung der Energieeffizienz, etwa bei Flugzeugen, die mit Algen, Alkohol und Hausmüll angetrieben werden. Alles soll durch die „Klimabrille“ betrachtet werden. Wie viel Umdenken braucht es, um das zu bewerkstelligen, und wie soll diese veränderte Einstellung erreicht werden?

Wir müssen unsere Vorgaben und Prozesse in den Bereichen Beschaffung, Wirtschaftlichkeitsplanung, Versicherung, Auditierung und Finanzverwaltung ändern. Nur so können wir sicherstellen, dass jeder Vorgang, jede Entscheidung und jeder Vertrag auf seine möglichen klimarelevanten Auswirkungen hin überprüft wird. Nach einem neuen Gesetz muss in Zukunft bei Vergaben der britischen Regierung jeder Auftragnehmer ab einem Auftragsvolumen von mehr als 5 Millionen Pfund einen konkreten Plan zur Klimaneutralität vorlegen. Wir müssen auch auf unseren eigenen Liegenschaften jede Möglichkeit nutzen, um Kohlendioxid zu binden und die biologische Vielfalt zu erhöhen. Um unsere Kultur zu verändern, brauchen wir Unterstützung von der Ministeriumsspitze – und die haben wir. Wir müssen unsere Verfahren ändern – und das tun wir. Wir müssen sichtbare Fortschritte zeigen – und die setzen wir zunächst prioritär an unseren eigenen Standorten um. Und wir müssen unseren Bediensteten erklären, was wir tun. Darüber hinaus nutzen wir jede Gelegenheit, um über dieses wichtige Thema zu sprechen, unter anderem durch unser neu gegründetes Defence Green Network. Erst kürzlich erklärte der Generalstabschef der Luftwaffe während eines Aufenthalts in den USA, die britische Luftwaffe werde bis 2040 vollständig klimaneutral sein. Der Generalstabschef der Armee hat in einer britischen Zeitung betont, dass wir eine Verantwortung tragen, unsere Rolle in Sachen sinnvolle und nachhaltige Umweltagenda wirklich auszufüllen. Allerdings mit einer wichtigen Einschränkung: Unsere Einsatzfähigkeit bzw. die Effektivität unserer Verteidigung darf hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Denn unser Auftrag besteht darin, unser Land zu verteidigen. Und das muss auch so bleiben.

Mit dieser Strategie möchte Großbritannien auf diesem Gebiet weltweit Vorreiter sein, vom Horizon-Scanning bis zu klimaresistenten und energieeffizienten Streitkräften, und Partnerschaften auf internationaler Ebene eingehen. Wie stellen Sie sich das vor, und wer könnte für solche Partnerschaften infrage kommen? Gibt es bereits erfolgreiche Initiativen und Formen der Zusammenarbeit, auf die Sie aufbauen können?

Ich sehe hier ein großes Potenzial für neue Bündnisse und Beziehungen. Wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge wird der Bedarf an humanitärer Hilfe und Katastrophenhilfe angesichts immer extremerer Stürme und

Um unsere Kultur zu verändern, brauchen wir Unterstützung von der Ministeriumsspitze, wir müssen unsere Verfahren ändern, sichtbare Fortschritte zeigen und unseren Bediensteten erklären, was wir tun

Wetterlagen weiter zunehmen. Dies bietet die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit, sowohl geografisch als auch in Bezug auf Ausrüstung und militärische Fähigkeiten. Denn die voraussichtlich am stärksten vom Klimawandel betroffenen Gebiete, wo auch immer sie liegen, werden Unterstützung brauchen. Gemeinsam mit weiteren Verbündeten können wir unsere Hilfe anbieten und hierdurch wiederum neue Beziehungen und Partnerschaften aufbauen. Darüber hinaus kann das Militär über seine umfangreichen Netzwerke an Verteidigungsattachés mit vielen internationalen Partnern tiefere Beziehungen aufbauen, mit denen der Aufbau diplomatischer Partnerschaften vielleicht etwas schwieriger ist. Unsere Attachés berichten seit einiger Zeit, dass dieses global so bedeutsame Thema in vielen Ländern neue Themenfelder und Kommunikationsmöglichkeiten eröffnet hat.

Beim Thema Anpassung und Resilienz bezieht sich das Strategiedokument explizit auf ein 2-bis-4-Grad-Szenario. Dürfen wir uns über den Klimawandel keine Illusionen mehr machen? Was wären denn die wichtigsten potenziellen Folgen für die militärische Ausbildung und Einsätze in einer solchen Welt, und wie werden sie voraussichtlich die Bedingungen für internationale Einsätze der Vereinten Nationen, der NATO oder eines anderen Bündnisses verändern? Laut dem UK Committee on Climate Change, einem vom Parlament eingesetzten unabhängigen Ausschuss, der die Erreichung der Klimaneutralität für Großbritannien sicherstellen soll, müssen wir uns auf Eventua-

sage ich schonungslos: Wenn wir uns heute nicht darum kümmern, werden wir morgen nicht mehr in der Lage dazu sein. Mit anderen Worten: Wie wir uns in den nächsten zehn Jahren verhalten, wird einen immensen Einfluss auf die folgenden Jahrzehnte haben. Wissenschaftler weisen uns darauf hin, dass wir möglicherweise bereits mehr als die Hälfte der bekannten Kippunkte erreicht haben, die negative klimatische Veränderungen unumkehrbar machen. Deshalb müssen wir jetzt handeln und verhindern, dass noch weitere dieser Punkte überschritten werden. Leider überlagert das Dringende immer das Wichtige. Wir müssen also anerkennen, dass der Klimawandel inzwischen genau diesen Grad an Dringlichkeit erreicht hat, auch wenn es uns nicht immer so erscheinen mag.

Das Militär hat einen klaren Auftrag, nämlich die Bürger vor Gefahren zu schützen. Hierunter wird üblicherweise der Schutz vor traditionellen Bedrohungen verstanden. Doch die *Integrated Review* stuft nun auch den Klimawandel als eine solche Gefahr ein. Zum Schutz der Bürger müssen sich die Streitkräfte aller Staaten an die zukünftigen klimatischen Bedingungen anpassen, zum Beispiel an die steigenden Oberflächentemperaturen der Meere und das Abschmelzen des arktischen Sommeres innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre. Gleichzeitig müssen militärische Ausbildung und Übungen an den Umgang mit steigenden Temperaturen und weniger vorhersehbaren klimatischen Bedingungen eingestellt werden.

Anpassungsfähigkeit allein reicht allerdings nicht aus. Da das Militär selbst sehr in sehr großem Ausmaß Emissionen verursacht, muss der gesamte Verteidigungsbereich darauf hinwirken, den eigenen CO₂-Ausstoß durch den Einsatz neuer Technologien zu reduzieren. Das sehe ich als Chance. Schon immer hat das Militär sich die neu entwickelten Technologien zunutze gemacht, etwa das Internet oder die digitale Revolution. Im aktuellen Fall verhält es sich nicht anders. Wir sollten den potenziellen militärischen Vorteil neuer Energietechnologien nutzen, auch wenn aktuell noch kaum zu erkennen ist, auf welche Technologien wir uns konzentrieren sollten. Genau

Wie wir uns in den nächsten zehn Jahren verhalten, wird einen immensen Einfluss auf die folgenden Jahrzehnte haben

litäten vorbereiten, die wir zwar vermeiden wollen, aber möglicherweise nicht mehr verhindern können. Um bis 2050 das Netto-Null-Ziel zu erreichen, sind tiefgreifende Verhaltensänderungen erforderlich. Immer mehr Rufe werden nun laut, diese bereits bis 2030 umzusetzen; ansonsten könnten wir die Ziele des Pariser Abkommens verfehlen, die ja die Zusage enthalten, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Es ist also ein Gebot der Klugheit, sich mit dem 2- bzw. 4-Grad-Szenario zu beschäftigen. In meinem Bericht

Zur Person



Generalleutnant Richard Nugee begann seinen Dienst in der britischen Armee im Jahr 1986. Er absolvierte Einsätze in Nordirland, Bosnien, im Kosovo, im Irak, in Zypern und Afghanistan. Als Spezialist für Personalfragen wurde er Chief of Defence People (entspricht dem Posten eines Personalvorstands). Während seines letzten Dienstjahrs in der Armee verfasste er einen Bericht zur Klimawandel- und Nachhaltigkeitsstrategie des Verteidigungsbereichs. Danach wurde er zum nicht geschäftsführenden Direktor für Klimawandelfragen im Verteidigungsministerium ernannt.

hier liegt ein riesiges Potenzial der Zusammenarbeit. So gilt es zum Beispiel unbedingt sicherzustellen, dass alle Verbündeten ähnliche Energiesysteme verwenden. Die Single Fuel Policy der NATO wird schwieriger zu verwirklichen sein, je mehr neue Technologien verfügbar werden, aber gerade deshalb ist es umso wichtiger, daran festzuhalten.

Eine Welt, die immer heißer und infolge des Klimawandels immer unberechenbarer wird, birgt alle Zutaten für größere Spannungen und Konflikte in den betroffenen Regionen. Um die UN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, muss allerdings die Häufigkeit der Konflikte abnehmen. Deshalb werden Bündnispartner und Koalitionen, auch formelle Bündnisse, immer wichtiger, wenn wir Spannungen und daraus entstehende Konflikte in den am stärksten betroffenen Gebieten verhindern wollen. Es werden also potenziell mehr beratende und unterstützende Missionen erforderlich werden, um die Widerstandsfähigkeit derjenigen Regionen zu stärken, die mit den Auswirkungen des Klimawandels zu kämpfen haben. Meiner Auffassung nach kommt den Streitkräften in der Erfüllung dieser Aufgabe eine Schlüsselrolle zu, die die Dimensionen Verteidigung, Diplomatie und Entwicklung umfasst – den dreidimensionalen Ansatz zur Bekämpfung des Klimawandels.

Generalleutnant Nugee, vielen Dank für das Interview!

Die Fragen stellten Rüdiger Frank and Kristina Tonn.

Ministry of Defence (2021): *Climate Change and Sustainability Strategic Approach*: https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/973707/20210326_Climate_Change_Sust_Strategy_v1.pdf

„TEILE VON SOMALIA WERDEN IN ZUKUNFT SO GUT WIE UNBEWOHNBAR“

UNSOM ist eine besondere politische Mission, die im Rahmen eines Mandats des UN-Sicherheitsrats beauftragt ist, die Institutionen und die Zusammenarbeit Somalias mit internationalen Partnern im Sicherheitsbereich sowie den Fortschritt der politischen Aussöhnung, den Aufbau demokratischer Strukturen, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte zu stärken. Das Mandat wurde 2012 erteilt und seither mehrfach verlängert. UNSOM ist die erste Mission, in deren Rahmen ein Umweltsicherheitsberater für Klimawandel, Umweltzerstörung und deren Auswirkung auf Gesellschaft, Sicherheit und bewaffnete Konflikte eingesetzt wurde. Die Position wird durch das Auswärtige Amt finanziert. Christophe Hodder aus Großbritannien ist seit Juni 2020 im Amt.

Herr Hodder, Sie sind der erste Experte für Klima und Sicherheit in einer UN-Mission. Wie würden Sie Ihre Tätigkeit beschreiben? Was sind Ihre Hauptaufgaben? Und welche Rolle haben Sie am ehesten inne: Berater, Koordinator, Datensammler oder Forscher? Meine Rolle ist zweigeteilt. Zunächst einmal versuche ich, bei den politischen Institutionen sowie den für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zuständigen Stellen das Thema Klima und Umwelt in die Arbeitsprozesse zu integrieren. Hierzu gehört die Berücksichtigung von Klimarisiken bei der politischen Analyse und im Friedensprozess. Wir testen auch neue, innovative Ansätze im Bereich Umweltmediation und Friedenssicherung.

Die andere Hälfte meiner Tätigkeit besteht darin, das Bewusstsein für Umwelt- und Klimafragen in ganz Somalia, bei den Vereinten Nationen sowie bei den Organisationen der Zivilgesellschaft zu verankern. Ich berate außerdem Führungskräfte zu Klima- und Umweltthemen, erhebe Daten und dokumentiere den Zusammenhang zwischen Klimawandel, Kampf um natürliche Ressourcen und Konflikten in Somalia. Darüber hinaus bin ich auch bei den Bundesstaaten (*Somalia besteht aus sechs Bundesstaaten, wobei Somaliland im Norden sich für unabhängig er-*

klärt hat; Anm. d. Red.)) als umweltpolitischer Berater tätig und bin stellvertretender Vorsitzender mehrerer Taskforces zur Koordination von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedenspolitik.

Das hört sich nicht nach einem Routinejob an. Könnten Sie eine typische Arbeitswoche beschreiben, um Ihre Tätigkeit zu illustrieren und darzustellen, wie sie sich in die UNSOM-Mission einfügt? Verbringen Sie Ihre Arbeitszeit hauptsächlich am Telefon, in Meetings mit Beamten und Behörden oder im Außeneinsatz mit Institutionen und Vertretern der Zivilgesellschaft?

Das ist korrekt – meine Tätigkeit ist recht speziell! Eine reguläre Arbeitswoche startet bei mir am Montag mit einer Sitzung, in der ich die oberen Führungskräfte und Beamten berate. Dienstags leite ich die UN-weite Arbeitsgruppe Umweltkoordination, in der wir uns mit gemeinsamer Planung, gemeinsamen Programmen und der Koordinierung der Hilfe für Somalia befassen. Am Mittwoch spreche ich mit lokalen NGOs und CSOs, unterstütze ihre Aktivitäten und Programme, gebe Schulungen, führe Videokonferenzen zum Kapazitätsaufbau durch und arbeite an der Einbindung von Umweltthemen in die Mediation. An einem typischen Donnerstag leite ich die Sitzung der somalischen Nexus-Taskforce für Überschwemmungen und Wassermanagement und beschäftige mich mit Fragen rund um Klima und Wasser. Im Anschluss führe ich Gespräche mit Regierungsbeamten und militärischen Vertretern der AMISOM-Mission über den Einsatz von Drohnen zur Ausbringung von Saatkugeln oder die Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zu klimabedingter Vertreibung. Der Freitag ist in Somalia normalerweise ein freier Tag, aber ich arbeite oft, bringe mich auf den neuesten Stand der Forschung, lese und versuche neue Programmideen zu konzipieren.

Der Klimawandel wird oft als Bedrohungs-multiplikator bezeichnet. Wie hängen Klimawandel und Sicherheits- bzw. Konfliktrisiken zusammen, insbesondere im Hinblick auf die Situation in Somalia? Hat sich Ihr persönliches Verständnis für diesen Zusammenhang während Ihrer Tätigkeit vertieft?

Für mich ist klar, dass Somalia und weite Teile der Sahelzone und des Horns von Afrika gerade jetzt die Auswirkungen des Klimawandels spüren. Die steigenden Temperaturen, die inzwischen jährlich auftretenden Überschwemmungs- und Dürrezyklen und die Heuschreckenplagen verschärfen den Konflikt bzw. multiplizieren ihn, wie Sie es formuliert haben. Allein im letzten Jahr waren 75 Prozent aller 2,9 Millionen Vertriebenen in Somalia auf Überschwemmungen und Dürren zurückzuführen. Konflikte sind somit nicht mehr die Hauptursache. Die Vertreibung hat zu verstärkten Konflikten um natürliche Ressourcen geführt: von Weideland über Wasserrechte bis hin zum Fehlen an ausreichendem Lebensraum für alle. Das UN-Umweltprogramm UNEP und die IOM haben eine sehr aufschlussreiche gemeinsame Studie zur so genannten Fehlanpassung von Klimaflüchtlingen durchgeführt. Die Studie zeigt, dass die Vertriebenen Bäume für ihren Energiebedarf fällen müssen – und das fördert die Erosion des Bodens und damit die Zunahme von Überschwemmungen und Wüstenbildung. In der Folge kommt es zu weiteren Vertreibungen und Konflikten. Von daher ist der Zyklus klimabedingte Überschwemmung/Dürre – Vertreibung – Desertifikation/Abholzung – Überschwemmung – Vertreibung sehr real und deutlich in den Verläufen zu erkennen. Wir versuchen, das Konfliktpotenzial abzuschätzen, das sich aus dem Wettbewerb um die natürlichen Ressourcen ergibt. Die entsprechenden Daten liegen uns noch nicht vor, aber wir glauben, dass ein Großteil der Konflikte in Somalia ursprünglich auf den Kampf um die natürlichen Ressourcen zurückgeht. Mit dem Klimawandel wird sich diese Situation noch verschärfen. Denn Somalia steuert im Zeitraum bis 2080 auf einen Temperaturanstieg von 4 Grad zu, wodurch Teile des Landes so

gut wie unbewohnbar werden. Es ist ein massiver Verstärkungsprozess zu beobachten, der mit großen Veränderungen in der Erwirtschaftung der Lebensgrundlagen und den Verdienstmöglichkeiten der Bevölkerung

Wir glauben, dass ein Großteil der Konflikte in Somalia ursprünglich auf den Kampf um die natürlichen Ressourcen zurückgeht. Mit dem Klimawandel wird sich diese Situation noch verschärfen

einhergeht. Diese Entwicklung spielt den militanten Gruppen wie Al-Shabab direkt in die Hände: Sie rekrutieren genau die Jugendlichen, die aufgrund des Klimawandels immer weniger Möglichkeiten haben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Wenn es um Klimawandel und Konflikte geht, könnten Umweltfragen die Zusammenarbeit durchaus fördern. Andererseits sollten Anpassungsmaßnahmen weder bestehende Spannungen verschärfen noch neue Konflikte auslösen. Spielen diese Überlegungen eine Rolle für Ihre Arbeit oder für die UNSOM-Mission im Allgemeinen?

In der Tat spielen diese Fragen für meine Tätigkeit eine wichtige Rolle. Wie bereits erwähnt, erproben wir gegenwärtig einen Ansatz in der Umweltmediation, bei dem wir versuchen, die Clans dazu zu bringen, in Klimafragen zu-

Zur Person

Christophe Hodder ist der erste Klimasicherheitsberater für eine UN-Friedensmission weltweit. Er hat die letzten 20 Jahre in Konfliktregionen und fragilen Staaten verbracht und war in extrem instabilen Gebieten im Aufbau kommunaler und politischer Strukturen tätig. Als leidenschaftlicher Umweltschützer mit beruflichem Hintergrund im Bereich Umweltgesundheit und Verhaltensänderungen war er in Nordnigeria und Mali tätig und hat an der Entwicklung naturbasierter Ansätze zur Bewältigung der Erdbebenfolgen in Nepal mitgearbeitet. Christophe Hodder lebt in Nairobi, von wo aus er regelmäßig nach Somalia reist. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.



sammenzuarbeiten, anstatt diese Themen als ein Problem zwischen den Clans zu sehen. Es gehört auch zu meinem Aufgabenfeld, auf die konfliktensiblere Ausgestaltung der Anpassungs- und Abmilderungsansätze hinzuwirken. Zum Beispiel dadurch, der lokalen Bevölkerung zu vermitteln, wie wichtig die Anpassung an den Klimawandel für den Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen und lokaler Verwaltung ist.

Durch klimabedingte Vertreibung und Verstädterung werden praktisch alle Konzepte der Friedenssicherung ins Wanken gebracht

UNSOM ist eine besondere politische Mission, in der keine militärische Beteiligung vorgesehen ist. Doch auch für die MINUSMA-Mission in Mali fordert etwa das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) einen Berater für Umweltsicherheit, um sowohl klimabedingten Sicherheitsrisiken eine höhere Priorität zu geben als auch den Ausbau entsprechender Kapazitäten zu unterstützen. Inwiefern wäre dies sinnvoll?

Ich denke, die Schaffung einer vergleichbaren Position wäre für MINUSMA unglaublich hilfreich: zur Koordination von Umweltschutzmaßnahmen, für die Beratung im Bereich Umweltmediation und Umweltfriedensförderung sowie zur Entwicklung neuer Ansätze der Friedenssicherung und -förderung, etwa einer Umweltpolizei, sowie für den Schutz natürlicher Ressourcen und der biologischen Vielfalt im Rahmen der Friedensförderung. Es wäre großartig, in diesem Bereich zusammenzuarbeiten, voneinander zu lernen und der Frage wirklich auf den Grund zu gehen, was wir in Sachen Klimasicherheit tun und wie wir dies als Kernbestandteil von Friedensmissionen etablieren können.

Sie arbeiten jetzt seit rund einem Jahr in dieser Position. Wo liegt der dringendste Handlungsbedarf, welche langfristigen Ziele verfolgen Sie, und was konnten Sie bisher erreichen?

Der dringendste Bedarf ergibt sich aus der regelmäßigen Abfolge von Überschwemmungen und Dürren, die zu Vertreibung und Konflikten führt. Durch klimabedingte Vertreibung und Verstädterung werden praktisch alle Konzepte der Friedenssicherung ins Wanken gebracht. Angesichts der steigenden Temperaturen und der immer schlechter vorhersehbaren Wetterereignisse müssen wir uns voll und ganz darauf konzentrieren, die Folgen dieser Klimaveränderungen abzumildern und uns an sie anzupassen. Langfristig soll unsere Mission Klimaresilienz sicherstellen. Das bedeutet, auf Grundlage der Prognosemodelle Strategien und Pläne in der Schublade zu haben, um den Resilienzaufbau der Bevölkerung und des Systems zu ergänzen oder diesen im Rahmen unserer Möglichkeiten zumindest zu unterstützen.

Bisher ist es uns gelungen, den Umgang mit Umwelt- und Klimaveränderungen in den UN-Kooperationsrahmen einzubinden. Wir haben eine ganze Reihe hervorragender Koordinationsansätze entwickelt, die bereits erste Ergebnisse zeigen. Außerdem können wir auf der Grundlage unserer Konzepte hoffentlich Programme auf den Weg bringen, die sich beispielsweise mit Konfliktmediation, Umweltfriedenssicherung, klimabedingter Vertreibung, Wiederaufforstung und Weidelandmanagement befassen. Wir konnten die Regierung sowohl auf der föderalen als auch auf der kommunalen Ebene dabei unterstützen, die richtigen politischen Maßnahmen und Schutzsysteme vorzusehen. Wir hoffen, dass dieses Bündel an Maßnahmen ab dem nächsten Jahr wirklich zu greifen beginnt.

Nun könnte man kritisieren, die Finanzierung einer Position wie der Ihren sei zwar höchst sinnvoll und notwendig, bekämpfe aber nur die Symptome anstatt der Ursachen. Sollte der Schwerpunkt nicht auch auf der Minderung der Klimawandelfolgen und dem Erreichen der Ziele des Pariser Abkommens liegen?

Ich stimme Ihnen natürlich zu: Das Pariser Abkommen ist absolut notwendig und seine Einhaltung für das Überleben der Menschheit unerlässlich. Aber ich denke schon, dass Positionen wie meine ebenfalls einen wichtigen Beitrag leisten. Erstens können wir dem Sicherheitsrat und der internationalen Gemeinschaft gegenüber nachweisen, dass wir jetzt als globale Gemeinschaft handeln müssen. Zweitens können wir die Bereiche Friedenskonsolidierung/Militär/Sicherheit und Politik unterstützen und innovative Ansätze zur Bewältigung von Konflikten und Klimakrise entwickeln. Drittens kann meine Rolle dabei helfen, die Aktivitäten der Vereinten Nationen und ihrer Partner zu koordinieren, zu bündeln und fachlich zu verstärken, sowie als Katalysator für Veränderungen im Bereich umweltgerechtes Wirtschaftswachstum und Abmilderung von bzw. Anpassung an Klimawandelfolgen wirken.

Herr Hodder, eine letzte Frage: Würden Sie unseren Lesern Ihre persönliche Motivation nennen?

Meine persönliche Motivation hat sehr viel damit zu tun, dass ich in dieser globalen Notstandssituation aktiv werden wollte. Der Klimawandel wird sich meiner Meinung nach als die größte Herausforderung erweisen, die die Menschheit je erlebt hat. Ich wollte mich mit meinen Fähigkeiten einbringen und versuchen, in der Klimakrise etwas zu tun, was wirklich einen Unterschied bewirkt.

Herr Hodder, herzlichen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellten Rüdiger Frank und Kristina Tonn.

ALLE AUSGABEN

www.ethikundmilitaer.de



Diese und alle anderen Ausgaben von *Ethik und Militär* finden Sie **in Deutsch und Englisch** auf der Homepage des E-Journals.

Bisher erschienene Ausgaben von *Ethik und Militär*

2020/2 Corona-Pandemie
2020/1 Nukleare Abschreckung
2019/2 Ethische Bildung
2019/1 Konfliktzone Cyberspace
2018/2 Europäische Armee
2018/1 Strategic Foresight
2017 Terror
2016 Innere Führung
2015/2 Hybride Kriege
2015/1 Militärmedizinethik
2014/2 Cyberwar
2014/1 Dronen und LAWS

Die kommende Ausgabe: ab 1.12.2021 online

IMPRESSUM

Das E-Journal *Ethik und Militär* mit der ISSN-Nummer 2199-4129 ist ein unentgeltliches, nicht kommerzielles, journalistisch-redaktionell gestaltetes, digitales Angebot des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis, Herrengraben 4, 20459 Hamburg.

Direktorin des zebis: Dr. Veronika Bock

Hinweis: Die veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Herausgeberkreises wieder.

Herausgeber

Prof. Dr. Andreas Bock, Dr. Veronika Bock,
Prof. Dr. Thomas Ellßner, Prof. Dr. Johannes Frühbauer,
Prof. Dr. Fred van Iersel, Prof. Dr. Alexander Merkl,
Norbert Stäblein

Advisory Board

Lothar Bendel, Heinrich Dierkes, Friederike Frücht,
Dr. Angela Reinders, Cornelius Sturm, Kristina Tonn

Redaktion

Jan Peter Gülden, Rüdiger Frank

Verantwortlich gemäß § 55 Abs.2

Rundfunkstaatsvertrag (RStV):

Dr. Veronika Bock, Herrengraben 4, 20459 Hamburg

Kontakt zur Redaktion

Tel.: +49(0)40 - 67 08 59 - 51, Fax 67 08 59 - 3

E-Mail: redaktion@zebis.eu

Diensteanbieter als Rechtsträger des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften – zebis

Katholische Soldatenseelsorge (KS)

Rechtsform

Anstalt des öffentlichen Rechts

Aufsicht

Katholischer Militärbischof für die

Deutsche Bundeswehr

Am Weidendamm 2, 10117 Berlin

Vertretungsberechtigter Vorstand der KS

Direktor beim KMBA

Msgr. Wolfgang Schilk

Diplom-Kaufmann Wolfgang Wurmb

Am Weidendamm 2

10117 Berlin

Kontakt zur KS

Telefon: +49(0)30 - 20 617 - 500

Telefax: +49(0)30 - 20 617 - 599

Info@Katholische-Soldatenseelsorge.de

Erscheinungsdatum: 15.06.2021



ethikundmilitaer.de



zebis
Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften

Herrengraben 4
20459 Hamburg

Tel. (040) 67 08 59 - 55
Fax (040) 67 08 59 - 59

info@zebis.eu
www.zebis.eu